

## WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Gerhard Beier</i> Möglichkeiten einer Friedenspädagogik im Grenzlande .....	164
<i>Rainer Kabel</i> Friedensforschung in der Bundesrepublik und in Skandinavien .....	172
<i>Reimer Hansen</i> Geschichtswissenschaft als Friedensforschung und der Friedensplan Heinrich Rantzaus .....	179
<i>Sven Tägil</i> Staats- und Nationsgrenzen als allgemeines Konfliktproblem .....	190
<i>J. P. Noack / Lorenz Rerup</i> Die Geschichte der deutsch-dänischen Grenzverhältnisse als Forschungsaufgabe .....	198
<i>K. E. Nonnenbroich</i> Forschungsarbeiten zum Thema Nationalitätenprobleme .....	204
<i>Johann Ohrtmann</i> Grenzfriedensbestrebungen in der Weimarer Zeit .....	209
<i>Poul Kürstein</i> Friedrichstadt-Frederiksstad – ein Ort der Toleranz .....	217
<i>Hans Peter Johannsen</i> Was mit dieser Welt gemeint ... ! .....	224
Umschau ab Seite 240	

GERHARD BEIER, geb. 1937 in Flensburg, Promotion 1966 in Kiel, Schulungsleiter der IG Druck und Papier, Bundestutor für politische Bildung beim Deutschen Volkshochschul-Verband, z. Z. wissenschaftlicher Mitarbeiter. Veröffentlichungen zur Sozialgeschichte und zur politischen Bildung.

REIMER HANSEN, geb. 1937 in Heide. 1957 Abitur in Büsum. 1957—1962 Studium der Geschichte, Germanistik und Pädagogik an der Universität Kiel, dort 1963 Staatsexamen für das Lehramt an Höheren Schulen und 1965 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit über „Die deutsche Kapitulation 1945“. 1964—1970 Wissenschaftlicher Assistent am Historischen Seminar der Universität Kiel. Seit 1970 Professor für Geschichte und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Berlin.

RAINER KABEL, Dr., geb. 1936 in Neumünster. Studium in Kiel und Zürich, 1962 Angestellter im Kulturamt der Stadt Neumünster, 1963 Abteilungsleiter „Wissenschaft und Kulturkritik“ am Saarländischen Rundfunk, 1966 Direktor der Volkshochschule Gelsenkirchen, 1967 zusätzlich Leiter der Städtischen Kunstsammlung Gelsenkirchen, ab 1969 Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Ruhr, Abtl. Dortmund, 1970 Hauptabteilungsleiter „Bildungs- und Familienprogramm“ (Hörfunk und Fernsehen) beim Sender Freies Berlin und Lehrbeauftragter für Politologie an der Pädagogischen Hochschule Berlin. Veröffentlichungen zur Kulturpolitik, Pädagogik, Politikwissenschaft.

K. F. NONNENBROICH, geb. am 12. April 1942 als Sohn des Chefarztes Dr. Friedrich Nonnenbroich und seiner Ehefrau Carola, geb. Castello-Theisen in Kastellaun/Hunsrück. Die Familie wurde bei Kriegsende nach Büsum verschlagen, dort Besuch der Volkshochschule und des neusprachlichen Gymnasiums, Abitur in Büsum. Seit 1963 Studium der Politischen Wissenschaften und der Volkswirtschaftslehre in Würzburg und Kiel; seit 1968 Hilfsassistent am Kieler Seminar für Wissenschaft und Geschichte der Politik; seit September 1969 Doktorand von Professor Michael Freund. Fachliche Interessengebiete: Nationalitätenfragen, Parteiengeschichte und -Soziologie, Systemtheorie.

J. P. NOACK, geb. 1943, studierte Geschichte in Aarhus, 1970 wissenschaftlicher Assistent am Grenzforschungsprojekt, seit 1971 Amanuensis an der Universität Aarhus.

LORENZ RERUP, geb. 1928, studierte Geschichte in Kopenhagen, 1963—1966 Bibliotheksleiter in Flensburg (Dansk Centralbibliotek), 1966 Amanuensis an der Universität Aarhus, seit 1968 Lektor.

Die Bilder Seite 240, 241 und 243 wurden mit freundlicher Genehmigung des Verlages dem kleinen Wolff-Bildband „Friedrichstadt“ entnommen.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. *Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40.* Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

# GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

## HINTER DEM FRIEDEN GIBT ES KEINE EXISTENZ MEHR...

*Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr...*

*Hilfreich wäre es, wenn auch wir der Friedensforschung, das heißt einer wissenschaftlichen Ermittlung nicht nur der militärischen Zusammenhänge zwischen Rüstung, Abrüstung und Friedenssicherung, sondern zwischen allen Faktoren, also z. B. auch den sozialen, den wirtschaftlichen und den psychologischen, die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden würden ...*

*Bei all dem geht es nicht nur um den Ost-West-Konflikt, sondern in steigendem Maße auch um den Nord-Süd-Konflikt. Hunger und Elend in der Welt rufen nach Hilfe. Die Industrienationen in allen Lagern dürfen sich dieser Hilfe nicht entziehen ...*

Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann in seiner Antrittsrede beim Staatsakt im Plenarsaal des Deutschen Bundestages am 1. Juli 1969

*Müßte nicht längst in aller Welt und besonders dringlich auch bei uns die wissenschaftliche Erforschung des Friedens, d. h. seiner Voraussetzungen einschließlich der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen sowie der psychologischen Faktoren, die Grundlage aller Grundlagenforschung sein?*

*Bisher hat der menschliche Geist seine größten Leistungen in der Erforschung und Beherrschung der Natur erbracht. Diese Leistungen sind die Lebensgrundlage der*

*immer weiter steigenden Menschenzahl.*

*Die eigentliche Gefahr für den Menschen ist nicht mehr die Natur, sondern der Mensch selbst. Von sich selbst und von seinen lebensbedrohenden Fähigkeiten aber weiß der Mensch weniger als von der uns umgebenden Natur. Die Ursachen der Konflikte unter den Völkern und die menschlichen Aggressionstriebkräfte sind weniger erforscht als die Gesetze der Ordnung im Atom.*

*Der Krieg wurzelt offensichtlich weniger, wenngleich auch, in den Gesinnungen der einzelnen als vielmehr in den Ordnungen und Unordnungen der Gemeinschaften. Seine Ursachen sind trotz der jeweiligen Kriegsgewinnler nicht privater, sondern politischer Natur.*

*Sie erwachsen aus Gewohnheiten, Vorurteilen, Sozialordnungen und Herrschaftsformen. Deshalb brauchen wir eine Erforschung dieser Zusammenhänge. Wir brauchen eine Friedensforschung. Deshalb brauchen wir neue Ordnungen und neue Gewohnheiten, neue Spielregeln und neue Verhaltensweisen.*

*Zur neuen Ordnung gehören die Vereinten Nationen, die es nach dem Fehlschlag des Völkerbundes zu stärken gilt. Als neue Gewohnheit gilt es einzuüben, einen Konflikt auch mit den Augen des Gegners zu beurteilen. Zu den neuen Spielregeln muß die Bereitschaft zum Kompromiß gehören, die eine Selbstbehauptung um jeden Preis mit der Entschlossenheit vertauscht, eine von Generation zu Generation vererbte Feindseligkeit durch einen neuen Anfang auf beiden Seiten zu ersetzen. Zu den neuen Verhaltensweisen wäre zu rechnen, an der Angst und der Trauer, an dem Stolz und der Empfindlichkeit des Gegners teilzunehmen. Der Krieg ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis menschlichen Handelns. Deshalb gilt es, diesem Handeln auf die Spur zu kommen.*

Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann in seiner Rundfunk- und Fernsehansprache am 1. September 1969 aus Anlaß des dreißigsten Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs

# Möglichkeiten einer Friedenspädagogik im Grenzlande

## EINSTIMMUNG

Mancher wird es nicht wahrhaben wollen, aber so steht es geschrieben: „Ein Krieg, selbst der siegreichste, ist ein nationales Unglück.“ Wer könnte das gesagt haben? Vielleicht ein Pazifist, ein Schwärmer oder ein enttäuschter Zyniker? Etwa Bertha von Suttner oder Ludwig Quidde oder Carl von Ossietzky?

Nein, ein Militär, der Generalfeldmarschall Helmut von Moltke, schrieb diesen Satz. Es war Moltke, der „große Schweiger“, der nach einer strengen Ausbildung im dänischen Kadettenkorps als Leutnant in preußische Dienste trat. Er, der „Sieger“ von Düppel,<sup>1</sup> Sadowa und Sedan, schrieb diesen bemerkenswerten Satz im Jahre 1880, zehn Jahre nach dem „siegreichsten Sieg“ der deutschen Geschichte. Nur wenige konnten seinerzeit Moltkes paradoxe Lektion verstehen, noch weniger haben daraus die Konsequenzen gezogen.

Inzwischen, hundert Jahre nach dem bewunderten „Sieg“ von 1870/71, hat die Geschichte uns eine viel weitergehende Lektion aufgetragen: Eine Niederlage, selbst die verlustreichste, kann ein nationales und internationales Glück herbeiführen, wenn sie einen dauerhaften Frieden mit sich bringt. Viele sind im Begriff, diese Lektion zu verstehen. Etliche richten ihr praktisches Verhalten darauf ein. Diese verwandelte historisch-politische Situation kennzeichnet eine Karikatur im Kopenhagener „Ekstra-Bladet“ vom Oktober 1971: Über einem Trümmerhaufen liegt die zerfetzte Schirmmütze einer NS-Totenkopf-Einheit. Aus dem zerfallenen Symbol brutaler Herrschaft erhebt sich die weiße Taube neudeutscher Friedfertigkeit, präsentiert durch den „Versöhner“ Willy Brandt, den gebürtigen Lübecker und Wahlnorweger, den deutschen Kanzler, der auf Initiative einer dänischen Parlamentsfraktion den Friedensnobelpreis erhielt.

Der Betrachter mag dieses Bild — entsprechend seiner Einstellung — unterschiedlich interpretieren. Der eine sieht darin die gelungene Pose des politischen Schaustellers vor seiner historischen Kulisse. Der andere erblickt den magischen Realismus einer „Zeitenwende“, den fruchtbaren Moment im Bildungsprozeß der Geschichte, von dem er sagen darf, dabeigewesen zu sein. Ein dritter mag schwanken zwischen der Faszination einer Hoffnung im Stadium

1 Der eine oder andere Leser wird hier rechten wollen: War es nicht vielmehr Wrangel, der bei Düppel siegte, oder Prinz Friedrich Karl? Aus reflektierter Distanz erscheint die Frage müßig. Was heißt überhaupt „Sieger“?

der Erfüllung und dem begründeten Zweifel an der Wandelbarkeit des Bestehenden.

Wer Politik und Geschichte kennt, der hat erfahren, wie instabil solche Konstellationen sein können. Er fürchtet den Zerfall ihrer Bedingungen, bevor Geschichte als irreversibler Prozeß eine neue Qualität erlangt hat. Er muß fragen, ob sich nur ein flüchtiger Augenblick auftut, der vergeht, noch ehe das Publikum ihn wahrzunehmen vermag.

Früher hätte man in diesem Zusammenhang von „Schicksal“ gesprochen, dem wir hilflos folgen müßten. Heute vermögen wir den Gang der Entwicklung womöglich selber zu bestimmen oder jedenfalls zu beeinflussen. Schon für Napoleon war „Schicksal“ nichts anderes mehr als „Politik“. Später haben Marxisten gesagt, „Wirtschaft“ sei „Schicksal“. Heute bestimmt vielfach die individuelle „Bildung“ und das soziale „Bewußtsein“ den Lebensweg des einzelnen wie den historischen Prozeß der Gesellschaft. Politik und Wirtschaft, Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein sind so die wichtigsten Faktoren der Geschichte und damit der Entwicklung von Krieg und Frieden im Innern und nach außen. Die Erziehung zum Frieden findet in diesen Faktoren und ihrem Widerspiel Auftrag und Begrenzung. Ihr wichtigstes Ziel in Konflikt und Versöhnung ist es, den Rückfall der Kontrahenten auf die Stufe der Barbarei zu verhindern, den Gewaltverzicht als unverzichtbar und das Fortschrittsgebot als allgemeinverbindlich durchzusetzen: in Bewußtsein, Empfinden und Verhalten.

## SCHWIERIGKEITEN

Pathetische Beschwörungen und wohlmeinende Appelle, Friedenskongresse und Versöhnungsfeiern gehören zum traditionellen Instrumentarium der Erziehung zum Frieden. Die Friedenspädagogik früherer Zeiten war vorwiegend Gesinnungs- und Missionspädagogik wie schon die des Amos Comenius. Sie war appellativ und imperativ. Sie forderte, ermahnte und beschwor. Sie schuf hohe Ideale, aber verhinderte keinen Krieg.

Freilich gibt es Entwicklungen, die hoffnungsvoll stimmen: Im schleswigschen Grenzland scheint ein Nationalitätenkampf friedlich gelöst zu sein, der noch vor zwanzig Jahren in aller Heftigkeit ausgetragen wurde und vor hundert Jahren den „großen“ europäischen Krieg hätte auslösen können. Wer nach den Faktoren dieser friedlichen Entwicklung fragt, wird auf *Realfaktoren* stoßen, die von ideellen Impulsen begleitet oder gefolgt, aber schwerlich verursacht wurden.

Ein Realfaktor ist die relativ gleiche ökonomische und soziale Entwicklung der beiden Nationen und ihrer Minoritäten diesseits und jenseits der Grenze. Ein weiterer Faktor ist die Anhebung des Lebensstandards, der den „Futterneid“ und „Butterkomplex“, die deprimierende „Marmeladenstimmung“, kurz den „Hungerfaktor“ aufgehoben hat.

Schließlich ist die allgemeine politische Entwicklung in Rechnung zu stellen: Die Zuspitzung des „kalten Krieges“ in den Jahren 1947/48 mit Währungsreform, Berliner Blockade und Gründung zweier Staaten in Deutschland (1949), markierte zugleich Höhepunkt und allmählichen Abschwung der secessionistischen Bestrebungen im Grenzland. Nüchternen Köpfen wurde bald deutlich, daß es zu keiner Abtrennung mehr kommen würde. Ein halbes Jahrzehnt später hatten es wohl alle begriffen: Mit der Aufnahme der Bundesrepublik in das Bündnis der NATO wurde zugleich die deutsch-dänische Kooperation forciert. NATO-Vertrag und „Grundsatzserklärung“ von Kopenhagen und Bonn gehören außenpolitisch in den gleichen epochalen Zusammenhang.

Wenn sich an diesen Realfaktoren nichts ändert, wird es im Grenzland friedlich bleiben, wenn —. Es hat freilich den Anschein, als sei der Übergang von der Konfrontation zur Kooperation hier tatsächlich und dauerhaft gelungen. Wer aber selbstkritisch nachfragt, wird manche stille Reserve vorfinden. Wer das nationale „Unterbewußtsein“ auszuforschen versucht, trifft hier und dort auf „schlafende Hunde“: Die Erlebnisse mit Fackelzug und Fahenschwenken, mit Kampfliedern und nationalem Feuerschein sind weder vergessen noch aufgearbeitet. Trommeln und Fanfaren, Spottlieder und nationaler Haß haben die Atmosphäre der Wahlkämpfe seinerzeit stärker beherrscht, als wir heute wahrhaben wollen.

Nach einer Volksweisheit ist es nicht opportun, „schlafende Hunde“ zu wecken. In der Tat mag es für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern eine Belastung sein, die frühere Zwietracht mit ihren erschreckenden Begleitumständen wieder ins Gedächtnis zu rufen. Aber wie soll man — um im Bild zu bleiben — „Hunde“ zähmen, solange sie schlafen?

Hierin liegt die Grundschwierigkeit einer Friedenspädagogik, die bis zu den unbewußten, aggressiven Einstellungen vorstoßen will. Sofern sie den unberechenbaren Rückfall auf die Stufe der Barbarei früherer Nationalitätenkämpfe für die Dauer aufheben möchte, muß sie das Risiko eingehen, verdrängte Affekte anzusprechen und aufzuarbeiten. Diese Pädagogik beschränkt sich nicht auf den ethischen Appell und auf die Besänftigung. Sie ist nicht friedfertig in einem schlichten Sinne, sondern eher unfriedlich und konfliktbezogen. Ihre Vorstellung von Frieden ist nicht der Sonn- und Feiertagsfriede, sondern der Werktagsfriede mit all seinen Anstrengungen und Reibereien.

Wer den Grenzfrieden schätzelern hat, wird fragen, was diese Bemühung nützen soll. Aber das schleswigsche Grenzland ist keine Insel in der Weltgeschichte: Was heute zwischen Flamen und Wallonen in Belgien, was zwischen griechischen und türkischen Zyprioten, was in Nordirland möglich ist, kann auch hier in einer veränderten „Großwetterlage“ wieder aufbrechen. Wenn wir davon verschont bleiben, ist das kein Freibrief zum unreflektierten Genuß

dieser Idylle. Vielmehr entsteht eine Verpflichtung, den historischen Schonraum für die Entwicklung neuer, weitergehender friedenspädagogischer Methoden zu nutzen.

## LÖSUNGEN

Wer von „friedenspädagogischen Methoden“ spricht, der übertreibt. Es gibt keine voll ausgebildete Friedenspädagogik und schon gar kein spezifisches methodisches Instrumentarium.<sup>2</sup> Aber es gibt Ansätze und Möglichkeiten. Die Friedenspädagogik kann appellative und kognitive, psychodynamische und ganzheitliche Angebote machen.

*Der ethische Appell* gehört zu den ehrwürdigen Traditionen der Erziehung in aller Welt. Das sei ohne Ironie festgestellt. Appellative Erziehung hat im einzelnen Großes vollbracht, ist gesamtgesellschaftlich aber selten relevant geworden. Wo sie dennoch ganze Populationen ergriff, zeigte sie einen fatalen Hang, in „moralische Aufrüstung“ umzuschlagen. Trotzdem bleibt der ethische Appell bislang der wichtigste Beitrag einer Erziehung zum Frieden.

*Eine kognitive Friedenspädagogik* zur Vermittlung positiven Wissens ist vom jeweiligen Stand der Forschung und Erkenntnis abhängig. Die Friedens- und Konfliktforschung hat dazu neue Beiträge in den sozial- und humanwissenschaftlichen Fächern erbracht. Gleichwohl steht sie am Anfang ihrer Entwicklung, Dieser „wissenschaftliche Pazifismus“ verspricht, zur soliden Basis einer künftigen Friedenspädagogik zu werden. Während frühere Generationen Spruchweisheiten lernen mußten — Si vis pacem para bellum<sup>3</sup> — geht es nun um die differenzierte Analyse von Systemen der Drohpolitik. Den Leitsatz dieser jungen Wissenschaft formulierte ihr Protektor Gustav Heinemann: „Der Krieg ist keine Möglichkeit mehr, weil es hinter dem Krieg keine Existenz mehr gibt.“

Die Vermittlung von Ergebnissen der Friedensforschung erfolgte an den

- 2 Zur Orientierung seien hier einige Veröffentlichungen angeführt, die zusammen ein Bild des Entwicklungsstandes der Friedenspädagogik geben: Hans-Günther Assel: Friedenspädagogik als Problem politischer Bildung, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 11. April 1970. Gerhard Beier: Ost- West-Vorurteile in der politischen Bildung, Methodisch-didaktisches Modell über die Aufarbeitung von Vorurteilen, Frankfurt 1971. Dieter Danckworth: Erziehung zur internationalen Verständigung, München 1965. Hans-Joachim Gamm: Aggression und Friedensfähigkeit in Deutschland, München 1968. Bernhard Kroner: Zur Ausgangssituation einer psychologischen Friedensforschung, in: Das Argument 1970, Heft 60. Hermann Rohrs: Erziehung zum Frieden, Stuttgart 1971. Karl Friedrich Roth: Erziehung zur Völkerverständigung und zum Friedensdenken, Donauwörth 1967. Dieter Senghaas: Die Erziehung zum Frieden in einer friedlosen Welt, in: Die Pädagogische Provinz, Frankfurt 1968. Probleme der Friedenserziehung, Heft 90 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1970.
- 3 Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.



Universitäten, und zwar besonders dort, wo die Hochschulreform zu neuen Möglichkeiten des forschenden Lernens drängte. An der Kritischen Universität in Berlin fand im Sommer 1968 ein Colloquium über „Gewalt und Bewußtseinsveränderung“ statt. Gleichzeitig arbeitete ein Seminar über „Probleme der Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“. Inzwischen sind viele ähnliche Lehrveranstaltungen anderer Hochschulen zu nennen. Die neu gegründete Universität Bremen wird im Sommer 1972 ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zur „Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland“ durchführen.

Trotz allen reformerischen Eifers ist die Friedensforschung bislang ein akademisches Fach geblieben. Zwar hat sogar die Bundeswehr in ihren „Informationen für die Truppe“ (Jahrgang 1970, Heft IV ff.) wissenschaftliche Beiträge zur Friedensforschung veröffentlicht, aber es genügt eben nicht, wissenschaftliche Erkenntnis nur kognitiv umzusetzen, wenn man das Bewußtsein und das Verhalten der Adressaten verändern will.

*Psychodynamische Methoden* sind notwendig, wenn Friedenspädagogik weitergehenden Erfolg haben soll. Entsprechende sozialpsychologische Wege wurden in der politischen Bildung eröffnet. Sie erstrecken sich von der Erziehung zur „Partnerschaft“ bis zur politischen Bildung durch den „Konflikt“.

Diese beiden Richtungen stehen in der aktuellen Diskussion kontrovers gegenüber. Gleichwohl ist ihnen gemeinsam, daß sie politische Bildung durch aktive Beteiligung und affektiven Bezug aus der Beschränkung rein appellativer und kognitiver Lernprozesse herausführen und zur eigenen Sache der Lernenden machen wollen. Da „Partnerschaft“ und „Konflikt“ im Verlauf der Auseinandersetzung die Qualität von „Reizworten“ erlangt haben, die einander ausschließen, wird ihr dialektischer Zusammenhang kaum noch gesehen. Setzt man für „Partnerschaft“ aber „genossenschaftliche Kooperation“ und „solidarische Aktion“ für gesellschaftlichen Konflikt, dann zeigt sich wieder, daß beide nur die Kehrseiten einer aktiven, teilnehmerorientierten und emotional getönten politischen Bildung sind.

Partnerschaft und Konflikt gehören zusammen wie Sympathie und Antipathie, wie Identifikation und Projektion im Gruppenprozeß. Psychodynamische Methoden, wie sie in sozialpsychologischen Laboratorien entwickelt wurden, gestatten es heute, entsprechende gruppenspezifische Prozesse experimentell durchzuführen und in der Lehrerfortbildung anzubieten.<sup>4</sup>

Sofern diese Prozesse gelingen — und das hängt weitgehend von ihrer sachgerechten Organisation ab — führen sie über Selbsterfahrung und

4 Vgl. Kurt Spangenberg: Chancen der Gruppenpädagogik, Gruppendynamische Modelle für Erziehung und Unterricht, Weinheim 1969. Tobias Brocher: Gruppendynamik und Erwachsenenbildung, Braunschweig 1967.

Selbststeuerung zur Autonomie. Dabei eröffnet sich die Chance, eigene und fremde Affekte kennenzulernen, das „Anderssein des anderen“ zu akzeptieren, soziale Emotionen zu reflektieren, die Sensibilität für aggressive und libidinöse Regungen zu steigern.

Gruppendynamische Verfahren haben sich in letzter Zeit als „dernier cri“ der politischen Bildung entpuppt. Vor ihrer vorschnellen und unkritischen Übernahme sei deshalb gewarnt. Auch ihre isolierte Anwendung ist nicht angezeigt: Psychodynamische Prozesse ohne „Moral“ können ebenso den Rückfall auf die Stufe der Barbarei bewirken, wie der kollektive ethische Appell in „moralische Aufrüstung“ umzuschlagen vermag. Beide bedürfen zu ihrer Reflexion der kognitiven Vermittlung. In integrierten Lernprozessen gestatten alle drei — appellative, kognitive und psychodynamische Verfahren — *einen optimalen, ganzheitlichen Prozeß der Erziehung zum Frieden, die zugleich eine Erziehung zum kontrollierten, gewaltfreien Konflikt ist.*

## BEISPIELE

Theoretische Lösungen in abstrakter Terminologie bleiben für den Leser zunächst schwer faßbar. Gewiß brauchen wir im Grenzland Friedensforschung und Friedenspädagogik. Sicherlich werden auch gruppensdynamische Seminare veranstaltet. An ethischen Appellen zur Verständigung dürfte es ohnehin nicht mangeln. Einen konkreten Bezug und richtungweisende gesellschaftliche Funktion erhalten diese Anstrengungen aber erst durch praktische Beispiele einer künftigen Kooperation, die über das bestehende friedliche Nebeneinander und zeitweilige Miteinander weit hinausgehen.

Diese praktischen Beispiele liegen sinnvollerweise im Bereich der Bildungs- und Schulreform. Es sollen keine harten Forderungen sein. Niemand darf erschreckt werden. Vielmehr geht es um Modellvorschläge, um „Denkspiele“ mit Praxisbezug, oder besser gesagt um Fragen. Ein relativierendes „Wenn“ sei ihnen vorgeschaltet, um den hypothetischen Charakter noch zu unterstreichen:

Wenn also die Lehrpläne unserer Schulen überprüft werden, wenn es zu der vielberufenen „Curriculum-Reform“ kommt, dürfte dann eventuell auch das Dänische zu einer ordentlichen Fremdsprache an deutschen Schulen im Grenzland werden?

Wenn kooperative oder integrierte Gesamtschulen gebaut werden, ließe sich dann auch eine internationale Gesamtschule projektieren, an der Deutsche und Dänen, sowohl Lehrer als auch Schüler, gleichberechtigt Zusammenarbeiten?

Wenn im Flensburger Raum eine Universität gegründet wird, sollte diese Einrichtung nicht als Europa-Universität oder als skandinavisch-deutsche Hochschule oder als gemeinsame deutsch-dänische Institution ihre sinnvollste Organisationsform finden?

Wenn ein kooperatives System der Erwachsenenbildung geplant werden soll, wäre da in das Denkspiel nicht auch die institutionalisierte Kooperation zwischen deutschen und dänischen Volkshochschulen, zwischen Bibliotheken und Mediotheken beider Seiten einzubeziehen?

Wenn das deutsch-französische Jugendwerk zu einem europäischen Jugendwerk erweitert wird, wäre das kein Signal für eine entsprechende deutsch-dänische Einrichtung?

Gewiß werden schon diese vorsichtigen Fragen auf Widerstände stoßen. Sicherlich gibt es viele Gründe, die zunächst dagegen sprechen. Insbesondere der „kleinere“ Partner wird in einem gemeinsamen „Geschäft“ die möglichen Nachteile sehr sorgfältig prüfen müssen. Aber wäre diese Prüfung nicht schon eine wichtige Aufgabe für eine gemeinsame Friedensforschung im Grenzlande? Wären die einhergehenden psychodynamischen Prozesse nicht das lohnende Thema gemeinsamer gruppenspezifischer Seminare?

Ob bei so vielen interessanten Fragen ein ethischer Appell nachhelfen kann? Immanuel Kant hat Männern, die „Pläne zur Erziehung machen“, gesagt: „Kinder sollen nicht dem gegenwärtigen, sondern dem zukünftig möglich bessern Zustande des menschlichen Geschlechtes, das ist die Idee der Menschheit, und deren ganzer Bestimmung angemessen erzogen werden.“

Wo die (eingangs zitierte) späte Einsicht des älteren Moltke und die weitsichtige Mahnung Immanuel Kants in die gleiche Richtung weisen, sollten wir da nicht weitergehende Schritte wagen dürfen? Wo Kant den „ewigen Frieden“ zu organisieren versuchte, sollten wir da nicht den „ewigen Grenzfrieden“ jedenfalls weiter festigen?

---

*In früheren Zeiten vollzogen sich grundlegende Veränderungen auf der weltpolitischen Bühne mit der donnernden Plötzlichkeit von Naturkatastrophen. Gewaltigen geologischen Verwerfungen gleich stülpten Kriege und Schlachten die Landschaft um, zertrümmerten sie alte Ordnungen und schufen neue aus dem Chaos, bestimmten sie Oben und Unten nach dem Rang, den das Schwert den Staaten zuwies. Demgegenüber scheint es ein Merkmal unserer Epoche zu sein, daß nicht minder umstürzender Wandel sich in leiser Allmählichkeit anbahnt. Wie bei einer Klimaveränderung entsteht eine neue Welt, ohne daß der Untergang der alten den Zeitgenossen so recht ins Bewußtsein rückt.*

Theo Sommer in der „Zeit“ vom 22. Oktober 1971

FRIEDE  
AUF ERDEN

Da die Hirten ihre Herde  
ließen und des Engels Worte  
trugen durch die niedre Pforte  
zu der Mutter und dem Kind,  
fuhr das himmlische Gesind  
fort, am Sternenraum zu singen,  
fuhr der Himmel fort zu klingen:  
„Friede, Friede! auf der Erde!“

Seit die Engel so geraten,  
o wie viele blut'ge Taten  
hat der Streit auf wildem Pferde,  
der geharnischte, vollbracht!  
In wie mancher heil'gen Nacht  
sang der Chor der Geister zingend,  
dringlich, flehend, leis verklagend:  
„Friede, Friede... auf der Erde!“

Doch es ist ein ew'ger Glaube,  
daß der Schwache nicht zum Raube  
jeder frechen Mordgebärde  
werde fallen alle Zeit:

Etwas wie Gerechtigkeit  
webt und wirkt in Mord und Grauen,  
und ein Reich will sich erbauen,  
das den Frieden sucht der Erde.

Mählich wird es sich gestalten,  
seines heil'gen Amtes walten,  
Waffen schmieden ohne Fährde,  
Flammenschwerter für das Recht,  
und ein königlich Geschlecht  
Wird erblühn mit starken Söhnen,  
dessen helle Tuben dröhnen:  
Friede, Friede auf der Erde!

CONRAD FERDINAND MEYER

## Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland und in Skandinavien

In den nordischen Staaten war die Friedensforschung schon eine geachtete Wissenschaft, als in der Bundesrepublik Deutschland Friedensforscher noch als subversive Elemente galten. Auf die Frage, warum die Friedensforschung in der BRD nur relativ schwach entwickelt ist, antwortete der norwegische Experte Professor Johan Galtung Anfang 1970:

„Einmal stellt sicherlich die schwierige politische Lage, in der sich die Bundesrepublik befindet, ein großes Hindernis dar. Ebenso die ungeheure feudale, ordinariebezogene Universitätsstruktur mit ihrer schwach ausgeprägten horizontalen Kommunikation. Und, um ganz aufrichtig zu sein, will ich als dritte Ursache nennen, daß man von Deutschland eigentlich nichts Neues in der Forschung erwartet. Deutschland ist ein Land der Anthologien und Übersetzungen geworden. Die Deutschen haben eine besondere Servilität entwickelt und versuchen, die USA zu imitieren. Offenbar meinen sie, daß die Qualität einer wissenschaftlichen Leistung von der Bestätigung abhängt, die sie in den USA findet.“<sup>1</sup>

Inzwischen erlebte die bundesrepublikanische Öffentlichkeit einen Publizitätsboom der Friedensforschung, ausgelöst durch die sich allmählich auswirkende Forderung und Zusage von Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann und Bundeskanzler Willy Brandt, die Friedensforschung sollte öffentliche Unterstützung erfahren. Zahlreiche ernsthafte Denkschriften und Bücher, Aufsätze und Stellungnahmen, aber auch schon mehrere törichte Veröffentlichungen zum Thema Friedensforschung erschienen auf dem bundesrepublikanischen Buchmarkt. Institutionen, die sich vorher jahrelang im Verborgenen, dürftig von privaten Stellen finanziert, mit Friedensforschung beschäftigt hatten, verstärkten ihre plötzlich staatlich anerkannte Arbeit, so die „Gesellschaft zur Förderung von Zukunfts- und Friedensforschung“ in Hannover, die „Studiengesellschaft für Friedensforschung“ in München, die „Pax Christi – Internationale Katholische Friedensbewegung“ mit ihrer deutschen Arbeitsstelle in Frankfurt/M. die „Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft“ in Heidelberg. Die „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ in Hamburg intensivierte ihre Arbeit an friedensrelevanten Projekten. Für die Koordination der Friedensforschung bot sich die im Herbst 1968 gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ an, in der zahlreiche Gesellschaften, Institute und

1 VORWÄRTS, Bonn, Nr. 9/1970, S. 18

Einzelpersonen zusammengeschlossen sind. Neue Institute wurden in Frankfurt gegründet (Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung), für Bielefeld und Hamburg geplant. Am 8. Mai 1970, fünfundzwanzig Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches, das den letzten Weltkrieg entfesselt hatte, gab Bundeskanzler Brandt die Absicht zur Gründung einer „Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ bekannt. Auch diese Gesellschaft, deren Gründungsmitglieder Bundesregierung, Land Berlin, DGB, DAG, BDA, Evangelische und Katholische Kirche, Jüdische Religionsgemeinschaft und ein Repräsentant der Bundesländer sind, hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. An Universitätsinstituten, im „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ in Starnberg, in Studentengruppen, vereinzelt auch schon in Pädagogischen Hochschulen, Volkshochschulen und Schulen werden Themen aus dem Bereich „Friedensforschung“ bearbeitet und gelehrt. Äußerlich betrachtet, scheint die Friedensforschung in der Bundesrepublik zu blühen, trotz des skeptischen Statements des norwegischen Friedensforschers Johan Galtung, das erst gut ein Jahr zurückliegt.

#### *Schwierigkeiten der Organisation*

Ein Vergleich der vielfältigen bundesrepublikanischen Bemühungen um die Friedensforschung mit Einrichtungen und Forschungsprojekten in Skandinavien zeigt, daß bei uns kein Grund zur Zufriedenheit oder gar zum Stolz über die rasche Blüte „Friedensforschung“ besteht. Nicht alles, was als Friedensforschung bezeichnet wird, ist Friedensforschung. Eine wirkungsvolle Koordination der vielfältigen Ansätze in der Bundesrepublik war bisher nicht möglich und ist auch heute noch – wegen unzulänglicher Organisation, die offenbar auf ideologischen Schwierigkeiten beruht – nicht effektiv. Der Vorsitzende des Vorstandes des „Stockholm International Peace Research Institute“ (SIPRI), Professor Gunnar Myrdal, nannte in einem Interview mit deutschen Studenten Anfang 1970 als wesentliche Voraussetzungen der Friedensforschung ihre Unabhängigkeit vom Staat, auch wenn der Staat als Geldgeber auftrete, und die Internationalität der Selbstverwaltungsgremien und der Forscherstäbe.<sup>2</sup> Beide Voraussetzungen sind in der deutschen Friedensforschung bedauerlicherweise nicht erfüllt. Das einzige Institut, das durch internationale Wissenschaftlerbeiräte und den Selbstverwaltungstatus als GmbH die Voraussetzungen bietet, das Wissenschaftszentrum Berlin, scheidet wegen seines am Kalten Krieg orientierten Forschungsprogramms aus der seriösen Friedensforschung aus. Aus diesem

2 VORWÄRTS, Bonn, Nr. 9/1970, S. 19

Grund zog auch Johan Galtung seine Zusage zur Mitarbeit im Wissenschaftszentrum zurück.

Die Begründung für diesen aufsehenerregenden Schritt, die er in einem Brief vom 29. Mai 1970 an den Geschäftsführer des Wissenschaftszentrums gab, sagt auch inhaltlich über die Friedensforschung so viel Wesentliches aus, daß ich daraus zitieren möchte:

„Ich finde das ganze Konzept auf ‚Ruhe und Ordnung‘ hin orientiert, ein Konzept, das von Wissenschaftlern dieser Forschungsrichtung schon lange verworfen wurde. Für mich ist Friede nicht nur Abwesenheit direkter Gewalt, sondern genauso Abwesenheit von struktureller Gewalt, jener Art von Gewalt, die in der sozialen Struktur liegt, die die Entwicklungschancen von wenigen begünstigt und die Entwicklungschancen von vielen einschränkt. Die Gewalt in einer ungerechten, auf Ungleichheit basierenden Gesellschaft ist so real wie die Gewalt auf dem Schlachtfeld; der verborgene Konflikt ist so real wie der offen ans Tageslicht getretene Konflikt. Die Aufgabe der Friedensforschung ist, einen Beitrag zum menschlichen Bewußtseinsstand zu leisten, um den Menschen in die Lage zu versetzen, beide Arten von Gewalt wirksamer zu bekämpfen. Friedensforschung sollte ein Instrument der Befreiung der Menschheit von Gewalt jeder Art sein, kein Instrument der Manipulation von oben, um den Status quo zu schützen.“<sup>3</sup>

### *Skandinavische Aktivitäten*

In Skandinavien gibt es Friedensforschung an vielen Universitäten und in eigenen wissenschaftlichen Instituten, friedenspädagogische Bemühungen in zahlreichen Volkshochschulen. Überwiegend mit soziologischen Fragen im Zusammenhang mit der Friedensforschung beschäftigt sich das „Institute for Peace and Conflict Research“ in Kopenhagen. Dort laufen Untersuchungen über internationale Konflikte, nationale Konflikte, internationale Perzeption, Entscheidungsmodelle der Außenpolitik; das „Hesbjerg Peace Research College“ in Holmstrup auf der Insel Fyn (Dänemark) bemüht sich um die Umsetzung von Ergebnissen der Friedensforschung in Kursen mit internationaler Beteiligung. Das „Finnish Council of Peace and Conflict Research“ in Helsinki koordiniert Forschungsarbeiten über Neutralität und Konsequenzen der Abrüstung; in Tampere/Finnland arbeitet eine „Peace Research Group“; an der Universität von Uppsala/Schweden befaßt sich das „Department of Peace and Conflict Research“ mit internationalen Sanktionen und Problemen der nichtmilitärischen Verteidigung. Weltbekannt sind die Institute SIPRI und PRIO mit ihren Veröffentlichungen, Tagungen, Expertengruppen. Das „Peace Research Institute, Oslo“ (PRIO) entstand aus der 1959 von Johan Galtung und Arne Naess errichteten Abteilung für Friedensforschung am Institut

3 FUTURUM, München, Heft 3/1970, S. 444, meine Übersetzung

für Sozialforschung in Oslo. 1966 wurde das heutige Institut als unabhängige Einrichtung der Forschung und Lehre gegründet. Der Vorstand wird vom Vorstand des Sozialforschungsinstituts berufen; dem Beratergremium gehören zur Zeit Wissenschaftler aus den USA, Dänemark, Brasilien, Frankreich, Polen, Schweden, Indien, Großbritannien, Holland an. Im Mai 1969 wurden dreißig Wissenschaftler, überwiegend als ständige Mitarbeiter, am PRIO beschäftigt, in der Mehrzahl Soziologen und Politologen.<sup>4</sup> PRIO befaßt sich vor allem mit Problemen der Politikwissenschaft und der Soziologie. Der Themenkatalog umfaßt u. a.: Allgemeine Konflikttheorien; soziale Aspekte der technische Hilfe; persönliche Kontakte in Konfliktsituationen; der friedliche Gebrauch militärischer Hilfsquellen; kultureller Konflikt und sozialer Wandel; Ursachen und Folgen von Rassenkonflikten; Rüstung, Abrüstung und Machtgleichgewicht; intergesellschaftliche Folgen von Krieg und Frieden; internationale Friedensstreitkräfte; nichtmilitärische Macht. Dreißig engere Themenbereiche sind in zehn Gruppen, „Perspektiven“ genannt, zusammengefaßt: Friedensstudien; Konfliktstudien; Entwicklungsstudien; Imperialismusforschung; Revolutionsforschung; Interaktionsstudien; Integrationsforschung; Entscheidungsvorgangsforschung; Hierarchieforschung; Zukunftsforschung. Um die Unabhängigkeit der Themenwahl und der Arbeit an den einzelnen Projekten von den Finanziers des Instituts zu sichern, wird von keinem einzelnen Geldgeber mehr als fünfzig Prozent des Gesamtetats des PRIO angenommen: die norwegische Regierung ist an der Finanzierung mit vierzig Prozent beteiligt, der Norwegische Rat für Natur- und Geisteswissenschaften mit ebenfalls vierzig Prozent. Der Rest wird von internationalen Institutionen und Stiftungen aufgebracht. Die Publikationstätigkeit des PRIO ist erheblich. Neben Einzelstudien erscheinen regelmäßig das „Journal of Peace Research“ und die Vierteljahresschrift „Bulletin of Peace Proposals“. Tagungen und Seminare und die „Friedensakademie“, eine monatliche vertrauliche Diskussionsrunde von Forschern, Publizisten und Politikern, sorgen neben den Veröffentlichungen des PRIO für eine Umsetzung der Ergebnisse des Instituts in die Öffentlichkeit und in die politische Praxis. Claus Koch, westdeutscher Spezialist für Friedensforschungsorganisation, Verfasser eines Überblicks über den Stand der Friedensforschung in der Bundesrepublik im Auftrage der AFK und des Bundesministers für Bildung und Wissenschafts äußerte sich im Deutschlandfunk am 26. 12. 1969 zwar grundsätzlich positiv zu den Vorhaben des PRIO, empfahl aber ausdrücklich das Stockholmer Institut SIPRI als Vorbild einer ähnlichen bundesrepublikanischen Einrichtung.

4 Vgl. Gerhard Bräunlich, Reinhard Hermle, Günter Brauch, Friedensforschung in Skandinavien: PRIO und SIPRI. In: FUTURUM, a. a. O., S. 446 ff.

5 Friedensforschung. Schriftenreihe Forschungsplanung, Heft 1, Bonn 1970



Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) entstand 1966 auf Anregung des damaligen schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander. Vorstandsvorsitzender Gunnar Myrdal umriß in seinem Interview die wissenschaftlichen Ziele des SPIRI:

„Wir arbeiten nach drei Prinzipien: Erstens wollen wir uns mit aktuellen Streitfragen beschäftigen. Wir sind sehr skeptisch gegenüber allgemeinen Theorien von Spannungen und Konflikten, die meinetwegen in Rhodesien, New York und Saigon gültig sein sollen. Wir interessieren uns vielmehr für tatsächliche Streitfragen... Dann untersuchen wir natürlich auch, was auf diesem Gebiet in den einzelnen Ländern geschieht... Wir veröffentlichen diese Studien unseres Mitarbeiterstabes und halten zudem Konferenzen auf höchster Ebene ab. Es ist uns gelungen, gleich von Anbeginn unserer Tätigkeit eine Stätte zu sein, an der sich die bekanntesten Spezialisten treffen.“

Konkrete, in politische Entscheidungen umzusetzende Erforschung von Konfliktmöglichkeiten, Internationalität und Publizität sind die methodischen Grundlagen des SPIRI; Unabhängigkeit von der Regierung und von den Großmächten ist die Basis der Organisationsstruktur. SPIRI wird voll vom schwedischen Staat finanziert, ist aber in wissenschaftlichen und personellen Entscheidungen frei. Im Vorstand arbeiten Wissenschaftler aus vielen Nationen, aber kein Vertreter der Supermächte. Zum Forschungsrat, der etwa dreißig Wissenschaftler aller einschlägigen Fachrichtungen umfaßt, gehören auch Nordamerikaner und Sowjetbürger. Im Augenblick werden u. a. folgende Probleme untersucht: Atomenergie und Abrüstung; Nachrichtensatelliten; Chemische und biologische Waffen; Inspektion zur Verhinderung der Herstellung biologischer Waffen; Massenmedien; Rechtliche, wirtschaftliche und militärtechnische Implikationen der Nutzung des Meeresbodens; Seismische Methoden zur Überwachung unterirdischer Atomexplosionen. Ende 1971 erschien eine aufsehenerregende Veröffentlichung zum Thema „Waffenhandel mit der dritten Welt“, ein Muster solider Dokumentation, die durch ihre bloße Publizierung politisch wirksam wird.

### *Anfänge in der Bundesrepublik*

In der Bundesrepublik baute die Friedensforschung nicht auf den skandinavischen Vorbildern auf, sondern ging eigene Wege. Mit der privaten „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ in der die meisten westdeutschen Friedensforscher zusammengeschlossen sind, und der offiziellen „Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ die gemeinsam mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft die staatliche Förderung einzelner

Unternehmungen vornimmt, ist der äußere Rahmen westdeutscher Bemühungen gesteckt. Eine unabhängige internationale Stiftung, die viele Friedensforscher forderten, wurde nicht ins Leben gerufen. Außer spekulativen Bemühungen einzelner Forscher und Aufsatzsammlungen, Übersetzungen und Rezeptionen ausländischer Forschungen zeigt sich bisher kaum ein Ansatz westdeutscher Friedensforschung. Eine Ausnahme ist die Arbeit der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“, die sich seit der großen innenpolitischen Auseinandersetzung um die Atombewaffnung der Bundeswehr unter Bundeskanzler Konrad Adenauer mit gesellschaftlich relevanten Problemen moderner Wissenschaft beschäftigt und stark beachtete Denkschriften über Zivilschutz, Notstandsgesetze, Entwicklungspolitik veröffentlichte. Auch zur Friedensforschung erschienen inzwischen zwei aufsehenerregende Werke: „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung in der Bundesrepublik“, herausgegeben von Carl Friedrich von Weizsäcker, und von Ulrich Albrecht „Der Handel mit Waffen“.<sup>7</sup> Geistreiche Spekulationen über die gefährlichen gesellschaftlichen Auswirkungen des gegenwärtigen „Terrorfriedens“, der durch die gegenseitige Gewaltandrohung der Großmächte aufrechterhalten wird, von Dieter Senghaas, Überlegungen, wie eine Alternative zur militärischen Verteidigung durch soziale Verteidigung möglich sei, von Theodor Ebert, völkerrechtliche Abhandlungen, Forderungen nach einer Friedenspädagogik, in der letzten Zeit auch zunehmende Kritik an den Spekulationen von Senghaas und Ebert (so von Josef Joffe auf dem ersten wissenschaftlichen Kolloquium der AFK im Mai 1970 in München und von Erhard Forndran in seiner Schrift „Abrüstung und Friedensforschung“ Düsseldorf 1971) sind gegenwärtig die Diskussthemata unter Friedensforschern in der BRD.<sup>8</sup> Wie in Skandinavien, wo eine neue Forschergeneration ungestüm eine ausschließlich an gesellschaftlicher Veränderung orientierte Friedensforschung verlangt, gibt es auch in der BRD neben der sich allmählich etablierenden Friedensforschung eine revolutionäre Richtung.

Am 24. und 25. traf sich ein Kreis überwiegend jüngerer Friedensforscher zu einer wissenschaftlichen Tagung in der Evangelischen Akademie Berlin-Wannsee. In einer „Erklärung zur Friedensforschung“ bestimmten die Wissenschaftler, unter ihnen auch Dieter Senghaas und Theodor Ebert, den Standort der kritischen Friedensforschung:

„Kritische Friedensforscher lehnen eine am Status quo orientierte Befriedigungsforschung ab. Indem sie helfen, politische Apathie zu überwinden, die Fixierung auf Freund-Feind-Bilder abzubauen sowie verdeckte oder ideologisch

7 beide München 1971

8 Einen Überblick bietet: Rainer Kabel und Hans-Günter Assel, Friedensforschung und Friedenspädagogik. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1971 (kostenlos)

verschleierte gesellschaftliche Konflikte bewußt zu machen, tragen sie dazu bei, emanzipatorische Lernprozesse in Gang zu setzen und eine nicht manipulierbare politisch handlungsfähige Öffentlichkeit herzustellen.“<sup>9</sup>

Als vorrangige Forschungsaufgaben werden im Wannsee-Papier genannt: Analyse der Rüstungspolitik; Untersuchung des Zusammenhangs von Imperialismus und Aggressionspotentialen auf Grund von systemspezifischen Arbeits- und Sozialisationsbedingungen und die Entwicklung von Praxeologien, also Handlungsanleitungen für die Politik. In der Frage der Gewaltanwendung oder grundsätzlicher Gewaltvermeidung bei der Herstellung einer friedlichen Welt schieden sich die Geister.

Es ist zu wünschen, daß die Kommission für Friedens- und Konfliktforschung, die durch einen Vertrag zwischen der Deutschen Forschungsgemeinschaft als traditioneller Verwalterin staatlicher Forschungsmittel und der DGFK von den bis fünf Millionen Deutsche Mark für die Friedensforschung der kommenden Jahre auch Vorhaben der kritischen Friedensforscher unterstützt.

Eine vordringliche Aufgabe, die bisher leider noch nicht auf dem Förderungsprogramm der DGFK steht, ist die Aufklärung der Öffentlichkeit über Möglichkeiten und Vorhaben der Friedensforschung. Massenmedien, Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen sollten sich dieser Aufgabe annehmen, ohne allerdings durch voreiligen Optimismus und unkritische Förderung einer Wissenschaftsgläubigkeit von den primär politischen Notwendigkeiten praktizierter Friedensforschung abzulenken.

Die bestorganisierte *Friedensforschung*, von der wir in der BRD allerdings noch weit entfernt sind, kann die *Friedenspolitik* nicht ersetzen. Nur wenn Politiker – gemeinsam mit Wissenschaftlern und legitimiert und beauftragt von einer aufgeklärten Öffentlichkeit – neue Wege zu einer friedlichen, gerechten Welt beschreiten, hat die Friedensforschung überhaupt einen Sinn und eine Chance. Anfänge gibt es in der westdeutschen Außenpolitik durch ein Netz von Beziehungen und Kontakten, durch das Aufbrechen des Eisernen Vorhangs, durch Kooperation und Interessenausgleich. In der Innenpolitik müssen konsequente Reformen zur Demokratisierung und Modernisierung von Staat und Gesellschaft führen. Die Friedensforschung kann dabei helfen. Sie ist eine praxisorientierte Wissenschaft, es wäre besser, man könnte sie schon eine „angewandte Wissenschaft“ nennen.

9 Vollständiger Text in: Dieter Senghaas (Hrsg.) *Kritische Friedensforschung*. Frankfurt/M. 1971, S. 416-419

# Geschichtswissenschaft als Friedensforschung und der Friedensplan Heinrich Rantzaus

## I

### *Zum Entwurf einer historischen Friedensforschung*

Auch wenn die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland noch in den ersten Anfängen steckt, wird man sie – bei aller Offenheit ihrer künftigen Entwicklung und bei aller Vieldimensionalität und Komplexität ihres Gegenstandes – gleichwohl schon als eine Domäne der Gesellschaftswissenschaften charakterisieren und einordnen dürfen. Das läßt sich recht anschaulich an dem interdisziplinär weit aufgefächerten Diagramm der Friedensforschung demonstrieren, das Dieter Senghaas in seiner Studie über *Aggressivität und kollektive Gewalt* entworfen hat. Man findet dort allerdings ausschließlich systematische Gesellschaftswissenschaften angeführt, während die historische Dimension der Friedens- und Konfliktforschung unberücksichtigt bleibt. Gleichwohl hat Senghaas sie in seiner Untersuchung nicht gänzlich ausgeklammert, sondern gelegentlich in einzelne Ansätze mit einbezogen, in denen – wie beispielsweise in der Imperialismusforschung – die unmittelbare Vor-Geschichte noch integrierender Bestandteil der gesellschaftlichen und politischen Gegenwart ist. Nach einer eigenen historischen Disziplin der Friedensforschung wird man in seinem Diagramm jedoch vergeblich suchen.

Nun ließe sich solcher Mangel aber auch von einem systematischen, insbesondere strukturalistischen Ansatz her mit dem Einwand begründen, daß die Geschichte mit all ihren Kriegen, Konflikten und Friedensbrüchen nur die sich ewig wiederholende oberflächliche Äußerung unverändert gleichbleibender Grundstrukturen sei und deshalb außer acht gelassen werden könne. So formuliert beispielsweise Carl Friedrich von Weizsäcker (der im übrigen „vielfache Kenntnisse“, unter anderen auch ausdrücklich historische, zur Ergründung des Phänomens der menschlichen Friedlosigkeit für nötig hält) in der Rolle des *Advocatus Diaboli* die ebenso banale wie weitverbreitete Auffassung: „Es hat immer Krieg gegeben und wird immer Krieg geben. So ist die Natur des Menschen.“

Man wäre jedoch schlecht beraten, wollte man solcher Argumentation folgen. Denn einerseits läßt sich die These von der strukturellen Identität des Menschen im Verlauf seiner Geschichte an Hand der historischen Erfahrung durchaus nicht verifizieren, und andererseits lassen sich die allgemeinen Aussagen und Theorien der systematischen Gesellschaftswissenschaften – so Jürgen Habermas – „vom Boden der Universalgeschichte nicht einfach ablösen“, da es ja ihre Intention ist,

„individuierte geschichtliche Prozesse zu erfassen“.

Alexander Mitscherlich hat in seiner Untersuchung über *Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität* ein überzeugendes Beispiel dafür geboten, daß die systematische und die historische Dimension in der Konflikt- und Friedensforschung einander nicht ausschließen oder überflüssig machen, sondern – im Gegenteil – komplementieren. Er führt dort unter anderem aus, daß der „in seinem Ursprung unfriedliche Mensch durch die Jahrtausende, und immer deutlicher, je größer seine zivilisatorische Potenz wurde, derart unerträgliche Machtverteilungen und ein solches Ausmaß organisierter Unvernunft produzierte, für die dann kein anderer Ausweg als organisierte Destruktion oder Selbstdestruktion bleibt“. Diese allgemeine Aussage legt ihn aber nicht auf eine unhistorisch eindimensionale Untersuchung seines Themas fest, weil er zugleich auch die Historizität der menschlichen Aggressivität beziehungsweise — im Anschluß an Norbert Elias — „die geschichtliche Verwandlung des Affekthaushaltes“ bewußt macht und dann an einem konkreten Beispiel aus dem 16. Jahrhundert zeigt, daß „die Wildheit aggressiver Äußerungen im Ganzen des Lebensstiles zurückgeht, mindestens stärker mißbilligt wird“.

Die hier exemplarisch vermittelte Einsicht in die Veränderung und damit zugleich auch in die Veränderbarkeit menschlicher Aggressivität verdeutlicht den speziell von der Geschichtswissenschaft zu leistenden Anteil an einer multidisziplinär konzipierten Konflikt- und Friedensforschung. Denn Wandlung, Tendenz und Dynamik gesellschaftlicher Kräfte werden erst in ihrer historischen Dimension hinreichend erkennbar. Und so vermag die Geschichtswissenschaft einer Gesellschaft - im Unterschied zu den systematischen Gesellschaftswissenschaften - an Hand der überlieferten Zeugen und Zeugnisse vor allem „den historisch gewordenen, prinzipiell immer noch offenen Charakter ihrer Institutionen und Entwicklungstendenzen“ (Hans-Ulrich Wehler) zu demonstrieren. Historische Friedensforschung hat daher keineswegs nur eine akademische, unser Wissen über Krieg und Frieden in der Geschichte erweiternde, sondern gleichermaßen auch eine aufklärerisch- emanzipatorische, handlungsorientierende Funktion, zumal es ja gerade der generellen Intention der Friedens- und Konfliktforschung entspricht, „das in der Forschung Gewonnene auf die Gegenwart selbst zu verwenden“. Diese Funktion - wohlgemerkt historischer — Forschung hat *expressis verbis* Johann Gustav Droysen in seiner *Historik* geltend gemacht und sie insbesondere der diskussiven Darstellung von Geschichte zugewiesen, in der – so Droysen – „das bis dahin Gewordene und Geschehene uns die Entscheidung motivieren soll, was weiter geschehen soll“. Einer so verstandenen historischen Friedensforschung würde nicht nur der unmittelbare – zumeist zeitgeschichtliche – Vorspann einzelner systematischer Disziplinen, sondern das ganze unbegrenzte Feld der empirisch zugänglichen

Geschichte offenstehen. Ihre spezifische Aufgabe im Rahmen einer umfassend organisierten interdisziplinären Friedensforschung dürfte wohl vornehmlich darin zu sehen sein, in historischer Entwicklung, historischem Vergleich und historischer Analogie die jeweiligen Erscheinungsformen und Bedingungen des Friedens zu untersuchen, die Forschungsergebnisse in diskussiver Darstellung auf das Friedensproblem der Gegenwart zu projizieren und auf einen differenzierten kritisch-historischen Friedensbegriff zu reflektieren.

Wollte man den Ergebnissen solcher historischen Friedensforschung vorgreifen und vorab den Versuch unternehmen, aus der überlieferten Kenntnis der Friedensschlüsse und Friedenszeiten der Geschichte eine historische Definition des Friedens abzuleiten, man würde sich allenfalls auf die negative Bezeichnung des Nicht-Kriegszustandes einigen können; so unterschiedlich und widersprüchlich, ja gegensätzlich erweisen sich die einzelnen Erscheinungsbilder des „Friedens“ im historischen Vergleich. Gängige Termini wie Diktat-, Sieg-, Burg- oder Verständigungsfrieden und auch bestimmte historische Begriffe wie *karthagischer Frieden* und *Pax Romana* bringen dies deutlich zum Ausdruck. Aber angesichts solcher Beispiele beginnt schließlich auch die Bezeichnung des Friedens als Nicht-Kriegszustand fragwürdig zu werden, denn Burgfriede im Innern ist nicht selten eine Bedingung des Krieges nach außen gewesen, und nicht minder selten ist ein vom Sieger diktiert Friede Ursachen eines neuen Krieges geworden. Ja, bisweilen sind Krieg und Frieden nichts anderes als die beiden Gesichter ein und desselben Januskopfes. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel hierfür bieten die Friedenspläne und -projekte des ausgehenden Mittelalters und der frühen Neuzeit (aus denen hier nur die bekannteren von Pierre Dubois, Erasmus von Rotterdam und Maximilian de Béthune, Herzog von Sully, namentlich hervorgehoben werden sollen), da sie die Forderung nach „allgemeinem“ oder „ewigem Frieden“ letztlich nur an die Christenheit richten, für den türkischen „Erbfeind“ dagegen das alte Mittel des „heiligen“ oder „gerechten Krieges“ bereithalten. Auch Heinrich Rantzaus Friedensplan, von dem in den speziellen Ausführungen im zweiten Abschnitt dieses Beitrages die Rede ist, gehört – um es bereits im Vorgriff anzudeuten – in diesen Zusammenhang.

Will man aber im Interesse der hier intendierten historischen Friedensforschung von solch widersprüchlichen Erscheinungsbildern zu den jeweils konstitutiven wie disfunktionalen Bedingungen des Friedens in der Geschichte Vordringen, wird man insonderheit nach den sozialökonomischen Machtstrukturen, den innen- und außenpolitischen Kräftekonstellationen, den unmittelbaren Motivinteressen konkreter Kriegs- und Friedensinitiativen und schließlich nach den interdependenten Veränderungen all dieser Faktoren fragen müssen. Denn gerade die Aufhellung der dem Ereignisgeschehen zugrunde liegenden — strukturell-funktionalen und prozessualen Zusammenhänge ist eine notwendige

Implikation historischer Friedensforschung, sofern sie sich in gegenwartsorientierter, entwickelnder, vergleichender und diskussiver Untersuchung vollziehen und so dazu beitragen soll, unsere auf die Zukunft gerichteten Entscheidungen mit zu motivieren.

Es ist sicherlich nicht nötig, noch des näheren darzutun, daß es sich hier nur um einen knapp skizzierten Entwurf möglicher, aber eben noch nicht realisierter historischer Friedensforschung handelt, der im übrigen zur Diskussion gestellt sei. Auch die diesen allgemeinen und grundsätzlichen Erörterungen folgenden speziellen Ausführungen über Heinrich Rantzaus Friedensplan erheben nicht den Anspruch, die so entworfene historische Friedensforschung verbindlich exemplifizieren zu wollen. Dazu fehlt es noch an nötigen Vorarbeiten. Aber sie sind selbst als eine Vorarbeit, als ein erster Beitrag für eine spätere umfassendere Untersuchung zur historischen Friedensforschung gedacht, deren spezielles Thema überdies auch ein geschichtlicher Beitrag zur zentralen Thematik der *Grenzfriedenshefte* ist.

Vereinzelte Ansätze historischer Friedensforschung sind übrigens schon vorhanden. Sie finden sich beispielsweise in dem Werk Kurt von Raumers *Ewiger Friede*, das die Friedensrufe und Friedenspläne von der Renaissance bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts behandelt, und in den kürzlich posthum erschienenen historischen Studien Fritz Dickmanns zum Thema *Friedensrecht und Friedenssicherung*. Beide Bücher sind hier bewußt angeführt worden, da sie sich insbesondere dadurch auszeichnen, daß sie das Friedensproblem der europäischen Geschichte in seinen größeren – freilich vorwiegend geistesgeschichtlichen – Zusammenhängen entwickeln und überdies den Zugang zu weiterführender Literatur vermitteln.

## II

### *Heinrich Rantzaus Friedensplan — ein Beitrag zur historischen Friedensforschung*

Heinrich Rantzau (1526-1598) war nicht nur ein Humanist von europäischem Namen, er war auch ein bedeutender Politiker, der fast ein halbes Jahrhundert lang – von 1556 bis 1598 – das Amt des königlich-dänischen Statthalters in den Herzogtümern Schleswig und Holstein ausgeübt hat. Über das Werk des Humanisten liegen bereits mehrere historische Untersuchungen vor; das Werk des Politikers ist dagegen noch weitgehend unerforscht. Außer Otto Brandts kleiner Studie über *Heinrich Rantzau und seine Relationen an die dänischen Könige* liegt über den Politiker noch keine Untersuchung vor. Überdies ist das Urteil der Historiker über den Politiker Heinrich Rantzau – wie schon das seiner Zeitgenossen – recht kontrovers und schwankt zwischen so widersprüchlichen Charakterisierungen wie: Phantast, Opportunist und Realpolitiker.

Aber wie auch immer der Politiker Heinrich Rantzau von seinen Zeitgenossen und

den Historikern beurteilt worden ist, über seinen hervorragenden Einfluß auf die politischen Entscheidungen in den Herzogtümern während der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts besteht keine Meinungsverschiedenheit. In eben dieser Zeit aber waren die Herzogtümer – wie Otto Brandt es in seiner anschaulichen Sprache treffend formuliert hat – mitten in einem „Meere kriegerischer Ereignisse gleichwohl ... eine Insel des Friedens und der Ruhe.“ Und in anderem Zusammenhang hat er – in seinem Grundriß der *Geschichte Schleswig-Holsteins* – davon gesprochen, daß sie unter der Statthalterschaft Heinrich Rantzaus das „goldene Zeitalter des Friedens und der Kulturentfaltung“, eben das „Rantzausche Zeitalter“ erlebten.

Bevor ich jedoch auf diesen Aspekt näher eingehen werde, möchte ich zuvor mit einigen wenigen Strichen den Politiker Heinrich Rantzau vorstellen:

Er war – mit den Worten des dänischen Historikers Paul Colding – *det danske riges udkigsmænd mod Europa*. Er verfügte – so Brandt – über „einen organisierten Auskunftsdiens mit sicheren Agenten“, über „eine förmliche Nachrichtenzentrale“ oder – wie Colding formuliert – über *en spioncentral af første rang*, die es ihm ermöglichte, die Situation der europäischen Staatenwelt zu überblicken und aufgrund dieses Überblicks die dänischen Könige in seinen Relationen beständig mit – wie es in der Sprache des 16. Jahrhunderts heißt – „Zeitungen“ über die politischen Vorgänge in Europa zu informieren. Er war überdies einer der einflußreichsten außenpolitischen Ratgeber des dänischen Königs Friedrich II., der sein Land von 1559 bis 1588 regiert hat. Colding spricht von einem kameradschaftlichen Verhältnis zwischen Rantzau und Friedrich II., das den Statthalter zum intimen Ratgeber des Königs gemacht und ihm einen bedeutenden Einfluß auf Dänemarks auswärtige Politik gesichert habe. Heinrich Rantzau war weiterhin „in weitgehend unumschränktem Maße“ (Brandt) Statthalter dreier dänischer Könige – Christians III., Friedrichs II. und Christians IV. – in ihrer Eigenschaft als Herzoge von Schleswig und Holstein. Aber er war nicht nur der Vertreter des Landesherrn, er war zugleich auch der Vertrauensmann der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, der politische Anwalt ihrer ständischen Privilegien. In der Vereinbarung dieser doppelten und spannungsreichen Stellung ist wohl vornehmlich seine große politische Bedeutung in den Herzogtümern zu sehen. Die wirtschaftliche Grundlage seiner politischen Stellung war zweifellos sein großer Reichtum an Grundbesitz und liquidem Vermögen, den er einerseits als väterliches Erbteil und Mitgift seiner Frau Christina von Halle, andererseits aber auch durch seine Einkünfte als königlicher Beamter, vor allem jedoch durch seine Finanzgeschäfte, seine Gutswirtschaft und Handelsunternehmungen erworben und beständig vermehrt hatte und dem er im damaligen Europa den legendären Ruf des *Rich Henryck Rantzow* verdankte, wie man ihn beispielsweise am Hof der Königin Elisabeth nannte. Soweit die Quellen hier Aufschluß geben, hat Heinrich



Rantzau offenbar anfänglich den Geldverleih bevorzugt, um sein liquides Vermögen aus der Mitgift und den Erträgen seiner wirtschaftlichen Unternehmungen möglichst gewinnbringend anzulegen. Seit dem siebenjährigen nordischen Krieg vergrößerte er seinen Besitz jedoch vorwiegend durch den Kauf adliger Güter, aber auch kleinerer Höfe und Ländereien in Dänemark, Schleswig, Holstein und Sachsen-Lauenburg. Den Wechsel vom Geldverleih zum Gutskauf vollzog er vermutlich unter dem Eindruck seiner glücklosen Finanzgeschäfte mit der damaligen Weltstadt Antwerpen, der er in der Mitte der fünfziger Jahre einen erheblichen Teil seines Vermögens – 375 000 Reichstaler – geliehen hatte, den er dann aber infolge des spanisch-niederländischen Konfliktes – trotz fortgesetzter intensiver Bemühungen mit Hilfe aller ihm zu Gebote stehenden politischen Einflußmöglichkeiten – bis an sein Lebensende nicht zurückerhalten sollte.

Dieser wirtschaftlichen Grundlage entsprach seine hervorragende gesellschaftliche Stellung, die ihm, als dem führenden Repräsentanten des größten adligen Geschlechts der Ritterschaft, in den Herzogtümern zukam. Bis zum Tod Friedrichs II. war er der unbestrittene politische Führer der Ritterschaft, danach, als Widersacher ihm diese Stellung streitig zu machen versuchten, der ihrer stärksten Fraktion.

Auf seine politische Tätigkeit in den Herzogtümern kann hier nicht näher eingegangen werden, zumal im engeren Zusammenhang dieser Ausführungen vor allem seine Beobachtungen und Aktivitäten im europäischen Rahmen von Interesse sind. Was nun seine Beobachterfunktion betrifft, so sind neben den Berichten über das politische Geschehen, die ihm aus allen Teilen Europas – vor allem Westeuropas – zukamen, insbesondere seine Kommentare und Urteile von Interesse, da sie die Mosaiksteinchen bilden, die sich schließlich zu einem Weltbild Heinrich Rantzaus zusammenfügen lassen. Es ist – um es gleich vorweg zu sagen – ein auf friedlichen Ausgleich der großen Gegensätze unter den christlichen Mächten bedachtes Weltbild, das sein Denken und Handeln als Politiker wesentlich zutreffender erklärt, als die widersprüchlichen Charakterisierungen, die ihn bald als Phantasten, bald als Opportunisten und bald als Realpolitiker erscheinen lassen.

Einer im 16. Jahrhundert weitverbreiteten Vorstellung folgend, sah er in den Türken den Erbfeind der Christenheit, den es kompromißlos zu bekämpfen gelte. Aber auch der „Moskowiter“ gilt ihm als Feind der Christen. Die Christen aber, so klagt er immer wieder, bekämpfen sich selbst, statt sich gegen ihre eigentlichen Feinde zu wenden. „Und ist nun werlig nichts Anders zu vormueten“, schreibt er 1576 voller Pessimismus, „denn das der Türck und Moscowiter sich umb Teutschlandt annehmen werden und sich darnach, wan sie die umbliggenden Potentaten und grosse Heubter gefressen, untereinander weitlig darumb reuffen.“ Und ein andermal heißt es: „So lange kriegen die Christen leider. Godt

erbarmt, untereinander, daß der Türcke sie gantz und gar aufreibet.“ Und: „So halten wir Christen Hauß, daß wir woll den Teuf fei zu Hülfe nehmen, darmit wir einen den andern verderben. Eß wehre gudt, dieweil wir doch innerliche Kriege führen, daß wir dem Türcken den Kopf selber böthen.“

Die Verurteilung dieser inneren Kriege in der Christenheit hindert ihn freilich nicht, für die protestantische Partei – insbesondere für Wilhelm von Oranien und Heinrich von Navarra – den Sieg zu erhoffen. „Ich gönne aber dem Hern Prinzen“, heißt es in einer Stellungnahme Heinrich Rantzaus für Wilhelm von Oranien, „das ich mit Warheit mag schreiben, die Victorie und Überhandt, weis auch wol, das mir solliches der Printz selbst zugleubet. Zweiveite auch nicht. Wen S. F. G. obsiegeten, des meinen desto sicherer zu seinde also bey Duc de Alba.“

Obwohl er in den Relationen immer wieder solche Sympathien für die Sache der Protestanten zum Ausdruck bringt, befürwortet er doch nicht die Bemühungen Elisabeths von England und Heinrichs von Navarra um die Schaffung eines Bündnisses aller protestantischen Mächte. Sein Ziel ist nicht die große kriegerische Auseinandersetzung der beiden konfessionellen Mächtigkeitsgruppen in Europa, sondern ihre Befriedung; „dan ein beschwerlicher Friedt“, schreibt er 1585 an Herzog Ulrich von Mecklenburg, „ist alle Zeit besser als ein gerechter Krieg.“ Heinrich Rantzau hat dem Frieden nicht immer die absolute Priorität in seinem politischen Denken und Handeln eingeräumt. Er war schließlich an der Vorbereitung des Dithmarscher Krieges und auch des siebenjährigen nordischen Krieges beteiligt gewesen; und in seiner Geschichte des Dithmarscher Krieges hatte er noch geschrieben, daß das Kriegswesen der eigentliche Beruf des holsteinischen Adels sei. „Denn wie anderswo“, heißt es im zweiten Buch, „so hält auch der holsteinische Adel das Kriegswesen für seinen eigentlichen Beruf. Er folgt seinen Fürsten mit Anhänglichkeit und Treue ins Feld und ist überzeugt, daß sein Ruhm durch nichts mehr verherrlicht und verewigt wird, als durch Kriegstaten. Mit ausharrendem Eifer strebt er diesem Ruhme nach und hält die Schätze für die ehrenvollsten, die in den Anstrengungen des Krieges gewonnen werden.“ Unter dem Eindruck des langwierigen, die Herzogtümer wirtschaftlich erheblich belastenden nordischen Krieges und des erbitterten spanisch-niederländischen Konfliktes, der ihn durch den drohenden Verlust seiner in Antwerpen gebundenen Gelder auch persönlich schwer traf, hat er dann dem „lieben Frieden“ – wie er seither zu sagen pflegte – den uneingeschränkten Vorrang vor dem Krieg gegeben, und sei er noch so gerecht motiviert. –

In den 1581 in Antwerpen erschienenen Epigrammen, mit denen er die Bildnisse bedeutender historischer Persönlichkeiten auf der Breitenburg versehen hatte, ist der Friede eines der zentralen Motive. Besonders eindrucksvoll ist das *Laudes et commoda pacis* – Lobpreisungen und Annehmlichkeiten des Friedens – überschriebene Epigramm. Darin heißt es in kunstvoller Formulierung:

*Pace nihil stahili dulcius esse potest.  
Pax Pacis Paci Pacem cum Pace precatur,  
Quando Deo ex toto pectore fidit homo.  
Sande Deus placidam nostro da tempore pacem,  
Hanc alius praeter te dare nemo potest.*

Zu deutsch: Nichts kann süßer sein als ein befestigter Friede. Der Friede ruft den Frieden mit Frieden für den Frieden des Friedens an, wenn der Mensch Gott von ganzem Herzen vertraut. Heiliger Gott, gib unserer Zeit milden Frieden. Niemand anders außer dir kann ihn geben.

Heinrich Rantzau scheint diesem Epigramm besonderes Gewicht beigemessen zu haben, denn er hat es auch in andere Veröffentlichungen mit aufgenommen. Bezeichnenderweise auch in sein berühmtes Kriegsbuch – den *Commentarius bellicus* –, das er mit diesen und anderen Versen abschließt, die alle dem Friedensthema gewidmet sind.

Von ungleich größerem Interesse für unser Thema ist allerdings Heinrich Rantzaus Initiative, diesen Frieden auch in Europa zu realisieren. Friedrichs II. Bemühungen um Friedensstiftung zwischen England und Spanien in den Jahren 1586/87 gehen vermutlich auf seinen Einfluß zurück; und nach dem Tode seines Königs unterbreitete er dann selbst im Jahre 1591 einen europäischen Friedensplan, der bislang unbekannt geblieben ist und der das bisherige Bild vom Politiker Heinrich Rantzau nicht unerheblich verändern und bereichern wird.

Dieser Friedensplan war ein für seine Zeit ungewöhnlich fortschrittlicher und kühner Vorstoß, weil er die Überwindung der Konfessionskriege durch einen europäischen Generalfrieden aller am Konflikt beteiligten Mächte mit Glaubens- und Gewissensfreiheit erstrebte. Doch hören wir die entscheidenden Bedingungen dieses europäischen Friedensentwurfs mit Heinrich Rantzaus eigenen Worten. Sie besagen, „daß man uf keine Handlung gedengken dörrfte, wo nicht Spanien, Frangreich, Engel- und Niederlandt gleichsam unter ein Dach begriffen, ein general Friedt gemacht und die Religion frey gestelt und die Gewißen ungezwungen sollen gelaßen werden.“

Heinrich Rantzaus Friedensplan beruhte auf zwei fundamentalen Einsichten, die er in langjähriger Beobachtung und Erfahrung gewonnen hatte und von denen er überzeugt war, daß sie den Schlüssel für die Herstellung einer sicheren Friedensordnung enthielten. Die eine besagte, daß keine partielle Friedensvereinbarung, sondern nur ein Ausgleich aller in den spanisch-niederländischen Konflikt verwickelten Mächte einen beständigen Frieden garantieren könne; die andere, daß „ein gueter Fried“ die freie Religionsausübung erfordere: „Dan die Gewißen laßen sich nicht zwingen und ist zubefürchten, das schwerlich Friede wirdt können getroffen werden, wo das liberum exercitium religionis nicht soll statt haben.“ Und er fährt dann fort: „Da aber zuhoffen, daß

solchs zuerheben sein möchte, wolt an menschlicher und möglicher Befurderung, was zu Friedt, Einigkeit dienlich, ich nichts ersitzen laßen.“

Heinrich Rantzau hatte mit seiner Forderung nach einem Generalfrieden, nach Glaubens- und Gewissensfreiheit die seines Erachtens unerläßlichen Fundamentalbedingungen eines dauerhaften Friedens unter den christlichen Mächten in Europa formuliert. Daneben hatte er aber auch schon konkrete Vorstellungen über spezielle Bedingungen des erstrebten Ausgleichs der Gegensätze entwickelt. Im Zentrum dieser Vorstellungen standen die Niederlande: sie müßten dem König von Spanien „widerumb eingereumet werden“, weiterhin müßten die spanischen Soldaten „abgeschafft und den Niderlanden daß exercitium religionis frey und daß alte gewöhnliche Gouvernement vormüge der Privilegien vorstadet und gelassen werden.“ Optimistisch setzte Heinrich Rantzau dann noch folgende Bemerkung hinzu: „Wen die Friedtshandlung uf solche Mittel konte gerichtet werden, halte ichs dafür, eß sollte dieselbe zu allen Theilen so ghar unleidtlich nicht sein.“

Er hat seinen Friedensplan beiden Parteien unterbreitet: der spanisch-katholischen durch Graf Karl von Arenberg, einen einflußreichen Diplomaten, Militär und Ratgeber Philipps II., und der protestantischen durch Herzog Ulrich von Mecklenburg, der ihn dann an die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen weiterleiten sollte. Freilich ohne Erfolg. Arenberg war nur an einer Schließung des Sundes interessiert, die die abgefallenen niederländischen Provinzen entscheidend treffen und in die Knie zwingen sollte; und Ulrich wollte die Friedensstiftung fatalistisch dem lieben Gott überlassen: er, der die Herzen und Gemüter aller Potentaten in Händen habe und nach seinem Willen regiere, gab er Heinrich Rantzau zur Antwort, möge ihre Herzen erleuchten, damit sie selbst den Frieden zu Werk brächten.

Versuchen wir abschließend noch, diesen Friedensplan historisch einzuordnen. Wer ihn geistesgeschichtlich betrachtet, wird ihn ohne große Mühe in die Tradition des Erasmus von Rotterdam stellen und seine Originalität schmälern können. Damit wäre aber noch nicht viel gewonnen, da der Nachweis von literarischen Einflüssen respektive inhaltlichen Übereinstimmungen – zumal bei dem humanistisch gebildeten Heinrich Rantzau – noch nichts über die konkrete politische Motivation aussagt und da Erasmus überdies selber in seinen Friedensschriften – wie Kurt von Raumer gezeigt hat – ein „unvergleichliches Sammelbecken“ antiker und christlicher Überlieferung bietet und „bis zu völliger Selbstaussöschung“ das wiedergibt, was andere bereits vor ihm gedacht und formuliert haben. Damit soll keineswegs der Einfluß der aufgeklärt-humanistischen Friedens- und Toleranzidee auf den theoretischen Entwurf des Friedensplans – er liegt bei dem Humanisten Heinrich Rantzau gleichsam in der Luft –, wohl aber auf das unmittelbare praktische Interesse des Politikers Heinrich Rantzau in Frage

gestellt werden.

Fragen wir also weiter: nach dem unmittelbaren *movens*, dem konkreten Motivinteresse des Politikers Heinrich Rantzau. Hier ist zunächst noch einmal festzustellen, daß der Friedensplan kein bloßer Schreibtischentwurf, sondern das Ergebnis eines jahrzehntelangen, an beobachteter und erfahrener politischer Praxis geschulten Lernprozesses ist. Religiös-konfessionelle Motive dürften kaum mehr als eine untergeordnete Rolle gespielt haben, da Rantzau sich zu keiner Zeit religiös bzw. konfessionell engagiert – geschweige denn exponiert – hat. Seine Sympathien galten zwar der protestantischen Partei; und dem Landgrafen Wilhelm von Hessen konnte er sogar ein militant antipäpstliches Gedicht, das ihm auf dem Lüneburger Fürstentreffen 1586 überreicht worden war und den Papst als „Vater der Verbrechen, Haupt und Stifter dieser Übel“ (*pater scelerum, caput horum auctor malorum*) anklagte, mit der Bemerkung zuschicken, daß es „dem Ziel etwas nah“ schieße. Gleichzeitig konnte sich aber auch der Deutschlandexperte des Vatikans Minuzio Minucci nicht ganz unbegründete Hoffnungen machen, ihn eventuell für einen Übertritt zur katholischen Konfession gewinnen zu können. Dagegen lagen wirtschaftliche Motive auf der Hand, und Heinrich Rantzau hat sie auch selbst genannt. Als 1574 das Gerücht bevorstehender Friedensverhandlungen aus den Niederlanden zu ihm drang, kommentierte er sie in einem Schreiben an Friedrich II. mit den Worten: „Dar sollte der Hovemeister wol zu rathen und ich auch; damit wir unser Gelt einmal krigten.“ Überdies wird man – von den ökonomischen freilich nicht isolierbare – politische Motive geltend zu machen haben, denen die Erfahrungen aus dem siebenjährigen nordischen Krieg und die Furcht vor einem Übergreifen des konfessionellen Krieges auf die Herzogtümer zugrunde lagen. Denn Bedingungen, auf deren Erhaltung oder Herstellung er in den Herzogtümern selbst einwirken konnte, entzogen sich außerhalb ihrer Grenzen weitgehend seinem Einfluß. Ihr „goldenes“ oder „Rantzausches Zeitalter“ der wirtschaftlichen und kulturellen Prosperität war nicht so sehr von innen als vielmehr von außen bedroht.

So stellt sich der Friedensplan Heinrich Rantzaus als ein rationales Instrument dar, das die in Krieg und Dissens zerfallenen Staaten und Konfessionen der Christenheit unter voller Anerkennung der veränderten Realität in friedlicher Koexistenz wieder versöhnen sollte: eine Absicht, mit der er übrigens, wie wir u. a. aus den Arbeiten Erich Hassingers zum Toleranzgedanken wissen, in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht ganz allein dastand. Was Heinrich Rantzau aber von den meisten Verfechtern oder besser Theoretikern der Friedens- und Toleranzidee im 16. Jahrhundert unterscheidet, ist seine dem theoretischen Entwurf zugrunde liegende praktisch-politisch-ökonomische Motivation. Was ihn mit ihnen verbindet, ist die Erfolglosigkeit der Bemühung. Erfolg oder Mißerfolg dürfen jedoch nicht den alleinigen Maßstab für die

historische Beurteilung seines Friedensplans abgeben. Erich Hassinger hat von der „Apolitie“ der Träger des Toleranzgedankens im 16. Jahrhundert gesprochen. Soweit ich sehe, dürfte Heinrich Rantzau der erste Politiker in ihrem Kreise gewesen sein.

Von Heinrich Rantzau führt eine gerade Linie bis in unsere unmittelbare Gegenwart, die wiederum vor die Aufgabe einer sicheren und dauerhaften europäischen Friedensordnung gestellt ist. Erst wenn man diese Linie in historischer Entwicklung und systematischem Vergleich bis hin zum Moskauer und Warschauer Vertrag nachvollzieht, erkennt man in vollem Maße die aufgeklärte Modernität des Friedensplans, dessen Grundmuster eines von Toleranz und gegenseitigem Ausgleich der Interessen geprägten Generalfriedens – so will es mir scheinen – auch heute noch nichts an Aktualität eingebüßt hat.

*Literaturnachweise in der Reihenfolge der Zitate:*

Zu I: Dieter Senghaas, *Aggressivität und kollektive Gewalt*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971 (Urban Taschenbücher 813), S. 23 ff; Carl Friedrich von Weizsäcker, *Der ungesicherte Friede*, Göttingen 1969 (Kleine Vandenhoeck-Reihe 300/301), S. 37, 34; Jürgen Habermas, *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt/M 1968 (Theorie 2), S. 233; Alexander Mitscherlich, *Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität. Vier Versuche*, Frankfurt/M 1969 (Bibliothek Suhrkamp 233), S. 125, 134 f; Hans-Ulrich Wehler, *Einleitung zu: Eckart Kehr, Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*. Herausgegeben und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler, Berlin 1965 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität 19), S. 28; Johann Gustav Droysen, *Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte*. Herausgegeben von Rudolf Hübner, 5. Auflage, München 1967, S. 313 f; Kurt von Raumer, *Ewiger Friede, Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance*, Freiburg, München 1953 (Orbis Academicus. Geschichte der politischen Ideen in Dokumenten und Darstellungen); Fritz Dickmann, *Friedensrecht und Friedenssicherung. Studien zum Friedensproblem in der neueren Geschichte*, Göttingen 1971 (Kleine Vandenhoeck-Reihe 321 S).

Zu II: Diese Ausführungen sind größtenteils aus meinem Vortrag „Heinrich Rantzau als Politiker“ übernommen worden, den ich auf der diesjährigen Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte gehalten habe. Er wird mit allen Belegen der zitierten Quellen im Band 97 (1972) der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte veröffentlicht. Otto Brandt, *Heinrich Rantzau und seine Relationen an die dänischen Könige. Eine Studie zur Geschichte des 16. Jahrhunderts*, München und Berlin 1927, S. 4, 28, 32, 40; Otto Brandt, *Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriß*. Überarbeitet von Wilhelm Klüver mit Beiträgen von Herbert Jankuhn, 6. Auflage, Kiel 1966, S. 149 f; Poul Colding, *Studier i Danmarks politiske Historie i Slutningen af Christian III.s og Begyndelsen af Frederik II.s Tid*, København 1939, S. 110 f; v. Raumer, S. 8; Erich Hassinger, *Das Werden des neuzeitlichen Europa 1300—1600*, 2. Auflage, Braunschweig 1966 (Geschichte der Neuzeit. Herausgegeben von Gerhard Ritter), S. 456 ff, 195.

# Staats- und Nationsgrenzen als allgemeines Konfliktproblem

Am Historischen Institut der Universität Lund werden seit einigen Jahren Forschungen in genereller Grenzproblematik betrieben.

*Staats- und Nationsgrenzen als konfliktschaffende/konfliktableitende Faktoren* ist das grundlegende Thema des Projekts, das historisch-gesellschaftswissenschaftlich und interdisziplinär ausgerichtet ist. Seine Methodik entnimmt es Fächern wie Geschichte, Kulturgeographie, Soziologie und internationale Politik. Das Projekt zielt auch darauf, vom konflikttheoretischen Gesichtspunkt her nützlich zu sein.

Im Augenblick werden Studien innerhalb zweier ganz verschiedener Regionen betrieben:

1. Grenzprobleme in Zentral- und Osteuropa während der Zwischenkriegszeit;
2. Ostafrikanische Grenzprobleme; einmal die Entstehungsphase in der Zeit des klassischen Imperialismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und zum anderen die Grenzprobleme der freien afrikanischen Staaten nach ihrer Befreiung.

Die Forschungsarbeit konzentrierte sich bislang auf zwei Hauptphasen:

1. Die Entstehung neuer Staatsgrenzen;
2. Die an einer Zeitachse gemessene Stabilität von Grenzen.

Die Forschungsarbeit ist stufenförmig organisiert. Die erste Phase soll *eine systematische Beschreibung der Entstehung von Staatsgrenzen* innerhalb bestimmter zeitlich und räumlich abgegrenzter Sektoren darbieten. In Einzelstudien werden im Augenblick folgende Grenzen behandelt: Polen—Sowjetunion, Polen—Tschechoslowakei, Tschechoslowakei—Österreich, Tschechoslowakei—Deutschland, Deutschland—Dänemark, Deutschland—Belgien, Kenya—Tanzania. Noch einige weitere afrikanische Grenzen sollen einem Intensivstudium unterzogen werden.

Die Entstehungsphase wird von einer Gruppe jüngerer Forscher untersucht, die im Rahmen des Projekts ihre Forschungsaufgaben in Form von Dissertationen erfüllen. Der Erforschung dieser Phase folgt dann aber ein weiterer Schritt.

Die Ergebnisse unserer Analysen und Vergleiche dienen als Startpunkte für die *Formulierung von Hypothesen*

*für ein Studium von Grenzstabilität und Akzeptationsgrad*

Damit wird bezweckt, ein theoretisches Modell für Grenzkonflikte zu konstruieren

und zu testen; den Ausgangspunkt dafür bildet eine systematische Kenntnis historischer Daten, und das Ziel ist, konkrete Beschreibungen und Maße für die konfliktableitenden oder konfliktschaffenden Eigenschaften von Grenzen zu erhalten. Wir hoffen, bestimmte Mechanismen oder Regelmäßigkeiten erkennen zu können. Wir arbeiten mit gewissen Abstraktionen, die jedoch in enger Beziehung zu beobachteten Daten stehen müssen, die sich ihrerseits für Hypothesen benutzen lassen, die sich für empirische Tests eignen. Wir hoffen, auf diese Weise schließlich eine Diskussion über eine definitivere Theorie der Grenzstabilität in Gang zu bringen, die sowohl Umfang wie Begrenzung der Theorie klar umreißt.

Die beiden Hauptphasen des Grenzprojekts liegen somit auf etwas unterschiedlichen Ambitionsebenen. Die Studien zur Entstehung neuer Staatsgrenzen haben eine Zielsetzung, die eher den normalen Gedankenbahnen der Historiker entspricht. Von der zweiten Phase, dem Konfliktteil, läßt sich sagen, daß er ein weitergestecktes Ziel verfolgt. Wir hoffen nämlich, daß er aus konflikttheoretischer Sicht Interesse erwecken kann, sowohl dadurch, daß er die bisher bescheidene Zahl von Theorien über Grenzkonflikte vergrößert, wie dadurch, daß er systematische Beschreibungen konkreter Fälle liefert. Dieselben werden nämlich in bestimmter Hinsicht vergleichbar sein und können dadurch einer Forschung mit noch höheren Generalitätsansprüchen als Ausgangspunkt dienen.

\*

Warum nun haben wir uns überhaupt dazu entschlossen, Grenzstabilität und Grenzkonflikte einer wissenschaftlichen Prüfung zu unterziehen?

Wir gingen von einer allgemeinen Auffassung aus, daß Grenzkonflikte für viele Menschen, sowohl Individuen wie Gruppen und auch Staaten, ein ernstes Problem darstellen. Vor diesem Hintergrund haben wir uns gesagt, daß alles, was unsere Kenntnis von Konfliktmechanismen und stabilisierenden Faktoren bereichert, ein wesentliches Wissen ist. Das besagt an sich nichts über unsere Bewertung individueller Fälle von Konflikten oder Stabilität. Es involviert nicht einmal eine allgemeine Grundwertung der Art, daß eine jede Konfliktsituation etwas Schädliches, um jeden Preis zu Vermeidendes sei, oder daß eine jede Form von Stabilität immer als etwas Positives und Erstrebenswertes betrachtet werden müsse.

Man kann sich natürlich auch fragen, warum wir uns gerade vorgenommen haben, Mittel- und Osteuropa bzw. Ostafrika zu studieren. Hier können wir auf eine unter Historikern verbreitete Auffassung hinweisen, derzufolge Grenzprobleme und nationale Minderheitenfragen besonders in Osteuropa eine wichtige Rolle für die Entstehung des Zweiten Weltkriegs gespielt haben. Wir möchten nun gern eine Antwort auf die Frage erhalten, ob diese Konflikte wirklich primäre Faktoren waren



oder ob Politiker, die aus ganz anderen Gründen einen Krieg wünschten, sie nur als Vorwände benutzten. Hieraus ergibt sich, daß wir uns nicht lediglich für die einmaligen Züge einer jeden Situation interessieren können, sondern auch das beachten müssen, was gemeinsam und generell ist.

Die afrikanischen Grenzen wiederum sind unseres Erachtens vor allem deshalb besonders interessant, weil sie beinahe unverändert von den freien afrikanischen Staaten aus der Kolonialzeit übernommen wurden. In einer Reihe von Fällen haben sich diese Grenzen durch auffallende Instabilität ausgezeichnet, in anderen dagegen sind sie nicht nur formal und notgedrungen akzeptiert worden, sondern haben sich als wirklich stabil erwiesen. Es scheint uns ein zentrales Forschungsanliegen, zu ergründen, welcher Art die Unterschiede sind und wie sie entstanden.

Schließlich kann man uns natürlich die Frage stellen, weshalb wir gerade die speziellen Grenzabschnitte und Grenzzonen ausgewählt haben, die oben erwähnt wurden. Darauf müssen wir antworten, daß unsere Wahl subjektiv, wenn auch nicht ganz zufällig ist. Die ausgewählten Grenzen haben eine gewisse gemeinsame Überstruktur. Innerhalb dieser allgemeinen Struktur haben wir versucht einzuteilen, so daß unser Vergleichspool Kombinationen von größeren und kleineren sowie alten und neuen Staaten umfaßt. Die ausgewählten Beispiele auf dem europäischen Sektor sollen ferner, von demographischen und wirtschaftlichen Ausgangspunkten gesehen, verschiedene Typen von Grenzgebieten repräsentieren.

Auch Vergleiche zwischen zwei verschiedenen, gleichzeitig existierenden ideologischen Auffassungen hinsichtlich des Begriffs *Selbstbestimmung*, der Leninschen und der Wilsonschen Version, sind dadurch möglich.

#### *Wie nun geht diese Forschung rein praktisch vor sich?*

Einige Punkte lassen sich vielleicht hervorheben. Mit Hilfe eines besonderen Analysenschemas können wir eine systematische Beschreibung davon erstellen, wie Individuen und Gruppen auf verschiedenen Ebenen für eine spezielle Grenzziehung argumentiert und gearbeitet haben. Wir verzeichnen die einzelnen in der Frage geäußerten Auffassungen und wie die Grenzziehung geplant wurde. An welchen Punkten existierte innerhalb des Staates ein Consensus in der Grenzfrage? In welchen Punkten waren die Grenzforderungen mit Meinungen vereinbar oder unvereinbar, die gleichzeitig im Nachbarstaat laut geworden sind? Liegt eine Kontinuität in der Grenzfrage vor?

#### *Eine wichtige Rolle*

*in unseren Untersuchungen spielt der Begriff Akzeptationsgrad*

Wir gehen von einer Hypothese aus, die besagt, daß der Akzeptationsgrad

bestimmt wird von der Übereinstimmung zwischen einerseits der geschaffenen Grenze und andererseits der Ideologie, der Auffassung von Selbstbestimmung und Territorialität, und vorgebrachten Forderungen oder Argumenten zur Grenzfrage. Man könnte auch sagen: je größer diese Übereinstimmung ist, um so höher dürfte der Grad der Akzeptation liegen. Umgekehrt gilt dann, daß im Falle geringer Übereinstimmung ein niedriger Akzeptationsgrad zu erwarten ist.

Der Akzeptationsgrad wird auf individueller Ebene untersucht, und wir erhalten also eine Reihe von individuellen Stellungnahmen. Diese wiederum lassen sich nach bestimmten Akteurkategorien gruppieren, und dies Verfahren ermöglicht es uns nachzuprüfen, ob Unterschiede zwischen verschiedenen Ebenen oder horizontal zwischen verschiedenen Typen von Interessengruppen bestehen. Indem man die verschiedenen Stellungnahmen in der Grenzfrage in zeitlicher Abfolge analysiert, erhalten wir auch ein Bild von der Kontinuität der Einstellung zur Grenze auf verschiedenen politischen Ebenen. Dieses Bild kann dann wiederum zu anderen registrierbaren Phänomenen in Beziehung gesetzt werden, z. B. merkbaren Änderungen des Regimes oder gewissen quantifizierbaren Daten oder Trends anderer Art.

Nach diesen generellen Gesichtspunkten zu unserem Grenzobjekt wäre es vielleicht dienlich, einige konkrete Auskünfte darüber zu geben, wie wir rein praktisch vorzugehen pflegen, wenn wir unsere Hypothesen aufstellen und die Stabilität an den behandelten Grenzen untersuchen. Betrachten wir z. B. das

*Studium der dänisch-deutschen Grenze,  
die einen unserer Untersuchungssektoren bildet*

Die vorläufige Theorie, von der wir ausgehen, enthält Aussagen über Faktoren, welche die Stabilität der Grenze beeinflussen. Auf dieser Grundlage wird dann die Hypothese aufgestellt. Die konkrete Forschungssituation sieht folgendermaßen aus:

Wir sammeln zunächst Daten über alle Veränderungen der Grenze und der Grenzfunktionen, die während einer bestimmten Zeitspanne stattgefunden haben. Von ganz besonderem Interesse sind Daten, die Auskunft darüber geben, welche Veränderungen in dem gleichen Zeitraum das nationale Gleichgewicht betroffen haben.

Der Ausgangspunkt in diesem Fall ist, daß dieses Gleichgewicht — man könnte es die „Volks-grenze“ nennen — sich im Unterschied zu der Staatsgrenze in einem national gemischten Grenzgebiet kontinuierlich in Richtung auf die Staatsgrenze hin oder von ihr fort verschieben kann.

Übereinstimmung zwischen Staats- und Nationsgrenzen ist ein Zustand, der nur in vereinzelt Idealfällen existiert — man könnte von den Gleichgewichtspunkten des Systems sprechen. Bei der Mehrzahl der untersuchten Grenzen herrscht kein

derartiger Idealzustand, und gerade dieser Umstand ist ja die Voraussetzung der gesamten Untersuchung.

*Veränderungen im nationalen Gleichgewicht der Kräfte lassen sich mit verschiedenen Methoden messen*

In bezug auf das Schleswiger Gebiet können wir einige wichtige Untersuchungssektoren nennen:

1. die politischen Wahlen, 2. die Schulsituation und 3. der Grundbesitz.

#### *Die politischen Wahlen*

Wenden wir uns zunächst den politischen Wahlen zu. Unsere erste Hypothese ist hier, daß allgemeine politische Wahlen in einem national gemischten Grenzgebiet von der nationalen Minderheit in erster Linie als eine *nationale* Manifestation aufgefaßt werden. Diese Hypothese läßt sich z. B. durch eine Inhaltsanalyse der Wahlpropaganda prüfen und bestätigen sowie durch Vergleiche mit Stellungnahmen in anderen Wahlsituationen. Wir können dann einen Schritt weitergehen und Hypothesen darüber formulieren, wie sich das auf die Grenzstabilität auswirkt:

- a) Ein *Stimmenrückgang* für die nationale Minderheit in einer allgemeinen politischen Wahl führt zu einer Herabschraubung der Forderungen einer Grenzrevision, d. h. stärkt die Stabilität der Staatsgrenze.
- b) Ein *Stimmenzuwachs* für die nationale Minderheit in einer allgemeinen politischen Wahl zieht gesteigerte Forderungen einer Grenzrevision nach sich, d. h. verringert die Stabilität der Staatsgrenze.

Diese Hypothesen lassen sich prüfen, indem man die Stimmenanzahl der nationalen Minderheit von mehreren Wahlen zu Zahlen des Akzeptationsgrades auf verschiedenen politischen Ebenen während desselben Zeitraumes in Beziehung setzt.

#### *Die Minderheiten-Schulpolitik*

In ähnlicher Weise kann man eine Hypothese prüfen, die besagt, daß die Schulpolitik einer nationalen Minderheit eine Maximierung des nationalpolitischen Effekts bezweckt. Wir wollen also zum einen ein Ziel und zum anderen einen Effekt prüfen. Das erste Glied, das Ziel, analysieren wir durch Untersuchung der Wahl zwischen öffentlicher und privater Schulform, wobei vorausgesetzt wird, daß die private Schulform größere Freiheit besitzt, den Inhalt des Schulunterrichts zu gestalten. Das Ziel läßt sich auch durch ein Studium der Prinzipien der Lehrerauswahl und Schullokalisierung bestimmen. Der Effekt läßt sich dadurch messen, daß man z. B. die Verteilung in bezug auf die Anzahl der Schulen, die Anzahl der Lehrer und, was vielleicht am wichtigsten ist, die Anzahl der Schüler

auf die vier vorkommenden Haupttypen von Schulformen betrachtet: 1. öffentliche mehrheitssprachige, 2. private mehrheitssprachige, 3. öffentliche minderheitssprachige, 4. private minderheitssprachige.

Vor dem Hintergrund dieses Zahlenmaterials und nach gewissen qualitativen Erwägungen können wir dann eine Hypothese folgender Art aufstellen:

Die Befriedigung der Wünsche einer nationalen Minderheit auf schulpolitischem Gebiet zieht *keine* Verringerung der Forderungen einer Grenzrevision nach sich, d. h. steigert *nicht* die Stabilität der Grenze. Die Hypothese ist, wie man sieht, vorsichtiger formuliert als in dem früheren Beispiel von den politischen Wahlen. Die Prüfung der Hypothese kann geschehen, indem man den Effekt der Schulpolitik der nationalen Minderheit mit den Zahlen für den Akzeptationsgrad auf verschiedenen zentralen und lokalen politischen Ebenen vergleicht.

### *Die Bodenpolitik*

Das dritte hier angeführte Beispiel bezog sich auf die Bodenpolitik. Diese Kategorie ist die vielleicht am stärksten zeit- und milieugebundene von den drei Sektoren. Der Ausgangspunkt ist, daß eine nationale Minderheit in einem national gemischten Gebiet mit überwiegend agrarischer Ausrichtung danach strebt, den Grundbesitz der eigenen Volksgruppe aus nationalpolitischen Gründen zu maximieren. Hier ist unsere Hypothese, daß die Stärkung des Grundbesitzes einer nationalen Minderheit in einem landwirtschaftlichen Grenzgebiet zu direkt gesteigerten Forderungen einer Grenzrevision führt, d. h. die Stabilität der Staatsgrenze verringert. Die Hypothese läßt sich überprüfen, indem wir Veränderungen im Gleichgewicht zwischen dem Bodenbesitz der nationalen Minderheit und der nationalen Mehrheit in Beziehung setzen zu den Zahlen des Akzeptationsgrades auf den verschiedenen politischen Ebenen. Zahlen für die Verschiebung des Gleichgewichts liefern uns Landwirtschaftsstatistiken und eventuell vorhandene Bodenkampforgane. In bezug auf Nordschleswig in der Zwischenkriegszeit waren letzteres Organe vom Typus „Kreditanstalt Vogelgesang“ (einschließlich „Höfeverwaltungsgesellschaft“) und „Landeværnet“, um ein deutsches und ein dänisches Beispiel anzuführen.

Sowohl im Hinblick auf politische Wahlen wie Schulpolitik und Bodenpolitik gilt, daß die Vergleiche sich stets auf den Akzeptationsgrad beziehen. Hierzu kommen dann verschiedene Vergleiche zwischen feststellbaren Veränderungen innerhalb der drei erwähnten Sektoren. Entscheidend ist, daß die einzelnen Untersuchungssektoren die ganze Zeit Wahlsituationen betreffen, in denen die Grenzbevölkerung zu einer Stellungnahme zu zwei einander ausschließenden Alternativen gezwungen ist und die Wahl eine Funktion von Präferenzen in nationaler Hinsicht ist.

Die Grenzstabilität wird von mehreren Faktoren beeinflusst, von denen ein Teil sich

messen und in quantifizierbaren Daten ausdrücken läßt, während andere qualitativ behandelt werden müssen. Das gilt z. B. für unsere Analyse des grenzpolitischen Machtpotentials, das unserer Ansicht nach auf die Stabilität der Staatsgrenze einwirkt. Gewisse Komponenten lassen sich berechnen, z. B. die Veränderungen der zahlenmäßigen Entwicklung der nationalen Minderheit oder der materiellen Ressourcen, die der Grenzpolitik zur Verfügung stehen. Andere Komponenten müssen qualitativ bestimmt werden, beispielsweise die Homogenität der Volksgruppen. Unter diesem Begriff verbergen sich u. a. personale Ressourcen, Bevölkerungsstruktur und Grad der Zentralisierung der nationalpolitischen Führung.

Die oben erörterten Faktoren waren alle auf die eine oder andere Weise an das Vorkommen von nationalen Minderheiten gebunden. Wollte man jedoch behaupten, daß Grenzstabilität lediglich von den nationalen Minderheiten abhängt, so wäre das eine unstatthafte Generalisierung. Nicht zuletzt wäre es interessant zu untersuchen, welche sonstigen Faktoren die Stabilität beeinflussen. Es gibt sogar Fälle, in denen das Vorhandensein nationaler Minderheiten in direkt stabilisierender Richtung gewirkt hat. Es handelt sich dabei zuweilen um Situationen, in denen zwei etwa gleich große Minderheitengruppen auf jeder Seite der Staatsgrenze leben. In günstigen Fällen kann das zu einer gegenseitigen Rücksichtnahme in der Grenzpolitik beider Seiten führen, was wiederum einen stabilisierenden Effekt auf die Lage an der betreffenden Staatsgrenze ausüben kann.

Doch sind es nicht nur die Verhältnisse *an* der Grenze, die den Akzeptationsgrad und damit die Stabilität beeinflussen. Ich sehe hier von Fällen ab, in denen der Grenzkonflikt nicht primär ist, sondern mehr oder weniger aus bestimmten Gründen von zentralen Kräften provoziert wird. Besonders kann man erwarten, daß Veränderungen in der Durchlässigkeit der Grenzen auf die Einstellung der Grenzbevölkerung zu der Grenze einwirken. Derartige Veränderungen lassen sich messen, beispielsweise an der Reisefrequenz über die Grenze während eines längeren Zeitraumes in Verbindung mit Restriktionen verschiedener Art, z. B. für den Grenzhandel oder die Geldüberführung.

Das oben Gesagte dürfte vielleicht hinreichen, um eine ungefähre Orientierung im Hinblick auf Zielsetzung und Hauptausrichtung unseres Grenzprojekts zu geben. Wie gezeigt wurde, verfolgt das Projekt das Ziel, Regelmäßigkeiten und signifikante Abweichungen in bezug auf das Staatsgrenzen innewohnende Konfliktpotential zu registrieren und zu beschreiben. Wichtig ist indessen, im Auge zu behalten, daß unsere Generalisierungen eine beschränkte Reichweite haben: sie gelten bisher nur für bestimmte, räumlich und zeitlich abgegrenzte Gebiete. Die Ergebnisse, die wir bisher vorlegen können, sind lediglich vorläufiger Art. Wir

hegen jedoch die vorsichtige Hoffnung, daß die angewandten Methoden sich für eine künftige Forschung mit ganz anderen Ansprüchen darauf, generelle Theorien auszuarbeiten und damit auch Prognosen zu ermöglichen, als verwertbar erweisen.

## Die Geschichte der deutsch-dänischen Grenzverhältnisse als Forschungsaufgabe

Unter der Leitung von Professor Jörgen Weibull und Lektor Lorenz Rerup läuft zur Zeit an der Universität in Aarhus ein Forschungsprojekt, das wir

*Eine historisch-soziologische Untersuchung*

*der deutsch-dänischen Grenzverhältnisse im 19. und 20. Jahrhundert*

genannt haben. Die Dauer des Projekts ist auf etwa drei Jahre geplant. Es konzentriert sich auf die Verhältnisse im deutsch-dänischen Grenzland. Unsere Untersuchungen sind im großen und ganzen nicht komparativ angelegt. In unserem Projekt nimmt die Minderheitenproblematik eine zentrale Stellung ein. Aber wir legen auch Gewicht darauf, diese Problematik in ihren staatspolitischen und zwischenstaatlichen Zusammenhang einzufügen. Darum ist in der Bezeichnung, die wir dem Projekt gegeben haben, von der Geschichte der deutsch-dänischen Grenzverhältnisse die Rede, nicht von der deutschen und der dänischen Minderheit.

*Wie es zu dem Projekt kam*

Im Frühjahr 1969 stattete Dozent Sven Tägil von Lund uns einen Besuch ab. Er hielt eine Vorlesung über die Arbeit, die er später unter dem Titel „Deutschland und die deutsche Minderheit in Nordschleswig“ veröffentlichte, und leitete eine Diskussion über sein geplantes konflikttheoretisches Grenzprojekt. Dieser Besuch veranlaßte, daß wir in Aarhus Überlegungen anstellten, ob es möglich sei, zu einem mehr koordinierten Forschungseinsatz auf dem Gebiet der deutsch-dänischen Grenzverhältnisse zu kommen. Von einem internationalen Forschungsgesichtspunkt her war es natürlich, daß man auch an einer dänischen Universität zu der Klärung dieses besonders für die dänische außenpolitische Geschichte wichtigen Problems beitrug, wenn eine schwedische Forschergruppe versuchen wollte, unser Grenzproblem in eine generelle Beschreibung von Grenzproblemen einzubeziehen.

Schon während Generalkonsul Troels Fink Professor an der Universität in Aarhus war, entwickelte sich eine Tradition dafür, daß man sich hier mit den nationalen Problemen, die an die deutsch-dänischen Grenzprobleme geknüpft sind, beschäftigt. Heute haben eine ganze Reihe von hiesigen Universitätslehrern — wir können u. a. auf Professor Hans Peter Clausen im Institut für Politische Wissenschaft hinweisen — sowohl fachliche als auch persönliche Kenntnis von den Problemen des Grenzlandes, die auch recht viele Studenten beschäftigt haben und noch beschäftigen. Es sind beispielsweise umfassende

Spezialarbeiten über den Kampf um den Boden in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, über die Kreditanstalt Vogelgesang, über die deutsche Minderheit während der Besatzungszeit und über die dänische Südschleswig-Politik in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg ausgearbeitet worden. Es war ein naheliegender Gedanke, diese Vorarbeiten auszubauen und sie als Grundlagen für einen mehr koordinierten Forschungseinsatz zu benutzen. Unsere Pläne wurden dadurch unterstützt, daß man nicht nur im Historischen Institut, sondern auch im Institut für Politische Wissenschaft Interesse an ihnen bekundete. Damit ergab sich die Möglichkeit, eine praktische interdisziplinäre Zusammenarbeit durchzuführen.

Eine wichtige Voraussetzung unserer Forschungsaufgabe ist auch die grenzpolitische Entspannung, die seit den Bonner Erklärungen vom Jahre 1955 eingetreten ist. Sehr viele Untersuchungen zur Geschichte Schlesiens sind jedenfalls teilweise auch ein Suchen nach Argumenten gewesen, die in der grenzpolitischen Auseinandersetzung gebraucht werden konnten. In der entspannteren Atmosphäre nach 1955 sollte der Bedarf nach derartigen Untersuchungen weggefallen sein. Gewisse Möglichkeiten, größere Objektivität zu üben, sollte aus dem gleichen Grunde vorhanden sein.

#### *Wie hängt das Projekt theoretisch zusammen?*

Wenn man eine Arbeit in einem größeren Forschungsbereich plant, entsteht bald die Frage, wie eng die Verbindung sein soll, welche die einzelnen Teile aneinanderknüpft. Man kann es einerseits so einrichten, daß das Endergebnis eine Reihe mehr oder weniger selbständiger Abhandlungen sein wird, die verschiedene Einzelthemen innerhalb eines gemeinsamen Themenkreises ausschöpfen. Der einzelne Mitarbeiter wird sich hierbei darauf stützen können, daß andere sich mit verwandten Themen beschäftigen. Ihm steht ein Forum von Sachkennern zur Verfügung, mit dem er ergiebig seine Probleme besprechen kann. Es ist möglich, gemeinsame Forschungsfazilitäten einzurichten (Archivregistraturen, Handbücher, Kartotheken), die alle benutzen können. Aber der einzelne Forscher arbeitet selbständig auf seinem eigenen speziellen Gebiet. Als Beispiel für diese Einrichtung eines größeren Projekts mag die umfassende Forschungsaufgabe herangezogen werden, welche von der Herausgebergesellschaft für die neueste Geschichte Dänemarks (Udgiverselskabet for Danmarks Nyeste Historie) betrieben wird, mit dem Ziel, die Geschichte Dänemarks während der deutschen Besatzung zu durchforschen. Andererseits kann man eine Forschungsaufgabe auf einer ganz bestimmten theoretischen Struktur aufbauen. Die einzelnen Teile eines solchen Projekts sind dann eng miteinander verknüpft, entweder, weil sich in ihnen der gleiche theoretische Rahmen wiederholt oder weil jeder Teil ein Glied der Theorie



behandelt. Hier ist die Zusammenarbeit der verschiedenen Mitarbeiter also sehr eng.

Während unsere Untersuchungen dem erstgenannten Modell entsprechend zurechtgelegt sind, hat Sven Tägil für sein Projekt die zuletzt beschriebene straffe Form gewählt.

Aus verschiedenen Gründen — die auch eine gewisse Skepsis einschließen — ist das Aarhus-Projekt nach traditionelleren Richtlinien ausgearbeitet worden, ohne daß wir jedoch bestreiten wollen, daß Sven Tägils Untersuchungen ein außerordentlich interessantes wissenschaftliches Experiment darstellen, dessen Verlauf wir gern folgen und dessen Resultate wir gern mit unseren eigenen vergleichen möchten. Wir haben *unser* Ziel wie folgt formuliert:

Man wünscht durch die Untersuchung einen Beitrag zur Beschreibung der dänisch-deutschen Verhältnisse im Grenzgebiet vom Beginn der nationalen Auseinandersetzung bis etwa 1950 zu leisten. In diesem Zusammenhang will man durch eine systematische Analyse von ausgewählten Aspekten ein theoretisches Modell zur Messung der Konfliktintensität an einer Grenze prüfen.

Gerade in der Gegenüberstellung des Tägilschen Versuches, generelle Hypothesen zu formulieren, und unserem mehr spezifischen Interesse an den deutsch-dänischen Grenzverhältnissen liegt ein besonderer Anreiz.

#### *Woran wird gearbeitet?*

Wir haben unsere Arbeitsaufgabe chronologisch auf den Zeitraum von etwa 1840 bis 1955 begrenzt. In erster Linie haben wir jedoch daran gedacht, den Einsatz auf die Jahre von 1939 bis 1955 zu konzentrieren, weil wir besonders für diesen Zeitraum Vorstudien in der Form von Spezialarbeiten haben. Wenn trotzdem ein weit umfassenderer Zeitraum angegeben ist, dann hängt dies damit zusammen, daß wir gern die Möglichkeit offenhalten möchten, der Entwicklung besonderer Aspekte über einen längeren Zeitraum zu folgen.

Unsere erste Aufgabe bestand in einer Registrierung des disponiblen Archivmaterials. Zwei unserer Studenten, Erik Strange Petersen und Inger Svane, haben das für unsere Untersuchungen relevante Material in deutschen und dänischen Archiven inventarisiert. Es handelt sich um Material im dänischen Reichsarchiv, im Apenrader Landesarchiv, im Flensburger Stadtarchiv, im Landesarchiv in Schleswig, im Bundesarchiv in Koblenz und im deutschen Zentralarchiv in Potsdam. Das politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn war so weitgehend durch gedruckte Registraturen repräsentiert, daß ein Besuch sich erübrigte. Das Archiv der Arbeiterbewegung in Kopenhagen wurde von Erik Stenz untersucht. Als Resultat dieser Bestandaufnahme entstand eine kleine, leicht benutzbare Kartothek über das Material, das für uns in Frage kommt. Im großen und ganzen ein beträchtliches Material, nicht zuletzt, weil ja die deutschen

Archive nach dem zweiten Weltkrieg zugänglich wurden.

Diese Bestandaufnahme wurde abgeschlossen im Jahre 1970, gleichzeitig wurden andere Teile des Projektes in Angriff genommen, die den Zeitraum 1939 bis 1955 betrafen. Noack baut seine Spezialarbeit über die deutsche Minderheit in Nordschleswig während der Besatzungszeit aus. Über die Südschleswig-Frage nach dem zweiten Weltkrieg lagen ganze drei Spezialarbeiten vor. Ihr Thema war im wesentlichen die dänische Südschleswig-Politik. Stenz hatte z. B. eine politisch-geschichtliche Bearbeitung der Politik der dänischen Regierung gegeben, während zwei Politologen die Frage von verschiedenen theoretischen Ausgangspunkten her behandelt hatten. Der eine behandelte die Frage als eine case-study, um eine Theorie über eine besondere Kleinstaatspolitik zu beleuchten, die von amerikanischen Politologen lanciert worden ist, der andere hat den Begriffsapparat der Decision Making Analyse auf die Südschleswig-Politik der dänischen Regierung appliziert. Wir hoffen, daß jedenfalls einige dieser Verfasser ihre Arbeiten vertiefen können, so daß wir durch diese politisch-geschichtlichen Untersuchungen die Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzraum in einem größeren politischen Zusammenhang sehen können, auch um zwischen den verschiedenen politischen Ebenen unterscheiden zu können, die auf die Grenzfrage Einfluß nahmen, und deren wechselseitige Reaktionen.

Darüber hinaus ist es uns geglückt, einen Mitarbeiter von der soziologischen Abteilung des Instituts für politische Wissenschaft für unsere Untersuchungen zu interessieren. Hier ist eine größere ökologische Untersuchung des Wählerverhaltens bei den Folketingswahlen von 1920 bis heute geplant, die mit Datenverarbeitungsanlagen durchgeführt wird. Im Rahmen dieser allgemeinen Untersuchung sollen nun auch eine Reihe von speziell nordschleswigschen Problemen behandelt werden, in der Hoffnung, endlich festen Boden mit Rücksicht auf diese Wahlprobleme zu gewinnen. Um nur ein Beispiel dafür zu geben, wie jetzt die Meinungen auseinanderfallen: In seinem Buch über die deutsche Minderheit stellt Sven Tägil fast jeden Stimmengewinn der Minderheit als eine Eroberung aus den Reihen der „Blakkede“ dar. Ganz gewiß dreht es sich hierbei nicht um einen Kardinalpunkt seiner Arbeit, seine Meinung ist kaum das Resultat einer eigentlichen Analyse, wird aber doch ziemlich kategorisch geäußert. Redakteur Svend Thorsen dagegen kommt zu einem ganz anderen Resultat in seinem Buch „Delt efter anskuelse. Den politiske partidannelses forløb i Sønderjylland efter genforeningen i 1920“, das vom dänischen Folketing anlässlich der 50. Wiederkehr der Wiedervereinigung von 1920 herausgegeben wurde. Auf der gleichen Quellengrundlage kommt er zu dem Schluß, daß die wachsende Stimmenzahl der Minderheit ein Ausdruck dafür ist, daß es gelang, im voraus deutsche Bevölkerungsteile zu den Wahlen zu bringen. Auch diese Theorie ist nicht einer systematischen und detaillierten Analyse entsprungen. Es besteht ganz

offenbar der Bedarf, mit Hilfe moderner soziologischer Wahlforschungstechnik dieses Material zu behandeln, um feststellen zu können, welche Schlüsse sich daraus ziehen lassen.

Schließlich haben wir auch in Anknüpfung an unser Projekt ein besonderes Spezialstudienseminar eingerichtet, in dem wir versuchen wollen, die Arbeit der Studenten zu koordinieren, so daß sie bessere Resultate erzielen können. In diesem Seminar möchten wir die Themen auf die Einführung des dänischen Parteiensystems in Nordschleswig im Zeitraum von 1920 bis 1939 konzentrieren, wozu kommt, daß wir gern einzelne Wahlen in der Zeit von 1864 bis 1920 untersucht haben möchten. Es ist auch erwogen worden, Fragen im Zusammenhang mit der Grundbesitzproblematik zu behandeln. Von den Spezialarbeiten, die z. Z. in der Ausarbeitung begriffen oder schon fertig sind, mögen hier so verschiedenartige Themen genannt werden wie der Übergang zur preußischen Kreiseinteilung im Jahre 1867, die Flensburger Volksschulen von 1864 bis 1876, die Prozesse gegen Jens Jessen, die Verwaltung von Schleswig durch die internationale Kommission, die dänische Sozialdemokratie in Nordschleswig von 1920 bis 1929, die Behandlung des Grenzproblems durch reichsdeutsche Behörden in den zwanziger Jahren und die nordschleswigsche Schulpolitik dänischer Behörden nach dem zweiten Weltkrieg. Diese Arbeiten können natürlich nicht alle in unserem Projekt Verwendung finden.

#### *Wie es weitergehen soll?*

Die letzte Folketingwahl hat unsere Verbindung mit den hiesigen Soziologen weiter ausgebaut, so daß im Rahmen einer allgemeinen Wählerbefragung eine spezielle Untersuchung ausgewählter nordschleswigscher Gebiete durchgeführt worden ist, die z. Z. ausgewertet wird. Die Fragebogen dieser Untersuchung, die von Jörgen Elklit, J. P. Noack und Ole Tonsgaard durchgeführt wird, sind so gestaltet worden, daß sich daraus einige Aufschlüsse über die Sozialstruktur der deutschen Minderheit in Nordschleswig sowie über die Art der nationalen Bekenntnisse ergeben sollten. Es wäre eigentlich zu wünschen, daß in Südschleswig ähnliche Untersuchungen über nationale Verhältnisse durchgeführt werden könnten, damit man die Ergebnisse beiderseits der Grenze vergleichen könnte.

---

*Überhaupt ist der Völkerhaß eine merkwürdige Erscheinung. In den unteren Sphären entwickelt er stets seine Kraft und Hitze. Doch gibt es eine Höhe, wo er*

*verfliegt. Man steht da sozusagen über den Nationalitäten und man fühlt Glück und Unglück eines Nachbarvolkes wie sein eigenes.*

GOETHE

# Forschungsarbeiten zum Thema Nationalitätenprobleme

Die Idee, einen Forschungskreis „Nationalitätenfragen“ einzurichten, wurde von Herrn Professor Michael Freund anlässlich einer Mitarbeiterbesprechung im Seminar für Wissenschaft der Politik der Universität Kiel vorgetragen. Professor Freund war der Ansicht, das Gebiet „Nationalitätenfragen“ sei ein Forschungsgebiet, auf dem Politologen und Historiker Analysen erstellen könnten, um aus Vergangenheit und Gegenwart eventuelle Lösungsansätze für Nationalitätenprobleme der Gegenwart und Zukunft zu bieten. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung der Mitarbeiter und älteren Studenten des Seminars. Innerhalb kurzer Zeit fanden sich Assistenten und Studenten bereit, Teilgebiete des Forschungskreises „Nationalitätenfragen“ als Dissertationen oder Habilitationen zu bearbeiten. Am Kieler Seminar für Wissenschaft der Politik entstehen derzeit:

- a) eine Habilitationsschrift unter dem Arbeitstitel Nationalitätenfragen im derzeitigen Spanien. Das katalanische Nationalitätenproblem;
- b) eine Dissertation über Elitenfragen der belgischen Nationalitäten (abgeschl. 1970);
- c) eine Dissertation über die deutsche Minderheit in Polen zwischen den Weltkriegen;
- d) Eine Dissertation über Nationalitätenparteien im deutsch-dänischen Grenzraum nach 1945.

\*

## *Nationalitätenparteien im deutsch-dänischen Grenzraum nach 1945*

Dieses letztgenannte Thema habe ich für meine Dissertation gewählt. Dabei war zunächst der Gedanke aufgetaucht, in diese Arbeit sämtliche existierenden Nationalitätenparteien im deutschsprachigen Raum mit aufzunehmen. Das hätte bedeutet, daß außer den Nationalitätenparteien im deutsch-dänischen Grenzraum auch die Südtiroler Volkspartei hätte berücksichtigt werden müssen. Nach eingehenden Beratungen mit Herrn Professor Freund kamen wir zu dem Entschluß, die Arbeit auf die deutsch-dänischen Minderheitenparteien zu beschränken. Folgende Gründe waren dafür ausschlaggebend:

1. Südschleswiger Wählerverband und Slesvigsk Parti lassen sich vor einem einheitlichen geographisch-historischen Hintergrund analysieren. Würde die Südtiroler Volkspartei zusammen mit den genannten Parteien bearbeitet, müßte man von verschiedenen historischen Entwicklungen ausgehen und verschiedene

aktuelle politische Situationen vergleichen, die ein verzerrtes Gesamtbild ergeben müßten.

2. Nach übereinstimmender Überzeugung sind die Nationalitätenfragen als *Probleme* Dänemarks und Deutschlands gelöst. Das Verhältnis der jeweiligen Minderheit zu ihrem Herbergstaat hat sich entkrampft. Dieser Prozeß wurde eingeleitet durch die „Kieler Erklärung“ und das „Kopenhagener Notat“ und fortgesetzt durch die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen.

3. Man betrachtet die Südtirolfrage als ein Nationalitätenproblem, bei dem es einige Lösungsansätze gibt. Aber von seiten des Herbergstaates und auch von seiten der Minderheit wird gegenwärtig noch zu wenig getan, um zu einer wirklichen Problemlösung zu kommen.

### I. *Gegenstand*

meiner Untersuchungen sind also SSW und Slesvigsk Parti als politische Organisationen der dänischen und deutschen Minderheiten im Grenzland.

### II. *Die Fragestellung*

Bei Ende des zweiten Weltkrieges entstand südlich der dänischen Grenze ein Nationalitätenproblem von neuem. Hervorgerufen wurde es durch den ungeheuren Zulauf, den der SSV im Landesteil Schleswig erhielt. Hauptsächlich bedingt war dieser Zulauf durch:

- a) überaus hohe Flüchtlingszahlen in Schleswig-Holstein;
- b) katastrophale soziale und politische Verhältnisse;
- c) Angst vor einer Überfremdung durch die Flüchtlinge.

Durch das Anwachsen des SSV auf etwa 100 000 Stimmen im Landesteil Schleswig glaubten einige reichsdänische Politiker zusammen mit dem SSV eine Trennung des Landesteils Schleswig von Holstein fordern zu können, mit dem Ziel, eines Tages Dänemark anzugliedern.

In Nordschleswig war die Lage bei Kriegsende anders. Durch die Besetzung Dänemarks und das Sympathisieren der deutschen Nordschleswiger mit der deutschen Besatzungsmacht und dem offensichtlichen Streben der politischen Führung der deutschen Nordschleswiger bis 1944, „heim ins Reich zu gelangen“, waren in Dänemark antideutsche Ressentiments derartig gesteigert worden, daß sie sich bei Kriegsende zunächst gegen die deutsche Minderheit richteten. Auswirkungen der „Rechtsabrechnung“ waren z.B. Internierung des überwiegenden Teils der männlichen Bevölkerung der Minderheit, Beschlagnahme von Vermögenswerten, Schließung von Schulen, Kindergärten und Altersheimen. Kurz nach Kriegsende bildete sich dennoch eine zunächst provisorische politische Vertretung der Minderheit, die als erstes eine Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen König und Staat abgab und die

Grenze von 1920 ausdrücklich anerkannte. Ausgehend von diesem historisch-politischen Hintergrund, soll es Ziel dieser Arbeit sein zu zeigen, inwieweit eine großzügige und liberale Minderheitenregelung auf der Grundlage von Kieler Erklärung und Kopenhagener Notat Nationalitätenprobleme zu lösen in der Lage ist. Außerdem soll untersucht werden, welchen Einfluß die beiden Minderheitenparteien im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben Nordschleswigs und in Schleswig-Holstein ausübten und wie die innerparteiliche Willensbildung zustande kam. Um dieses Ziel zu erreichen, muß eine Strukturanalyse der Minderheitenparteien nach soziologischen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Beide Fragenkomplexe sollen immer unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß es in Dänemark und Schleswig-Holstein gelungen ist, Nationalitätenprobleme weitgehend zu lösen, so daß beide Nationalitätenparteien nicht mehr irredentistisch gegen den Herbergstaat arbeiten, sondern versuchen, als gleichwertige Partner mit dem Herbergstaat alle anstehenden Probleme zu lösen.

Die Dissertation setzt sich daher aus vier Teilen zusammen:

1. Im ersten Teil soll der Begriff „Nationalitätenpartei“ geklärt werden, da er als Operationsbegriff der ganzen Arbeit dient. Ausgangspunkt dafür sind „Volksgruppe“ und „Nationale Minderheit“.

- a) Man spricht von „Volksgruppe“, wenn es sich um eine ethnische Gruppe in einem andersethnisch geführten Staat handelt.
- b) Der Begriff „Nationale Minderheit“ läßt sich nach verschiedenen Kriterien definieren. Bei einer Definition nach *subjektiven* Kriterien hat jeder einzelne das Recht, sich zu einer bestimmten Nationalität und Nation zu bekennen. Bei einer Definition nach *objektiven* Kriterien müssen objektive Merkmale vorhanden sein, wie z. B. gemeinsame Sprache, Religion, biologische Abstammung und Kultur.

In der Politikwissenschaft wird es heute für unzulässig gehalten, eine nationale Minderheit nur nach objektiven Kriterien bestimmen zu wollen. Entscheidend ist, daß sich im deutsch-dänischen Grenzraum die Ansicht durchgesetzt hat: Däne ist, wer Däne sein will, und Deutscher ist, wer Deutscher sein will. Die Funktion der Nationalitätenpartei als politisches Organ der nationalen Minderheit hängt von ihrem Programm, ihren Zielen, ihrer politischen Betätigung und von ihrer inneren und äußeren Einstellung zum Herbergstaat ab.

2. Im historischen Teil der Arbeit wird auf die Geschichte der beiden nationalen Minderheiten eingegangen, da nur sie das Verständnis und die Grundlage für die Entwicklung nach 1945 gibt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand in der Entwicklung des SSW und der Slesvigs Parti eine bemerkenswerte Umorientierung statt. Bei der deutschen

Nationalitätenpartei in Dänemark liegt dieser Zeitpunkt etwas früher als beim SSW. Mit der Loyalitätserklärung gegenüber König und Staat und mit der Anerkennung der Grenze beginnt bei den deutschen Nordschleswigern der Abschnitt loyaler Mitarbeit im dänischen Staat. Beim SSW beginnt dieser Abschnitt erst nach der Kieler Erklärung.

Mit Kieler Erklärung und Kopenhagener Notat beginnt sich das Verhältnis der Minderheiten zu ihrem jeweiligen Herbergstaat zu entkrampfen. Die Auswirkungen dieser Erklärungen auf die Minderheiten bis zu den Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen bewirken bei SSW und SP einen Strukturwandel, der als politisches Phänomen einer deutlichen Untersuchung bedarf.

3. Der dritte Teil der Arbeit umfaßt Aufbau und soziologische Struktur der beiden Parteien, um über ihre innere Funktion und ihr Selbstverständnis Auskunft geben zu können. Ausgangspunkte sind:

- a) das sich wandelnde Selbstverständnis nach 1945;
- b) Programme, Satzungen und ihre Verwirklichung;
- c) Wählerschaft und Mitglieder, Sozialstruktur und Wahlverhalten;
- d) Parteibürokratie und Parteiführung; Mobilität der Führungseliten;
- e) Abgeordnete und ihre Wirksamkeit innerhalb und außerhalb der Parteien.

4. Der letzte Teil soll zeigen, wie die Nationalitätenparteien in der aktuellen Politik ihre Ziele verwirklichen, Ziele, die sich von 1945 bis in die Gegenwart erheblich verändert haben.

- a) War es zunächst das vordringliche Ziel von SSV und SSW, die verwaltungsmäßige Trennung des Landesteils Schleswig von Holstein zu erreichen, so besteht die Arbeit des SSW heute in kollegialer Mitarbeit in den politischen Entscheidungsgremien. Wie die Partei der dänischen Minderheit für die Kulturautonomie arbeitete und welche Unstimmigkeiten hierbei mit dem Herbergstaat entstanden, soll aufgezeigt werden.
- b) Das vordringliche Ziel der Slesvigsk Parti nach dem Kriege war die Rehabilitierung der deutschen Minderheit. Erleichtert wurde dies durch die gleich nach Kriegsende abgegebene Loyalitätserklärung. Es soll gezeigt werden, welche Aufgaben die SP in den Kommunen und im Großkreis Nordschleswig wahrnimmt und wie ihre Mitarbeit an der Gebietsreform, der Sozialgesetzgebung und in der Wirtschaftsverwaltung ist. Nachteilig wirkt sich die Wahlgesetzgebung auf die Vertretung der Minderheit im Folketing aus. Ob die Kontaktausschüsse in Kopenhagen und Bonn den Sitz im Parlament aufwiegen, muß bezweifelt werden.

Als Fazit der Arbeit soll der Schluß gezogen werden können, daß es im deutsch-dänischen Grenzraum unter Mitarbeit der beiden Minderheiten gelungen ist, zu



einem gutnachbarlichen Verhältnis zu kommen. Die Minderheiten wirken heute als echte Brücke zwischen Deutschland und dem Norden. Der Weg zur Befriedung des Nationalitätenkampfes läßt einen generellen Lösungsansatz für Minderheitenprobleme erkennen, sofern kulturelle Freiheit und eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit der Minderheit mit ihrem Herbergstaat gewährleistet wird.

### III. *Zur Methode*

Zur Klärung und Definition werden die in der Arbeit verwandten Operationsbegriffe wie „Nationale Minderheit“, „Volksgruppe“ und „Nationalitätenpartei“ systematisch-analytisch behandelt, hergeleitet und gewichtet.

Der zweite Teil der Arbeit wird historisch-chronologisch abgehandelt, um über den historischen Hintergrund an die aktuelle Problematik der Nationalitätenparteien heranzuführen.

Eine Durchleuchtung der soziologischen Struktur der beiden Parteien ist nur systematisch-analytisch möglich. Empirisches Material wird, soweit vorhanden, verwandt und zur Theoriebildung als faktische Beweisführung verarbeitet.

Im Schlußkapitel soll systematisch die Wandlung der Nationalitätenparteien an Hand von Aktenmaterial, publizistischen Darstellungen und Sekundärquellen aufgezeigt werden, um zu etwaigen Lösungsansätzen allgemeiner Art für Minderheitenfragen zu kommen.

### IV. *Die Quellenlage*

Wichtigste Quellen sind Akten der Landeskanzlei Schleswig-Holstein und Akten des Landesbeauftragten für Schleswig, die freundlicherweise von der Staatskanzlei des Landes zur Verfügung gestellt wurden. Auf dänischer Seite sind die Akten des Außenministeriums betreffend die südschleswigsche Frage von Bedeutung. Da dieses Aktenmaterial nur einen beschränkten Zeitraum umfaßt, ist bei den Primärquellen auf dänischer Seite eine fühlbare Lücke entstanden. Empirisches Material wurde vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, der deutschen Bücherei in Apenrade, der dänischen Zentralbücherei in Flensburg, dem Stadtarchiv Flensburg und von den beiden Parteien zur Verfügung gestellt. Sekundärliteratur ist reichlich vorhanden und ausgewertet worden.

## Grenzfriedensbestrebungen in der Weimarer Zeit

Ob das schon Geschichte ist - man kann es bezweifeln. Mißt man die deutsch-dänischen Verständigungsbemühungen im Grenzgebiet in den angeblich goldenen zwanziger Jahren an ihrer Bedeutung, dann sind sie es nicht. Denn um einen vielleicht doch möglichen Erfolg wurden diese Bestrebungen durch den Nazismus und die Besetzung Dänemarks betrogen. Fast schämte man sich, in der NS-Zeit dabeigewesen zu sein. Durch unser Bemühen konnte bei unsern dänischen Nachbarn der falsche Gedanke aufgekommen sein, daß wir nach 1918 eine friedliche Nation geworden seien, die nie mehr auf den Gedanken kommen könnte, über andere Völker herzufallen. Der Meinung hätte man sein können, wenn man von unserm Eifer und unserer Rührigkeit ausging. Aber wir waren doch zu wenige und dazu noch von relativ geringem Einfluß auf die Mentalität oder gar die Politik unserer Landsleute und unsere unentwegte Betriebsamkeit wohl nichts weiter als eine Hektik, die gesteuert wurde von der Ahnung, daß unsere Arbeit zu spät und vergeblich wäre.

\*

Es liegen wenig schriftliche Zeugnisse vor. Sie sind zu einem Teil Haussuchungen um 1933 zum Opfer gefallen, zum anderen wurden sie seinerzeit vernichtet, um Beteiligte nicht zu „kompromittieren“ und dem KZ auszuliefern, und ein Rest wurde durch den Bombenkrieg zerstört. Ich kann also im Wesentlichen nur aus dem Gedächtnis berichten, und das mag, da es von einem der damals Beteiligten geschieht, sicherlich recht subjektiv ausfallen. –

Etwa im Herbst 1920 erschien in den „Flensburger Nachrichten“ eine Anzeige, die Interessierte zu einer Besprechung zwecks Gründung einer Ortsgruppe der „Deutschen Friedensgesellschaft“ einlud. Es zeigte sich, daß das Dutzend von Personen, das sich im Klubzimmer des „Hotel Union“ zusammenfand, nicht nur gewillt war, einen solchen Zusammenschluß zu verwirklichen, sondern daß man als notwendige Sonderaufgabe einer Flensburger Ortsgruppe der DFG auch die Überbrückung der durch die Abstimmung vertieften Kluft zwischen Deutschen und Dänen im Grenzgebiet ansah. Einberufer der Zusammenkunft war der Redakteur einer damals in der Stadt Schleswig erscheinenden Lokalzeitung.

Die bald erfolgte Gründung einer Ortsgruppe der DFG gelang über Erwarten gut. In einer öffentlichen Versammlung im „Sanssouci“ sprach Professor *Dr. Ludwig Quidde*, Präsident der DFG, der einige Jahre später den Friedensnobelpreis

bekam. Etwa achtzig Personen erklärten ihren Eintritt in die DFG. In weiteren großen öffentlichen Versammlungen stieg die Mitgliederzahl sehr schnell. Es taucht in der Erinnerung eine öffentliche Veranstaltung auf mit *Helmut von Gerlach*, dem Herausgeber der „Welt am Montag“, einer in Berlin in großer Auflage erscheinenden Zeitung, an eine mit *Gerhart Seger*, dem damaligen Generalsekretär der DFG, dem es 1933 gelang, aus einem KZ zu entfliehen und in den USA ein erstes, großes Aufsehen erregendes Buch über die Greuel in den deutschen KZ zu veröffentlichen, und an eine mit *General von Schönaich*, der um 1930 Qidde als Präsidenten der DFG ablöste. Den größten Werbeerfolg hatten wir aber mit Pastor *August Bleier* aus Charlottenburg. Zwei Stunden lang sprach er unter gebannter Aufmerksamkeit der zahlreichen Zuhörer mit einer sonoren, eindringlichen Stimme, die ihm bei Gegnern die Bezeichnung „sozialdemokratische Posaune von Jericho“ eintrug. Durch seinen Vortrag brachten wir es für kurze Zeit auf gut 800 Mitglieder, eine erstaunliche Zahl, die kaum in einer deutschen Großstadt erreicht wurde. — Es darf dabei nicht vergessen werden, daß wir gute Beziehungen zur SPD hatten, die dafür sorgte, daß unsere Versammlungen immer gut besucht waren. Die deutsche Sozialdemokratie sah offiziell uns Pazifisten freilich durchweg als unsichere Kantonisten an, auch wenn wir, wie viele von uns, bei ihr aktive Mitglieder waren. Der Vorstand der Flensburger SPD allerdings sympathisierte mit uns, der damalige Vorsitzende unterstützte uns tatkräftig. Hilfe fanden wir auch bei den Jungsozialisten und der Sozialistischen Arbeiterjugend, in beiden Gruppen war *Ernst Beier*, der jetzige Redakteur der „Grenzfriedenshefte“, führend. In den großen Versammlungen war von den dänisch-deutschen Grenzverhältnissen meistens nicht die Rede. Die zugkräftigen Redner fühlten sich in dieser Materie nicht heimisch. Die DFG, ursprünglich von Berta von Suttner gegründet, verfolgte im wesentlichen einen „organisatorischen Pazifismus“, d. h. sie propagierte die Schaffung bzw. die Stärkung von Organisationen, die zur Schlichtung zwischennationaler Streitigkeiten autorisiert und befähigt waren und damit deren Austragung durch Kriege überflüssig machten. Gedacht war an Einrichtungen wie das Haager Schiedsgericht oder wie der Genfer Völkerbund. Dieses Ziel ließ sich von vielen rationalen und auch emotionalen Gedankengängen unterbauen, und es ist vielleicht das größte Verdienst der damaligen DFG, daß sie sich gegenüber weltanschaulichen, religiösen und parteipolitischen Tendenzen strikt neutral verhielt und an *jeden* wandte, der „guten Willens“ war. Es war ja damals in Deutschland noch lange nicht selbstverständlich, in *jedem* großen Krieg eine Katastrophe für die Menschheit zu sehen. Gewiß gab es auch pazifistische Organisationen, die aus einer bestimmten Grundhaltung und unter Umständen mit bestimmten Mitteln (z. B. Kriegsdienstverweigerung) den Krieg bekämpften. Etwa zwanzig solcher mehr oder minder starken Gruppen waren mit der DFG zu einem

„Deutschen Friedenskartell“ zusammengeschlossen. Sie hier einzeln aufzuführen, wäre vielleicht insofern interessant, als damit ein farbiges Bild des politischen Lebens in den Weimarer Jahren gezeichnet würde — in unserem Zusammenhang führte es jedoch zu weit. Von den vielen Gruppen hat nur eine, die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“, in unserm Gebiet eine Rolle gespielt. — In regelmäßigen Abständen hielten wir Mitgliederversammlungen ab, zu denen stets interessierte Mitbürger als Gäste eingeladen wurden. Im Mittelpunkt dieser Zusammenkünfte stand gewöhnlich das Referat eines Mitgliedes über ein gerade derzeit die Friedensfrage berührendes aktuelles Thema, an das sich immer eine angeregte Diskussion anschloß. Dabei stellte sich heraus, daß die Arbeit für den umfassenden Friedensgedanken Dänen und Deutsche zusammenführte. Denn die Ortsgruppe Flensburg der DFG war wohl die einzige Vereinigung mit politischer Zielsetzung, in welcher beide Teile ihren Standpunkt frei zur Debatte stellen konnten, und wenn ich mich auf die Aussprachen besinne, in welchen die nationalen Standpunkte und auch Mißverständnisse geklärt wurden, dann fallen mir als dänischgesinnte Mitglieder Namen wie Brodersen, Groß-Tarup, Lorenz Büchert, Jarplund, und vor allem Redakteur *Jakob Kronika*, Flensburg, ein.

\*

Unbefriedigend war, daß sich eine solche Aussprache, bei der auch zur neugezogenen Grenze Stellung genommen wurde, nur in einem relativ kleinen Kreise ermöglichen ließ. Das ließ den Plan aufkommen, uns ein eigenes Sprachrohr, eine eigene Zeitschrift, zu schaffen. Die „bürgerliche“ deutsche Presse war nicht zu bewegen, unsere Standpunkte in positiver Form zu publizieren. Veröffentlichungen in der dänischen und in der SPD-Presse ließen sich erreichen, hätten aber zu allen sonstigen Verdächtigungen nur noch die hinzugefügt, in versteckter Form dänischnationale oder sozialistische Ziele anzustreben.

Was bei diesem Plan zuerst herauskam, das war, ehrlich gesagt, sehr kümmerlich. Mit dem Inflationsgeld hatten wir gut gewirtschaftet, mit der Rentenmark aber wurde das Geld knapp. Unsere Mitglieder, oft aus Arbeiterkreisen, merkten plötzlich, wie wenig Geld sie hatten, viele sprangen ab. Neben dem Beitrag für die Gewerkschaft und die Partei auch noch Groschen für eine im Augenblick nicht lebenswichtig erscheinende Gesellschaft und deren Zeitschrift aufzubringen, das war in vielen Arbeiterhaushalten nicht mehr drin. Es entstand ein Blättchen, von einem gefälligen Drucker hergestellt, das sich in keiner Weise über Umfang und Niveau von Vereinsmitteilungen erhob. Gedacht hatte man, daß der Schreiber dieser Erinnerungen die inhaltliche Betreuung der Zeitschrift übernehmen sollte. Daraus wurde leider zunächst nichts. Als junger Lehrer hatte ich mich durch Aktivität im pazifistischen und sozialistischen Sinne und noch manches andere (z. B. Eintreten für schulreformerische Ideen, die damals unter dem Schlagwort

„Arbeitsschule“ liefern) bei meinen Vorgesetzten alles andere als beliebt gemacht und bekam nun anlässlich des damaligen Beamtenabbaus die Quittung: Ostern 1924 wurde ich an die einklassige Schule eines verkehrsfernen Heidedorfes der schleswigschen Geest versetzt. Damit schien mir ein Arbeiten für die DFG und deren Zeitschrift vorläufig unmöglich und auch aus diesem Grunde die Zeitschrift zum baldigen Erliegen bestimmt. – Es kam Hilfe von unerwarteter Seite.

In der Ortsgruppe Kiel der DFG war Sanitätsrat *Dr. Johannes Leonhart* der führende Kopf. Vor dem ersten Weltkriege war Leonhart freisinniger Abgeordneter im kaiserlichen Deutschen Reichstag gewesen, gewählt in einem bäuerlichen Wahlkreis der schleswig-holsteinischen Westküste. Das war zu der Zeit nichts besonders Ungewöhnliches, denn bis zum ersten Weltkrieg wirkte sich in manchem ländlichen Kreis noch der Widerstand gegen die Annexion durch Preußen 1866 als Stimmabgabe für eine oppositionelle Partei aus. Nach 1918 hatte sich bei uns die „Schleswig-Holsteinische Landespartei“ gebildet — wohl in der Erwägung, daß die Stimmen für eine oppositionelle demokratische Partei im Reichstag in Wirklichkeit für eine selbständigere Stellung Schleswig-Holsteins abgegeben worden seien. Diese Partei hatte allerhand demokratische Stimmen geschluckt, es aber nicht zu einem Mandat gebracht. Für sie hatte Leonhart zuletzt gearbeitet. (In der NS-Zeit hat mir Leonhart auf meine Frage, weshalb er von den Nazis nicht belästigt würde, gesagt, daß er bei den Nazis einen Beschützer hätte. Er hätte vor Jahren einem arbeitslosen Angestellten eine Beschäftigung bei der Schleswig-Holsteinischen Landespartei verschafft, dem späteren allgewaltigen Nazi-Gauleiter Hinrich Lohse.)

Wie es nun im einzelnen dazu gekommen ist, weiß ich nicht, jedenfalls sah Leonhart in unserm Blättchen eine Möglichkeit, grenzpolitische Aufgaben anzupacken. Gedacht haben wird er besonders an die Verbesserung wirtschaftlicher und verkehrsmäßiger Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland, an denen er auch persönlich interessiert sein mochte.<sup>1</sup> Jedenfalls gelang es ihm, die finanzielle Grundlage der Zeitschrift notdürftig zu sichern. Sie erschien nun als „Deutsche Zukunft“, früher die „Brücke“, in Kiel im Verlag der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“, halbmonatlich im Format einer Tageszeitung, mit allerdings nur vier Seiten. Der ursprüngliche Titel (der Gedanke, Schleswig-Holstein als Völkerbrücke nach dem Norden anzusehen, war damals fast abschreckend neu) war nur deshalb aufgegeben worden, weil es schon eine andere Zeitschrift unter diesem Titel gab, freilich mit einer ganz anderen Tendenz. Inzwischen hatte mich wieder die Arbeit für den Frieden gepackt. Leonhart hatte mich brieflich gebeten, in Bredstedt, das von meinem Dienort per Fahrrad oder

<sup>1</sup> Wie ich erst viel später erfuhr, war L. beteiligt an der „weißen“ Dampferlinie auf der Kieler Förde und wünschte vor allem ein Wiederaufleben der alten Schiffsverbindung Kiel—Korsör

zu Fuß mit einiger Mühe zu erreichen war, eine Ortsgruppe der DFG zu gründen und dafür einen ganz bescheidenen Betrag für die Unkosten zur Verfügung gestellt. In die komplizierte Arbeit an einer einklassigen Volksschule hatte ich mich leidlich hineingefunden, und nach einigen Bedenken sagte ich zu. In dem Bredstedter Lokalblättchen kündigte eine Anzeige an, daß ich einen Vortrag über das Thema „Dürfen wir Kriege bekämpfen?“ halten würde. Die Fassung des Themas mag bezeichnend dafür sein, mit welcher Mentalität gerechnet werden mußte. Es erschienen rund sechzig Personen, und etwa dreißig erklärten am Schluß ihren Beitritt zur DFG. Geholfen hatte mir dabei die Lehrerin und spätere Rektorin *Helene Struve* aus Husum, die am Saaleingang einen geringen Unkostenbeitrag kassierte und vorgedruckte Beitrittserklärungen bereithielt.

Der Erfolg machte mir Mut, mich auch wieder um die Zeitschrift zu kümmern. Sie wurde in Kiel druckerisch und auch redaktionell nicht besonders liebevoll behandelt, ich sparte nun nicht mit Kritik und Verbesserungsvorschlägen, und bald war es soweit, daß ich den Inhalt mehr beeinflusste als die dafür vorgesehenen Freunde in Kiel, die wahrscheinlich froh waren, daß jemand ihnen die unbelohnte Arbeit abnahm. Leonhart selbst hatte neben seinen vielen Funktionen und seiner Berufsarbeit nicht die Zeit, sich mit den Einzelheiten der Zeitschrift zu befassen. Es gelang ihm jedoch, als Verlag der DZ die Druckerei von *Paul Riechert* in Heide zu gewinnen. Paul Riechert, überzeugter Pazifist, betrachtete die Zeitschrift nicht als gewinnbringende Angelegenheit. Er hatte in Heide eine Ortsgruppe der DFG gegründet, und es kam ihm auch nicht darauf an, hin und wieder zwei große Seiten ohne Berechnung anzuhängen. Eine gleichzeitig entstandene Arbeitsgemeinschaft von norddeutschen Ortsgruppen der DFG führte die DZ als „Pflichtorgan“ für ihre Mitglieder ein.<sup>2</sup>

Das war eine an und für sich erfreuliche Entwicklung. Wir konnten nicht nur mit unsern Gedanken an die Öffentlichkeit (die „Deutsche Zukunft“ wurde jetzt auch in Bahnhofsbuchhandlungen und in Kiosken angeboten) dringen, sondern auch mit vielen in- und ausländischen Zeitschriften gleicher oder ähnlicher Tendenz in Tauschverkehr kommen. Allerdings war damit auch ein Nachteil verbunden. Unsere Grenzfragen konnten in dem erweiterten Verbreitungsgebiet nur einen beschränkteren Raum beanspruchen. War das Interesse für diese Fragen in Hamburg schon gering, so war es in Ortsgruppen der DFG in Schwerin oder Rostock oder Winsen an der Luhe überhaupt nicht mehr vorhanden. Mittelbar gab uns die Möglichkeit, stärker an die Öffentlichkeit zu kommen, aber doch ein gewissem bescheidenes Selbstbewußtsein, das in den Jahren eine verstärkte

2 Ein vollständiges Exemplar der DZ kann eingesehen werden bei der „Deutschen Friedensgesellschaft/ Internationale der Kriegsdienstgegner“ 2 Hamburg 36, Große Bleichen 23/27, Zimmer 161/162.

Aktivität im Sinne einer deutsch-dänischen Verständigung anregte.

1927 wurde der Versuch gemacht, ein Deutsch-Dänisches Grenztreffen zu veranstalten, an einem Sonntagnachmittag im September. Es fand statt in Lindewitt-Lüngerau, das von den beteiligten Ortsgruppen der DFG (Flensburg, Husum, Bredstedt und Schleswig) verkehrsmäßig einigermaßen leicht zu erreichen war. Vielleicht ist es noch einigen Teilnehmern in angenehmer Erinnerung.<sup>3</sup> Der Lindewitter Forst, der einzige größere Wald der schleswigschen Geest, bot Gelegenheit zu einer kurzen Andacht zum Gedenken an die Kriegsoffer und zu gesprächsgestimmten Spaziergängen, im Dorfkrug von Lüngerau wurden während einer Kaffeetafel Ansprachen in unserem Sinne gehalten. Es waren etwa zweihundert Personen zusammengekommen. Im nächsten Jahr wurde das Treffen am gleichen Ort und in dem gleichen etwas romantisch-jugendbewegten Stil wiederholt.

Etwas blieb dabei unbefriedigend. Wir hatten Verbindungen mit entsprechenden Organisationen in Dänemark aufgenommen und auch viele Einzelpersonen in Dänemark angeschrieben und eingeladen. Trotzdem war die Beteiligung von Dänen jenseits der Grenze gering, nach meiner Erinnerung waren es beide Male nur fünf Personen. Vielleicht war unsere Vorbereitung, die durch unsere notorische Geldknappheit beschränkt wurde, zu dürftig gewesen. Dann aber stellte sich auch heraus, daß die eine Völkerverständigung erstrebenden Vereinigungen beiderseits der Grenze – auch bei einer Übereinstimmung im Namen – doch einen ganz verschiedenen Charakter hatten. Die dänische Organisation, die einigermaßen der DFG entsprach, nannte sich „Fredes- og Folkeforbundsforening“, betonte also stark die Förderung des Genfer Völkerbundes. In Deutschland gab es auch eine „Liga für Völkerbund“, die aber so weit von den *allgemeinen* Friedensbestrebungen entfernt war, daß sie nicht einmal dem „Deutschen Friedenskartell“ beitreten wollte. Obgleich grundsätzlich für alle innenpolitischen, weltanschaulichen und konfessionellen Standpunkte offen, lag doch der Schwerpunkt der Mitgliedschaft: der DFG in der Nähe der Sozialdemokratie, besonders bei uns im Schleswigschen. In Dänemark lag er innenpolitisch bestimmt weiter rechts, etwa bei der liberaldemokratischen „Radikalen Venstre“, Sozialdemokraten waren kaum dabei. Diese Divergenz mag viele Friedensfreunde jenseits der Grenze zu einer gewissen Zurückhaltung bewegen haben. – Fast noch krasser war der Unterschied zur „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“, die in Kiel und Flensburg Ortsgruppen hatte und an beiden Treffen in

3 Da ich aus dem Gedächtnis berichte, bin ich nicht sicher, ob die beiden Treffen nicht auch ein Jahr früher oder später stattgefunden haben

Lindewitt beteiligt war. In Deutschland war das eine extrem frauenrechtlich-pazifistische Organisation, linkssozialistisch eingestellt und von Böswilligen als prokommunistisch bezeichnet. „Kvindernes internationale Liga for Fred og Frihed“ hatte in den Kreisen der Honoratioren ihren Schwerpunkt. Von ihr sind mir eine Kammerherrin, eine Propstenfrau und eine Pastorenfrau in – allerdings angenehmster! – Erinnerung. Bei den vielen Besprechungen in einem kleineren Kreise hatte ich das Gefühl, daß bei persönlichem Kontakt die anfängliche Zurückhaltung wich und – wenn nicht der Nazismus alles zerstört hätte – bald ganz verschwunden wäre.

Wesentlich weiter in die Öffentlichkeit drangen zwei deutsch-dänische Friedenstage, die 1929 und 1930 in Kiel und Kopenhagen stattfanden und in Kiel von Leonhart und der Kieler Ortsgruppe der DFG organisiert waren.<sup>2</sup> Leonhart war es durch seine besonderen persönlichen Beziehungen gelungen, eine größere Zahl bekannter dänischer Politiker nach Kiel zu bringen, so daß die Kieler Zeitungen nicht umhin konnten, von der Tagung zu berichten. Als führende Mitglieder sind mir von den Tagungen der Rigsdagsmand *Feter Pedersen*, der Richter *Jesper Simonsen* und der Geschäftsführer der „Fredes- og Folkeforbundsforening“ *Ingvard Nielsen* in Erinnerung. Mit Politimester *Ege* in Hobro und Direktor *Forchhammer* in Fredericia (seine Schwester Henny F. war dänische Delegierte beim Völkerbund in Genf) blieb ich in persönlicher brieflicher Verbindung.

Die öffentlichen Veranstaltungen in Kiel und in Kopenhagen beschäftigten sich mit allgemeinen Fragen der Völkerverständigung. Ihr Sinn war es, zumindest in Kiel unsern Zielen in der Öffentlichkeit ein größeres Maß von Beachtung zu geben. In den internen Zusammenkünften spielte natürlich die neue Grenze eine Rolle. Unsere dänischen Freunde legten Wert auf unser klares Bekenntnis zu ihr. Dazu waren wir auch bereit, was uns von nationalistischer deutscher Seite als Landesverrat, Verzichtspolitik usw. angekreidet wurde. Die Ironie der Geschichte wollte es, daß nach 1945 das Festhalten an der bestehenden Grenze die einzig mögliche deutsche Parole wurde, während nationale dänische Kreise jetzt die Grenze verrücken wollten. Wenn dieses Bestreben an dem politischen Wirklichkeitssinn der Mehrheit des dänischen Volkes scheiterte, so ist das zu einem sehr, sehr bescheidenen Teil doch vielleicht ein Verdienst der damaligen Friedenstage.

Erwähnt werden muß auch, daß die verschiedenen Treffen und deren Vorbereitung zahlreiche persönliche Kontakte zwischen gutwilligen Deutschen und Dänen schufen, von denen sich manche 1933, als wir von den Nazis verfolgt wurden, bewährten. Besonders übel wurde damals *Paul Riechert* mitgespielt, dem Drucker und Verleger der „Deutschen Zukunft“ in Heide. Man verhaftete ihn und



seine Söhne ohne besondere Begründung und entließ sie nach kurzer Zeit ebenso unmotiviert. In Heide wurden sie jedoch am Bahnhof von der SA empfangen und auf einem Rollwagen mit einem umgehängten Schild „Ich bin ein Landesverräter“ durch die Stadt geführt. Bald darauf gelang der Familie Riechert die Flucht nach Dänemark, wo sie sich mit Hilfe von Gesinnungsfreunden eine leidlich auskömmliche Existenz aufbaute. Paul Riechert, als gebürtiger Brandenburger nur „Wahlholsteiner“, in Deutschland ausgebürgert, wurde, ebenso wie seine Söhne, dänischer Staatsbürger. – Für ähnliche Hilfen ließen sich viele Beispiele anführen.

\*

Verfehlt wäre es, den damaligen Bestrebungen nachträglich eine größere Bedeutung zu geben als ihnen zukommt. Das Wirken des „Grenzfriedensbundes“ nach dem zweiten Weltkrieg ist unvergleichlich erfolgreicher gewesen, doch damals „waren die Verhältnisse nicht so“, aber sie verlangten von den Beteiligten größere Opfer und das Eingehen eines persönlichen Risikos. Daß unsere Gedanken aber immerhin an oft ganz unvermuteter Stelle zündeten, daran erinnert mich eine Episode aus der Zeit um 1932, als das politische Leben schon überall von der SA terrorisiert wurde:

Im kleinen Saal des „Sanssouci“ in Flensburg fand eine Mitgliederversammlung (Gäste willkommen) der DFG statt, in der ich über ein gerade aktuelles Thema sprechen sollte. Etwa fünfundzwanzig bis dreißig Personen hatten sich eingefunden und warteten kurz nach 8 Uhr abends auf die Eröffnung der Versammlung, als plötzlich am Saaleingang eine lebhafte Bewegung entstand. Zahlreiche junge Männer, ungefähr dreißig, drängten sich in den Raum. Mir schien es sofort klar, daß es sich nur um eine nazistische Störaktion handeln könne, und bei der Vorstellung einer brachialen Auseinandersetzung mit unsern Mitgliedern, von denen überdies ein Teil Frauen waren, konnte über den Ausgang kein Zweifel bestehen. Ich wollte schon versuchen, telefonisch um Polizeischutz zu bitten, als ein älterer Herr, der nach den jungen Leuten gekommen war, auf mich zukam. Er stellte sich als Amtsskolekonsulent *Svendson* aus Tondern vor und sagte mir, daß er sich erlaubt hätte, einen Bus voll Seminaristen des dänischen Lehrerseminars in Tondern als Gäste zu unserer Versammlung zu bringen. Auch zukünftige dänische Lehrer müßten erleben, daß es in Deutschland Menschen gäbe, die Militarismus und Krieg bekämpften.

*Herzog Friedrich III. von Gottorp plante zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Anlage eines großen Handelsplatzes an der unteren Eider. Einerseits hatte er dabei die Wiederbelebung des ausgedehnten Fernhandels der Wikingerzeit quer über die cimbrische Halbinsel hinweg im Auge, zum anderen wollte er — ebenso wie es der dänische König Christian IV. mit der Gründung Glückstadts an der Elbe beabsichtigte — der wachsenden Handels- und Seefahrtsstadt Hamburg Konkurrenz machen. Dieser Versuch mißglückte aber sowohl dem dänischen König als auch dem Gottorper Herzog.*

*Friedrichstadt, am 24. September 1621 gegründet — vier Jahre früher als Glückstadt — wurde nie ein deutsches Hamburg und auch kein dänisches Esbjerg, es blieb eine Kleinstadt, wurde dafür aber ein Ort der Toleranz, eine Zufluchtsstätte für religiös Verfolgte, vornehmlich Holländer, die ihres Glaubens wegen ihre Heimat verlassen, emigrieren mußten, wie wir heute sagen würden. In diesem Jahr feierte Friedrichstadt sein 350jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß hielt Poul Kürstein — aus dänischer Sicht — den nachstehend wieder gegebenen Vortrag zur Ehre Friedrichstadts.*

POUL KÜRSTEIN

## Friedrichstadt – Frederiksstad – ein Ort der Toleranz

Wenn man Friedrichstadt aus dänischer Sicht betrachten soll und Däne ist, wie ich es bin, nennt man *Friedrichstadt* auf dänisch *Frederiksstad*, und das tut man mit derselben Begründung, mit der ein Deutscher *Kopenhagen* sagt und nicht *København*. Man darf ja nicht vergessen, daß Friedrichstadt nicht nur in der örtlichen Geschichte des Herzogtums Schleswig eine Rolle gespielt hat. Es hat in der *dänischen* Geschichte seinen eigenen Namen, und zwar einen strahlenden Namen durch die blutigen Auseinandersetzungen des Jahres 1850, was Sie, meine Zuhörer, mit Ihrem Verstande wohl begreifen können, aber Ihre Gefühle werden dabei nicht die gleichen wie die unseren sein, und es ist weder möglich noch unbedingt wünschenswert, daß wir darüber dieselben Meinungen haben.

Wir werden auch nur wenig über diesen Waffengang sagen, denn uns interessiert viel mehr der gute, wohlbegründete Ruf der Stadt Friedrichstadt als Stadt der Toleranz, als Stadt der religiösen Duldsamkeit.

Die Gründung der Stadt als ein Ort der Toleranz wird ab und zu als eine gute Tat des Herzogs Friedrich III. dargestellt. So weit ich sehen kann, zu Unrecht. Die Gottorper Herzoge waren nicht besonders tolerant auf religiösem Gebiet. Ganz und gar nicht während der Regierung Johann Adolfs. Da hatte nicht einmal die überwältigende lutherische Mehrheit des Landes religiöse Freiheit, sondern sie wurde von Kryptokalvinisten wie von Wouvern und Cäsar drangsaliert.

Es wurde zwar besser unter Herzog Friedrich III., aber sein Interesse an der Gründung von Friedrichstadt ist ganz und gar vom Geldstandpunkt aus zu sehen. Die religiöse Duldsamkeit, die er in Friedrichstadt walten ließ, war ein Mittel zu einem fiskalischen Zweck. Diese Berechnung ist ihm fehlgeschlagen, wie sein Verwandter, König Christian IV. von Dänemark, es so ausdrückte:

„Det var værd at spørge ad, hvor de penninge er blevet“

(Es ist wohl wert zu fragen, wo das Geld geblieben ist).

Friedrichstadt bekam nur eine örtliche Bedeutung und hat 350 Jahre hindurch wohl Menschen ein Dasein und ein Zuhause geboten, aber zu irgendeiner großen, überörtlichen Bedeutung als Handelsmetropole, wie sein Gründer es geträumt hat, ist Friedrichstadt nie gekommen.

Die religiöse Duldsamkeit jedoch ist geblieben bis auf den heutigen Tag, und das ist die Ehre der Stadt, das heißt: die Ehre seiner Bürger.

\*

Der dänische Name *Frederiksstad* erinnert an andere Städte gleichen Namens, in erster Linie an *Frederiksstad in Norwegen* das schon von König Friedrich II. im Jahre 1567 als norwegische Festung gegründet wurde. Die beiden Städte werden von den Dänen oft verwechselt, je nachdem, ob sie etwas von norwegischen oder von südschleswigschen Verhältnissen wissen. In *Dänisch-Westindien*, auf der Insel St. Croix liegt noch heute die Stadt *Frederiksted*, das ist zwar ziemlich weit weg, aber damals lag sie immerhin noch innerhalb der Reiche und Länder Seiner Majestät des Königs von Dänemark – jetzt allerdings so ziemlich vergessen, so daß nur Historiker und Geographen den Ort noch kennen. Diese Städte haben also nur eine äußerliche, eine sprachliche Ähnlichkeit mit *Friedrichstadt*.

Anders ist es mit der Stadt *Fredericia*, deren Name auch an einen Friedrich erinnert. Sie ist auch von einem Friedrich III. gegründet worden, von König Friedrich III., im Jahre 1648, und zwar als eine königliche Festung, und als solche auch ein Zeuge erst von dänisch-schwedischen, später von dänisch-deutschen Kämpfen. Friedrichstadt war nie eine Festung, obschon es dazu an Plänen von seiten der gottorpschen Herzoge nicht gefehlt hat.

Aber Friedrichstadt und Fredericia haben das gemeinsam, daß auch Fredericia von Anfang an eine Stadt der religiösen Duldsamkeit war, und zwar aus denselben Geldgründen: Es war die Hoffnung der Regierung, daß geschäftstüchtige Katholiken, Reformierte und Juden die Stadt zu einer Blüte bringen könnten. Der Erfolg ist nicht viel größer als der in Friedrichstadt geworden, und der König soll auch hier nicht wegen der Duldsamkeit gelobt werden, denn die Grenzen der Toleranz waren genauso eng wie das Stadtfeld der Festung.

Die Namen Friedrich und Christian lösen einander ab bei den dänischen Königen und den Herzögen von Gottorp. Unter den letzten Herzögen hat es ja auch einen Christian gegeben, den Christian Albrecht, dessen Universität von einem anderen

Christian vor dem Verfall und der völligen Löschung aus der Zahl der Universitäten gerettet wurde, nämlich von König Christian VII. im Jahre 1773, dem neuen Gründungsjahr der Kieler Universität. Er, Christian, hat auch seinen Namen zu einer Stadt im Herzogtum Schleswig gegeben, zu der Stadt – oder wenn Sie wollen – zu dem Flecken *Christiansfeld*. Dieser Name ist der Name eines alten Widerspruchs und einer neuen Bejahung.

Im Jahre 1744 erließ die königliche Regierung, die für das Königreich Norwegen, das Königreich Dänemark mit dem Herzogtum Schleswig und für das Herzogtum Holstein zuständig war, eine Verordnung, die alle diejenigen mit dem Verlust ihrer Habe und ihres Gutes bedrohten, die ihre Kinder zur Erziehung nach *Herrnhut* schickten, zu der *Brüdergemeinde*, zu den Mährischen Brüdern, den Nachkommen der Hussiten. Außerdem verbot diese Verordnung bei Androhung von Strafen christliche Hausversammlungen, wenn nicht der Ortsgeistliche zugegen war. Diese Verordnung hat die königlich dänische Regierung noch hundert Jahre später, in den 1840er Jahren, gegen die „Gottselige Erweckung“ verwendet. Etwas ähnliches hat die königlich preußische Regierung in den 1880er Jahren in Nordschleswig gegen die Grundtvigianer getan.

Aber zurück zu Christiansfeld! Siebenundzwanzig Jahre nach dem Bannstrahl gegen die Herrnhuter wurden sie von der königlichen Regierung ins Land förmlich eingeladen. Dieser Widerspruch ließ einen Historiker schreiben: „Der leichtfertige Christian VII. nahm freundlich die frommen Mährischen Brüder entgegen, die der fromme Christian VI. ausgeschlossen hatte.“ Wenn wir von den Königen absehen, wundert man sich mehr darüber, daß es der Atheist Struensee war, aber auf der anderen Seite können Atheisten es mitunter leichter haben, Duldsamkeit zu zeigen als ernsthafte Christen. Aber es zeigt wiederum, daß der Staat die religiöse Duldsamkeit als ein geeignetes Mittel zum wirtschaftlichen Zweck ansah. Struensee wollte Fabriken, und die konnten die frommen Brüder sowohl einrichten als auch betreiben.

*Christiansfeld* hat geblüht als eine heilige und als eine fleißige und arbeitsame Stadt, in einem bescheidenen Rahmen, denn eine Großstadt ist Christiansfeld bekanntlich nicht geworden. Aber auf dem anderen Gebiet, auf dem des *Glaubens* und des *Geistes*, hat Christiansfeld unendlich viel für Dänemark bedeutet.

\*

*Friedrichstadt* und *Christiansfeld* ähneln sich in ihrer Gründung. Sie sind beide von religiösen Minderheiten gegründet worden, hier *Remonstranten*, dort *Mährische Brüder*, die beide gerufen wurden von Fürsten, die ihre Geldsäckel füllen wollten. Sie haben es beide zu einem bescheidenen Dasein gebracht, sie sind beide heilige Städte geworden, aber in dieser Bedeutung hatte Friedrichstadt nur Bedeutung für sich selber, während die religiöse und volkliche Bedeutung Christiansfelds für das gesamte dänische Königreich, Nordschleswig einbegriffen,

so groß gewesen ist, daß wir es noch nicht genau abmessen können. Der dänische Kirchenhistoriker P. G. Lindhardt spricht von „der stillen, aber gründlichen Infiltration in Dänemark“. Die „Emissäre“ der Brüdergemeinde haben die Vorarbeit für die „*Gottselige Erweckung*“ in den 1840er Jahren geleistet, und von dieser Bewegung bekam der *Grundtvigianismus* und die dänische *Innere Mission* ihre Anhänger.

Ein typischer Fall ist der deutsche Kirchenhistoriker Professor Otto Scheel. Seine Mutter war eine Tochter des Ständedeputierten Andreas Petersen aus Dalby in Nordschleswig. Sie wurde in der berühmten Internatschule der Brüdergemeinde in Christiansfeld erzogen und wurde Grundtvigianerin. Das hat er mir selbst erzählt. Von ihr hat er Vieles und Gutes ererbt. Dieser jähzornige Mann, der unbedacht schlimme Worte sagen konnte, war bei ruhiger Überlegung ein duldsamer Mensch. Er, der bewußt Deutsche, der Heimdeutsche aus Abild bei Tondern, war in nationaler und religiöser Hinsicht ein ausgesprochen toleranter Mensch, einer der feinsten Männer, die Christiansfeld und der Grundtvigianismus hervorgebracht haben. Ich freue mich, es hier in Friedrichstadt, in der Stadt der Toleranz und unter Deutschen sagen zu können, denn ich, der Däne, habe meinem alten Freund, dem Deutschen Otto Scheel, einige Schulden zu bezahlen. Wer über die moderne Geschichte Dänemarks etwas weiß, der weiß auch, daß fast keine politische Partei, fast keine Volksbewegung denkbar wäre ohne die „*Gottselige Erweckung*“, den Grundtvigianismus und die Innere Mission. Die königliche Regierung und die Staatskirche im absolutistischen Dänemark des Jahres 1744 wußten genau, was sie taten, als sie Erziehungsreisen zu den „*Mährischen Brüdern*“ verboten, denn die Herrnhuter haben später die dänischen Bauern und Handwerker unabhängig von der Staatskirche gemacht, und damit haben sie auch den ersten Schritt zu politischer Freiheit getan. Die Brüdergemeinde in Christiansfeld ist der Keim zu der heutigen dänischen Demokratie.

Soviel Gutes kann aus religiöser, politischer und nationaler Toleranz herauswachsen. Struensee aber hätte sich mit ein paar Fabriken begnügt.

\*

Die religiöse und volkliche Geltung Christiansfelds kam aus der Reinheit der Herrnhuter, eines zu wollen. Dasselbe wollten selbstverständlich auch die Anhänger der Glaubensgemeinschaften in Friedrichstadt. Aber sie waren von mannigfaltiger Art in *einer* Stadt, und ihre Tugenden sollen danach beurteilt werden, wie sie einander behandelt haben innerhalb dieser einen Stadt.

Hier muß ich zuerst die *Katholiken* loben, weil sie mit ihrem feinen Sinn für die geschichtlichen Überlieferungen dieses Landes ihre Kirche dem *Sanctus Canutus Rex*, dem heiligen König Knud, dem Schutzheiligen des Reiches Dänemark, gewidmet haben. Die Kirche wurde übrigens von einem großen dänischen

Architekten, Gustav Friedrich Hetsch, gebaut. Aus seinem Namen können Sie vielleicht hören, daß er von Geburt ein Schwabe war, aber er wurde ein guter Kopenhagener, Schwiegersohn von dem noch größeren Architekten C. F. Hansen, der durch seinen Vater von Husum stammte. Hetsch baute beinahe ökumenisch. Er hat sowohl die älteste katholische Kirche in Kopenhagen gebaut, wie auch die Synagoge. Er sollte auch die lutherische Marmorkirche dort bauen, aber daraus wurde nichts. Es ist jammerschade, daß seine katholische Kirche in Friedrichstadt das Opfer der Bomben des Jahres 1850 wurde.

Wenn wir die Katholiken als die äußerste Rechte der christlichen Kirche betrachten, dann müssen die *Remonstranten* dementsprechend wohl die äußerste Linke sein. Und deshalb ist es ein Beispiel für alle Christen, daß die Remonstranten den toten Katholiken Plätze auf ihrem Friedhof einräumen. Meine dänischen Gewährsleute hier in Friedrichstadt – wo es übrigens auch dänische Katholiken gibt – haben mir von einer Krisensituation in den vergangenen Jahren erzählt. Die Dänen in Friedrichstadt waren bei dieser Gelegenheit in Gefahr, majorisiert zu werden. Dann aber haben die Remonstranten ihre Stimme erhoben: Wenn Friedrichstadt seinen alten guten Ruf als Stadt der Toleranz behalten möchte, müßte man auch einer nationalen Minderheit ihr Recht zum Dasein einräumen.

Die *dänische Minderheit* in Friedrichstadt ist keine eigentliche religiöse Minderheit, denn sie hat denselben christlichen Glauben lutherischer Prägung wie die Mehrzahl der deutschen Einwohner Friedrichstadts. Aber sie wünscht trotzdem ihr eigenes religiöses Leben zu führen. Daß sie dafür eine sozusagen eigene Kirche hat, verdankt sie den *Mennoniten*. Von ihnen gab es lange Zeit nur wenige, und die wenigen sind noch weniger geworden. Die dänische Kirche in Südschleswig freut sich darüber, daß sie durch ihren Vertrag mit der Mennonitengemeinde mithelfen kann zur Erhaltung eines ehrwürdigen Gotteshauses und einer achtbaren Gemeinde.

Die *deutsche lutherische Mehrheit* dieser Stadt, von ihr kann ich nicht viel sagen. Als Mehrheit ist sie von vornherein nicht von demselben Guß wie eine Überzeugungs-Minderheit. Aber als Mehrheit hat sie eine besondere Verantwortung.

Das wird klar, wenn wir von der letzten Minderheit dieser Stadt sprechen, nämlich von *den Juden*.

Im alten dänisch-norwegisch-holsteinischen Gesamtstaat durften Juden in gewissen Städten wohnen: in Altona, in Friedrichstadt, in Fredericia, wo eine Synagoge 1719 gebaut wurde, in Nyborg und in Kopenhagen.

Das erste Kapitel eines berühmten dänischen Romans spielt in Nyborg. Es ist „En Jøde“ (Ein Jude), von Meir Aaron Goldschmidt aus dem Jahr 1845, aber das Kapitel in Nyborg spielt im Jahre 1819 während der „Judenfehde“ und schildert

den Überfall des Pöbels auf jüdische Familien. Besonders in Kopenhagen machten böse Leute und irreführte Menschen in diesem Jahr schlimme Straßenunruhen – nach deutschem Vorbild – aber dann wurde der sonst so gute König, der Menschenfreund Friedrich VI., grimmig. Er drohte „mit strengen körperlichen Strafen oder sogar, nach Beschaffenheit des Falles, mit Lebensstrafe“, und er machte einen jeden darauf aufmerksam „daß er sich der Gefahr aussetzt, wenn die Gewalt gegen die Störer der öffentlichen Ordnung eingesetzt wird, denn ein jeder der bei solcher Gelegenheit fällt, liegt auf seinen Taten“. Die Juden hatten unter seiner Regierung schon 1814 die vollen Bürgerrechte bekommen, und die „Judenfehde“ vom Jahre 1819 blieb die einzige dänische Judenverfolgung, aber die eine war schon zuviel. — Im Jahre 1933 kam dieser alte böse Geist auch nach Friedrichstadt. Mir ist berichtet worden, daß früher alle herzoglich gottorpschen und königlich dänischen, königlich preußischen und deutschen Reichsregierungen die Weigerung der Mennoniten, Waffen zu tragen, respektiert haben. Die nationalsozialistische Reichregierung dagegen hat sie zum Waffendienst gezwungen. Das könnte man gelten lassen mit Rücksicht auf die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, aber eine andere Gruppe von Bürgern dieser Stadt und anderer Städte und Gemeinden wurde *außerhalb* des Gesetzes gestellt.

Wir wissen in den Hauptzügen, was geschah. Eine Abteilung SA – die Staatsgewalt selber! – nicht aus Friedrichstadt, sondern aus einer Nachbarstadt – zündeten die Synagoge an. Aus Friedrichstadt selber wären Männer für eine solche Tat nicht zu gewinnen gewesen! Aber mein Gewährsmann aus der Nachbarstadt hat mir erzählt, daß auch diese Stadt sich schämte und daß es an diesem Tag in dieser Nacht bemerkenswert stille war. Ein Bethaus war verschwunden, ein Edelstein aus deiner Ehrenkrone, Friedrichstadt! Und allmählich verschwanden auch deine Juden:

In Rama hat man einen Schrei gehört,  
viel Klagens, Weinens und Heulens;  
Rachel beweinte ihre Kinder  
und wollte sich nicht trösten lassen;  
denn es war aus mit ihnen.

Ja, es war aus mit deinen Juden, Friedrichstadt! Wie schon gesagt, die Stadt selber trifft keine Schuld. Ihre Bürger waren nicht die Täter, die Brandstifter — sie heißen auf Altdänisch „Mordbrændere“ (Mordbrenner). Aber die Stadt hatte Verantwortung für ihre Bürger. Das gilt auch, wo Widerstand gegen die Staatsgewalt, wie hier, unmöglich, nutzlos und vergebens war.

Wenn wir die Stadt und ihre Bürger wegen ihrer Duldsamkeit loben, müssen wir auch die entsprechenden, daraus folgenden Forderungen stellen, und deshalb wird dieses gesagt, damit du, Friedrichstadt, an diesem, deinem Tag erkennen

kannst, was zu deinem Frieden dienet. — Zur Vergebung der Sünden gehört: Bekenntnis des Mundes, Zerknirschung des Herzens und Buße. Die beiden ersten Voraussetzungen sind wohl vorhanden. Aber die dritte? Ich schlage vor, daß die Stadt Friedrichstadt eine Gedenkschrift für ihre Juden herausgibt. Es muß eine klare, sachliche, objektive Darstellung sein, sämtliche Tatsachen muß sie beinhalten, keinen der Täter darf sie verschweigen, weder die am Schreibtisch noch die am Brandherd, und sie muß sämtliche Lebensläufe der Opfer bringen. Wenn das geschehen ist, hast du gesühnt, dann hast du Buße getan, Friedrichstadt.

Vielleicht sitzen unter uns Leute, die dieses nicht hören wollen und die es unangebracht finden, so etwas in einer Festrede zu sagen. Das könnte man auch nicht in einer jeden beliebigen Stadt tun. Gerade weil Friedrichstadt die Stadt der religiösen Toleranz war und noch ist, kann man hier auf Gehör hoffen.

Und das ist deine Ehre, Friedrichstadt!



## Was mit dieser Welt gemeint ... !

*Gesellschaftskritische Antworten bei Wilhelm Busch und Storm Petersen*

Sehr vielen sind jene Verse bekannt, in denen Wilhelm Busch zum Ausdruck bringt, daß das Zahnweh, subjektiv genommen, ohne Zweifel unwillkommen ist. Es läßt uns hautnah empfinden, daß schon beim ersten zuckenden Schmerz es aus ist mit der Weltgeschichte. Das Interesse wendet sich ausschließlich nach innen. Vergleichbar äußert sich in Prosa Robert Storm Petersen (dänisch immer Storm P.), der zwei Männer zeichnet und einen von ihnen sagen läßt: Was hältst du von der Weltsituation? (Darauf der andere:) Nichts, ich habe was ins Auge gekriegt.

Beide Feststellungen machen es deutlich, daß banale Dinge bedeutsame Momente sehr schnell umstrukturieren können. Busch und Storm P. haben in ungezählten Versen und Zeichnungen den Kontrast zwischen der großen Idee und der kleinen Realität und die ihm innewohnende Komik aufgezeigt. Können wir von ihnen bei solcher Neigung Antworten auf existenzielle Probleme der Gesellschaft erwarten? Diese Frage ist um so berechtigter, wenn wir uns eines Gedichtes von Busch erinnern, in welchem er von den geschäftigen Menschenkindern, die sich diese Welt zurecht kleistern wollen, spricht und darüber, daß man sich nicht einigen kann, wie man das Ding am besten mache. Er spricht vom Gedrängel und Getriebe, von Liebe und Haß bei Nacht und Tage, und schließt dann mit der unerwarteten Feststellung:

*Gottlob, es gibt auch stille Leute  
Die meiden dies Gewühl und hassen's  
Und bauen auf der anderen Seite  
Sich eine Welt des Unterlassens.*

Hier wird eine Distanz zum Alltag offenbar, die auch Storm P. nicht fremd war. Ist unsere Frage, was mit dieser Welt gemeint sei, dann an die richtige Adresse gerichtet? Ich glaube, sie bejahen zu können, denn, obwohl diese beiden Zeichner, Maler und Dichter, durch fast zwei Generationen voneinander getrennt sind, obwohl der eine ein Deutscher, der andere ein Däne war, so ist doch eines beiden gemeinsam: sie stellen sich auf ihre eigene Weise dem Leben und den Problemen ihrer Zeit. Sie geben die Antwort des Künstlers und freien Menschen, der Distanz zum täglichen Geschehen hält, sich aber doch diesem Geschehen verpflichtet fühlt, und wie in aller großen Literatur, so handelt es sich auch bei ihnen um die Darstellung des Gegensatzes zwischen Geist und Wirklichkeit

sowohl des einzelnen Menschen als auch der Gesellschaft. Sie sprechen über diesen Gegensatz in der Form ihrer Zeichnungen und Bilder, ihrer Verse, Prosa und Repliken und fanden dabei Formulierungen, die sie zu Klassikern ihrer nationalen Kulturkreise werden ließen. Neben vielen Einzelheiten in der Thematik ist ihnen dies gemeinsam: während die Philosophen, Soziologen und andere Kritiker in unserer Zeit, sich eines besonderen Vokabulars bedienend, Leser voraussetzen, die fähig sind, aus einer wortreichen Darstellung den eigentlichen Kern herauszufinden, setzen Busch und Storm P. Leser voraus, die fähig sind, die äußerste Verdichtung ihrer Aussagen auf einen Zweizeiler oder eine einzeilige Replik zu erfassen und selbst weiterzudenken.

Ich möchte einige Daten der inneren Entwicklungslinien im Leben dieser beiden Persönlichkeiten in die Erinnerung zurückrufen, um dann mit dem Kern der Betrachtung zu enden:

Was antworteten Busch und Storm P. auf die Fragen nach dem Sinn unseres individuellen Daseins und unserer Stellung als Mitglieder der gesellschaftlichen Ordnung, in die wir hineingeboren wurden?

Wilhelm Busch wurde 1832, nur wenige Tage nach Goethes Tod, in Wiedensahl in Hannover geboren und starb im Jahre 1908. In seinem Geburtsjahr fand das Hambacher Fest statt, welches Metternich zum Anlaß eines verschärften, reaktionären Kampfes gegen die nationalen und demokratischen Bewegungen der Zeit nahm. Im Todesjahr von Busch wurden gegründet: die Sozialistische Arbeiterjugend, der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften und der Verein für das Deutschtum im Ausland. Damit sind Pole und Spannungen der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse angedeutet, in deren Rahmen das Leben von Busch verlief. Das bedeutet, daß Busch, der den längsten Teil seines Lebens bei der Öllampe las und mit der Gänsefeder schrieb, Zeuge des von Goethe im vollen Umfange seiner Bedeutung geahnten Überganges vom agrarischen zum industriellen Zeitalter mit den dazugehörigen Konflikten wurde, das bedeutet aber nicht, daß er selbst daran teilnahm. Vielmehr nahm er beobachtend zur Kenntnis. In künstlerischer Beziehung erlebt er die Entwicklung der Weltanschauung und Stile von der Romantik bis zum Expressionismus. Er selbst ist in seiner künstlerischen und menschlichen Einmaligkeit und Einsamkeit kaum einem der vielen Ismen des Jahrhunderts zuzurechnen.

Sein Vater, ein kleiner Kaufmann, schickte den Sohn 1841 zunächst zur weiteren Erziehung zum Schwager, dem Pastor Kleine, in Ebergötzen in der Nähe von Göttingen, der in dem Knaben und Jüngling den Grundstein für eine autodidaktische Bildung legte.

Nach Ebergötzen wallfahren heute viele Buschfreunde, steht doch zum Beispiel noch heute dort das Haus, in dem „die Witwe Bolte, die das auch nicht gerne wollte“, tatsächlich gewohnt hat, und man kann sich dort von einem 86jährigen

Bauern, übrigens dem Enkel des Bauern Mecke aus Max und Moritz, an dem Bache, in den Schneider Böck hineinfel oder besser wegen der Hinterlist der beiden Buben fallen mußte, im einzelnen erzählen lassen wie Schneider Böck — „Beide Gänse in der Hand, flattert er auf trocknes Land“ — von der Geschichte „Auch das Magendrücken kriegte“.

Mit sechzehn Jahren zog Busch auf das Polytechnikum in Hannover und brachte es in der reinen Mathematik zu einer Eins mit Auszeichnung. Nichtsdestoweniger beschloß er — gegen den Willen des Vaters, aber von der Mutter gestützt — Maler zu werden, und ging über Düsseldorf und Antwerpen nach München. Es gibt nur wenige Anhaltspunkte oder Zeugnisse dafür, was in jenen Jahren im Innern des verschlossenen niederdeutschen jungen Mannes vor sich ging. Aber es steht fest, daß ihm klar wurde, daß er nicht berufen sei, zu den Großen der Malerei zu gehören. Ebenso fest steht, daß diese Erkenntnis ihn menschlich endgültig formte, daß er dann infolge der durch Zufall 1859 entstandenen Mitarbeit an den „Fliegenden Blättern“ ein Großer auf dem Gebiete der Zeichenkunst wurde und, indem er bald seine Zeichnungen mit eigenen Texten versah, auch in literarischer Beziehung sich dauernden Rang erwarb. Er hat — und dies stimmt melancholisch — dann doch Ölbilder gemalt, meistens recht kleine, die heute nach der Meinung der Fachwelt oft besser vor dem Urteil der Kunstgeschichte bestehen als manche Schinken seines hochverehrten Freundes Lenbach.

Im Jahre 1865 begründete er seinen Ruhm mit der Bildergeschichte „Max und Moritz“. 1872 erschien „Die fromme Helene“. Dieses berühmte Mädchen — „mit dem Grünen, das so ausgeschnitten“ — feiert also im kommenden Jahr den hundertsten Geburtstag. Mit der Gedichtssammlung „Kritik des Herzens“ beginnen dann seit 1874 jene Werke zu entstehen, in denen Busch als Dichter seinen unverwechselbaren Kommentar zum Lauf der Welt gibt. Fast die Hälfte seines Lebens verbrachte er in Niedersachsen in ländlicher Stille. Daraus ist unschwer zu verstehen, daß er weniger den Tagesereignissen und dem sogenannten Zeitgeist, als mehr dem Boden seiner Herkunft — und seiner Lektüre — Einsichten und Einfälle verdankt.

Die Geschichte von Max und Moritz gehört als eine burleske Huldigung des freien und ungebundenen Individuums wie die von „Balduin Bählam“ und „Maler Klecksel“ in die romantisch geprägte Gruppe der Bildergeschichten. Gesellschaftskritische Äußerungen zum unmittelbaren Geschehen der Zeit enthalten vor allem — aus einer zweiten Gruppe des Schaffens — der „Pater Filicius“ und „Die Partikularisten“. Eine dritte, die Hauptgruppe der Buschschen Werke, wird von der Knopptrilogie angeführt. Zu dieser Gruppe gehören dann von allem die Gedichtbände und die Erzählungen „Eduards Traum“ und „Der Schmetterling“. Im Grunde aber vermischen sich im ganzen Werk romantische, politische und philosophische Züge auf eine höchst einmalige Weise. Das kann

man an jenem Gedicht ablesen, das Busch aus Anlaß einer festlichen Neuauflage der „frommen Helene“, die der Verleger Bassermann zum 75. Geburtstag von Wilhelm Busch veranstaltete, schrieb, und dem er die Überschrift gab „An Helene“. Ich zitiere einiges aus dem diesem Gedicht:

*So hat sich denn schon sechsunddreißig Male  
Das Jahr erneut in diesem Erdenthale,  
Seit Du erschienst in deiner Schändlichkeit...  
Viel ist passiert von dazumal bis heut.  
Zum theil ins Wackeln kam das Weltgerüst.  
Indeß, so sehr wir uns darob betrübten,  
Wir faßten uns, wir aßen, tranken, liebten  
Und dachten nach, was schlaun und nützlich ist...  
Der Herr Verleger, der dein Pflegevater,  
Verehrte, seh ich, Dir ein neu Kostüm,  
Mach einen Knicks. Es war doch nett von ihm.  
Demnach, obwohl Du längst schon aus dem Schneider,  
Spielst Du noch immer — manche sagen leider! —  
Vor jedermann auf dem Papiertheater  
Ganz unverfroren deine losen Streiche ...  
Zwar, was die Alten sind, die abgeklärten.  
Sie kennen eine beßre Unterhaltung.  
Allabendlich siehst Du sie schwitzend wandeln,  
Um über die verderbte Stadtverwaltung  
Im Volksverein laut dröhnend zu verhandeln.  
Doch eines sei erwähnt zu ihren Ehren:  
Sie waren treu bemüht sich zu vermehren ...  
Sobald nur hundert Jahre erst verflossen,  
Wo, unter andern, sind dann unsre Possen?  
Die Lampe fällt. Was bleibt noch auf der Scene?  
Ein Häufchen Asche, wie von Dir, Helene.  
Drauf kommt die Zeit mit ihrem Reiserbesen  
Und fegt es weg, als wär es nie gewesen.  
Mir selbst ist so, als müßt ich bald verreisen —  
Die Backenzähne schenkt ich schon den Mäusen —  
Als müßt ich endlich mal den Ort verändern  
Und weiter ziehn nach unbekanntem Ländern.  
Mein Bündel ist geschnürt. Ich geh zur See.  
Und somit, Lenchen, sag ich Dir ade!*

Hier haben wir wesentliche Punkte der Weltanschauung des Dichters. Der Mensch ist schändlich und er ist schlaun — und auch das Wackeln der Weltgeschichte ändert

daran nicht viel. Aber dann die Frage: Wo sind nach hundert Jahren „unsere Possen“? Die Zeit fegt uns, nachdem der Wille in uns sich ausgetobt und verzehrt hat, hinweg. Im 75. Lebensjahr hat der Dichter sein Bündel geschnürt. Er möchte „weiterziehn nach unbekanntn Ländern“. Eben dies ist es. Von allem, was mit diesem Unbekannten zu tun hat, handelt die Dichtung dieses merkwürdigen Mannes, in dem Gefühl und Intellekt, Herz und Verstand, Forschen und Glauben in dauerndem Streit liegen — bis er das Maß fand. Für Wilhelm Busch sind Kunst und Leben eine untrennbare Einheit. Er wollte Maler werden. Die großen Holländer ließen ihn aber erfahren, daß er den Gipfel nicht erreichen würde, und er zitiert in seinem berühmten Lebensbericht „Von mir über mich“ das Urteil eines Franzosen, der Busch für das lobte, was er getan, und auch für das, was er nicht getan hatte. Er hatte nämlich seine Grenze erkannt. Das drückt er dann fast heiter so aus, daß man das Leid nur ahnen kann:

*Ich kam in diese Welt herein  
mich baß zu amüsieren,  
ich wollte gern was rechtes sein  
und mußte mich immer genieren.  
Oft war ich hoffnungsvoll und froh,  
und später kam es doch nicht so.*

Das Rechte wurde es nicht; von den Zeichnungen lebte er — und zwar nicht schlecht, aber er schämte sich ihrer fast. Zum 70. Geburtstag lehnte er offizielle Feierlichkeiten ab, weil seine, wie er sagte, leichte Betriebsamkeit solche Feiern nicht begründen könne. Der dänische Literaturforscher Carl Roos stellt fest, daß Busch sich vorwarf, daß er ein Talent gepflegt habe, daß nicht mit seinem Ideal übereinstimme. Ich halte diese Deutung für den Schlüssel zum Verständnis des ganzen Werkes. Busch, der von Kant herkam und mit Darwin und Schopenhauer leben mußte, rechnete sich zu den „Gefallenen“, den „Abtrünnigen“ vom reinen Geist. Alles oder nichts — das ist die Forderung des christlich-klassischen Ideals. Balduin Bählmann und Klecksel begannen mit hochfliegenden Träumen, aber endeten als Diener der Alltäglichkeit oder des Mammons. Sicher hat Roos recht, wenn er die Geschichte vom fliegenden Frosch als eine Selbstpersiflage des Dichters interpretiert:

*Wenn einer, der mit Mühe kaum  
Gekrochen ist auf einen Baum,  
Schon meint, daß er ein Vogel war,  
So irrt sich der.*

In einem Gespräch mit Eckermann äußert sich Goethe dahin, daß die Poeten alle schrieben, als wäre die ganze Welt ein Lazarett. Das sei doch ein wahrer Mißbrauch der Poesie, die uns gegeben sei, um die kleinen Zwiste des Lebens

auszugleichen und den Menschen mit der Welt zufrieden zu machen. Wilhelm Busch glich die Zwiste des Lebens aus und machte, weil er nichts beschönigte, den Menschen mit der Welt zufrieden, indem er ihm zeigte, daß ein Weg durch das banale Geröll des Lebens, der auch an Abgründe führt, in gelassener Heiterkeit gegangen werden kann, wenn man über Kräfte der Überwindung verfügt.

\*

Die Welt mit ihrem Getriebe und mit dem, was hinter dieser Welt steht, ist das immer neu variierte Thema bei Busch. Dies kann auch von dem fünfzig Jahre später geborenen Dänen Robert Storm Petersen gesagt werden. Auch er schildert in abertausend Zeichnungen und Bemerkungen die Komik der Realität, zugleich ihren Sinn suchend. Und auch er hat, wie Busch, am Ende das Maß erworben, daß er gelassen und heiter mitteilt, indem er wie Busch das Leid, das diese Überwindung kostete, nur ahnen läßt. Aber noch mehr als bei Busch stehen wir bei Storm P. vor Rätseln und müssen uns mit Somerset Maugham bescheiden, der von dem Geheimnis des Künstlers meint, daß dieses Geheimnis ein Rätsel sei, das mit dem Universum das Verdienst teile, keine Antwort zu haben. „It is a riddle which shares with the universe the merit of having no answer.“

Storm P. wurde 1882 in Kopenhagen geboren. In seinem Geburtsjahr erbaute Edison das erste Elektrizitätswerk, in seinem Todesjahr erschien der Roman „1984“, in welchem Orwell die Hölle des totalitären Staates schildert. Auch hier wieder Pole, die den Inhalt, die Spannweite und Problemstellung eines in der Kunst gelebten Lebens beeinflussen, aber in anderer Weise prägen mußten als die Inhalte der Zeit Wilhelm Buschs. Wenn dazu noch bedacht wird, daß Storm P. nicht nur Däne, sondern Kopenhagener, also Großstädter war, dann ist es einleuchtend, daß man keine herkömmlichen zeit- und ideengeschichtlichen Vergleiche zwischen beiden ziehen kann, das würde Konstruktion bleiben. Was man aber kann, ist dies: Man kann mit Gewinn erkennen, daß sie beide ausgehen von der Erkenntnis, daß es keinen Sinn des Daseins in sich selbst gibt, daß sie ihn aber doch auf dem Wege über ihre Kunst fanden. Sie suchten, und fanden die Formel des Lebens, die auch uns bei der Lösung der eigenen Gleichungen helfen kann.

Storm P. war der Sohn eines Schlachtermeisters, der zunächst das väterliche Handwerk erlernte, dann zur See fuhr, und auf diese Weise die Menschen in den Alltagssituationen, in ihrer Vielfalt und Typisierung der hellen und dunklen Seiten früh studieren konnte. Was ihn aber wirklich und ausschließlich interessierte, war die Zeichenkunst, und so kam er, ebenfalls nach einer autodidaktischen Ausbildung, 1902 bis 1905 als Zeichner an die Zeitung „Ekstrabladet“. Es folgten Studien in Paris und seit 1909 Ausstellungen. Eine andere Entwicklung schien sich anzubahnen, als er als Schauspieler und Kabarettist an verschiedenen Bühnen

Kopenhagens mitwirkte. Im Kabarett hatte er mit seinen komischen Einfällen, die Legion waren, Erfolg, am Königlichen Theater jedoch konnte er sich nicht in das streng festgelegte Wortgebäude der Rolle fügen. Seit 1915 schrieb er kleine Erzählungen, etwa zwanzig kleine Bände, voll von geflügelten Worten, die jedoch am wirksamsten waren, wenn er sie selbst vortrug. Sein graphisches Werk, mit dem er in die Klassik Dänemarks eingegangen ist, sind an die 100000 Zeichnungen von seiner Hand, fast alle mit einer, zwei, vier Zeilen Text versehen, die zum Teil als „Fluer“ in kleinen Bänden herausgegeben wurden und eine Philosophie des Alltags darstellen. Peter Vimmelskaft wurde die bekannteste Figur unter vielen anderen.

Manche Wesenszüge, die wir bei Busch feststellen können, finden wir bei Storm P. wieder. Busch war tief verletzt über das Unverständnis der zeitgenössischen Kritik, die ihn als Spaßmacher gestempelt hatte. Als eine Zeitung Storm P. zu bescheinigen versuchte, daß er sich wiederhole, kränkte ihn dies außerordentlich, und er meinte dazu: „Das kann jeder sagen, aber — mein Kleiner, es gibt nur zwölf gute Witze, und die hat man schon lange vor dem Druck der ersten Zeitung erzählt. Es kommt nur darauf an, wer sie erzählt und wann und wie sie erzählt werden — salem aleikum.“ Er liebte wie Busch die Einsamkeit und Stille. Er war wie dieser persönlich bescheiden. Aber er kannte wie Busch seinen Stellenwert. Es war während des Zweiten Weltkrieges. Der aus Deutschland vertriebene Th. Th. Heine vom Simplicissimus war bei einer Festlichkeit mit Storm P. zusammengetroffen, und dies hatte Storm P. sehr bewegt. Nachdenklich sagte er hinterher: „Wir, die dableiben, haben es auch nicht leicht und bequem. Bedenke, was es heißt, Humorist zu sein in dieser Zeit. Ein Clown in der Manege. Gleichzeitig mit Hitler. Überhaupt sich Gehör verschaffen — mitten im Getöse.“

Hier rührt er, abgesehen von dem aktuellen Bezug, an einen entscheidenden Komplex. Ganz sicher wollte er nicht so etwas wie ein nationaler „hyggeonkel“ sein, ein Schicksal, dem auch Busch als „Spaßmacher der Nation“ nie ganz entging. Bei beiden erdrückt die Tyrannei des Humors, wie man gesagt hat, die eigentlichen Ziele. Busch wollte Maler, Storm P. Schauspieler werden. Storm P. steuerte auf Hamlet in seinen Jugendträumen zu und mußte, wie vor ihm Busch, erkennen, daß das Schicksal zuschlagen und zugleich Lorbeerkränze bereithalten kann, Lorbeer jedoch, den man eigentlich nicht wünscht. War es nur, so hat man im Falle Storm P. gefragt, das bürgerliche Pflichtgefühl der Arbeit, daß ihn den Pflichten des Tages treubleiben ließ, oder war es die Angst vor den in ihm verborgenen Kräften, die er fürchtete? Wir wissen es nicht. Es gibt zwei Aussprüche von Storm P., die von solchen Kräften etwas ahnen lassen: „Was ich erzähle, ist von der Wirklichkeit befreit, aber stellt zugleich einen harten Griff um diese Wirklichkeit dar.“ Und zweitens: „Als ich jung war, schrieb ich Gedichte, nunmehr sage ich, wie es ist.“ Sprachlich erreicht er in gleicher Weise wie Busch

durch die Kontraste und die Überraschungen seiner Logik die größten Wirkungen: „Ich kann“, so sagt er einmal, „diese Menschen nicht aushalten, die mich auf der Straße anhalten, um mit mir über gute oder schlechte Zeiten zu sprechen — selbstverständlich weiß ich sehr gut, daß es sowohl gute als auch schlechte Zeiten gibt, aber es gibt doch auch so etwas wie Essenszeiten!“ Dies scheint mir ein hervorragendes Beispiel für die überraschende Verknüpfung von nicht vergleichbaren Begriffen — und zugleich typisch dänisch zu sein. Eine Bemerkung wie diese: „Meine Herren! Wir reden zu viel und sagen zu wenig“, zeugt auch von der Komik seiner Logik. Und schließlich eine Bemerkung, die zu dem Teil unserer Betrachtungen überleiten kann, die Busch und Storm P. in ihrer Stellung zur Gesellschaft zeigen soll: „Du, Herostrat — was ist eigentlich Kultur? Das ist etwas, das die Leute in den Stuben haben.“

\*

Was sagen Busch und Storm P. zur Ordnung dieser Welt und aus welchen Überzeugungen formulieren sie ihre Antwort?

Busch, der, politisch gesehen, nationalliberale Bürger des neunzehnten Jahrhunderts, sah mit dem Bismarckreich den Wunsch der Achtundvierziger, der auch sein Wunsch war, erfüllt. Er war kein Welfe. Als Bürger und Künstler war er aber nur bis zu einem gewissen Grade bereit, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist. Hingegen aber glaubte er, gerade das Bürgertum auf dessen unverkennbare Schwächen hinweisen zu sollen. „Schein und Sein“, so lautet der Titel eines seiner drei Gedichtsbände — und um diesen unauflösbaren Gegensatz geht es ihm. Der satte Bürger, die Selbstgefälligkeit, der Übermut der Ämter, die Kirche als Organisation, die Kirchen, die Partikularisten wurden Zielscheibe seines Spottes. Ein Teil dieser Satire war tagesaktuell bezogen, im Grunde aber ging es immer um das Problem von Schein und Sein. Daß er aus seinen Beobachtungen zu einem tiefen Pessimismus gelangte, wird nur scheinbar durch das zugleich vorhandene humoristische Gefühl verdeckt. Aber nur dieses wollte jedenfalls die Mitwelt sehen. Das Bürgertum ernannte Busch zu seinem Hofnarren, eine Situation, die er nie verwand. Es übersah geflissentlich seine Prosa und seine ernsten Gedichte, in diesem Falle auch irregeleitet von der zünftigen Literaturkritik. Wenn man des Literaturbetriebes kundig ist, dann genießt man einen Vers wie diesen:

*Oft fällt das Denken schwer — indes  
Das Schreiben geht auch ohne es.*

Busch erlebte den Anfang dessen, was man im Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts die soziale Frage nannte. Storm P., dessen zeitgeschichtlich bedingte Konturen für uns wesentlich schwerer zu zeichnen sind, weil wir ja noch seine Zeitgenossen waren, wurde stärker mit dieser Frage konfrontiert, weshalb sie auch einen wesentlich stärkeren Niederschlag bei ihm als bei Busch erfahren



hat. Aber beiden ist ein tiefes Interesse für diese Frage gemeinsam, und was ihr Verhältnis zum Staat angeht, so mag es vielleicht nicht nur, individuell betrachtet, interessant, sondern auch bemerkenswert sein, daß der deutsche Busch über den Staat und seine inneren Grundlagen viel nachgedacht und auch geschrieben hat, während der dänische Storm P. uns nur das Ergebnis seines Nachdenkens in der Kurzform seiner Repliken vorlegt.

Busch hat die Erschütterungen unserer Zeit sicherlich geahnt. Storm P. hat sie, an ihnen leidend, erlebt. Für Busch war ein gesundes humanistisches Nationalgefühl eine bejahte Realität, sein demokratisches Lebensgefühl hingegen sah er ständig gefährdet, weil er davon überzeugt war, daß der Mensch böse ist von Jugend auf, egoistisch und nicht bereit, für die gemeinsame Ordnung seinen Beitrag zu leisten. Bei Storm P. finden wir nicht die gleiche Schärfe und Konsequenz. Auch er war national, in einem viel höheren Maße auch als Busch die Verkörperung wesentlicher Züge seiner Nation. Sicher war auch ihm das Bürgertum Gegenstand der Kritik, aber bei ihm wird nicht nur das Lächeln heiterer auch das Mitleid deutlicher. Freilich war er auch Zeitgenosse der Atombombe und der verschiedenen Erscheinungsformen des totalitären Staates in vielen Teilen der Welt, — in ihm mußte angesichts der Leiden des einzelnen Hilflosen das Mitleid stärker sein. Will man es auf einen Nenner bringen, dann vielleicht so:

Beide litten an der Welt und mit den Schwachen, beide glaubten, sehen zu müssen, daß das Zusammenleben der Menschen nicht den Grundsätzen einer ehrlichen Ordnung entspricht, sondern notdürftig geordneter Schein einer Sinnlosigkeit ist, beide aber wollten die größtmögliche Freiheit und Souveränität der Person und zugleich deren ehrlichen Beitrag zum Ganzen.

Storm P. hatte eine große Liebe für die Randexistenzen der Gesellschaft, die Bettler und Landstreicher. Er wurde nicht müde, sie zu zeichnen, sie dabei mit ungeheuer komisch wirkenden Gegenständen auszustatten und ihnen tiefsinnige Aussagen in den Mund zu legen. Dabei vermischten sich vorder- und hintergründige Komik, wie zum Beispiel in der zitierten Bemerkung des Herostrat — seine Landstreicher hießen immer Alkibiades, Perikies oder ähnlich vornehm —, daß Kultur etwas ist, das die Leute in den Stuben haben. Anders ausgedrückt: ein Teil der Gesellschaft steht draußen vor der Tür. Dieser Teil partizipiert aus Gründen, die er nicht nur allein zu vertreten hat, nicht an der Nationalkultur. Busch drückt das sehr kurz, nur scheinbar skurril, im Grunde jedoch richtig und erschöpfend in den Versen eines sehr zentralen Gedichts, „Der Nöckergreis“, aus, wenn er ganz allgemein von der Unzulänglichkeit der Welt spricht und dann sagt:

*Und außerdem und anderweitig  
Liebt man sich etwa gegenseitig?  
Warum ist Niemand weit und breit  
Im vollen Besitz der Behaglichkeit?*

*Das kommt davon, es ist hienieden  
Zu Vieles viel zu viel verschieden.  
Der Eine fährt Mist, der Andere spazieren;  
Das kann ja zu nichts Gutem führen,  
Das führt, wie man sich sagen muß,  
Vielmehr zu mehr und mehr Verdruß.*

Aus Gesprächen mit seinem Neffen kann in diesem Zusammenhang die folgende Bemerkung über die moderne Fabrikarbeit zitiert werden:

*Da versteht man's, wenn sie besser bezahlt sein und kürzere Arbeitszeit haben wollen, zumal wenn sie sehen, wie die anderen Millionen verdienen, 's ist ein krauses Gewurrel für mich, dies Streiken und Aussperren hin und her. Aber das muß man den Arbeitern lassen, sie wollen mit Energie vorwärts und lassen es sich was kosten. In hundert Jahren wird's ganz anders aussehen.“*

Storm P's. Äußerungen sind wesentlich verdichteter und emotionaler zugleich. Dabei wandeln sich seine Gestalten der Landstreicher, die zunächst im engsten Zusammenhang mit dem sozialistischen Trend der expressionistischen Graphik jener Jahrzehnte in ganz Europa zu sehen sind, zu Kündern von Lebensweisheiten, die den echten Humor, die Gelassenheit, offenbaren. Ja, er macht sie geradezu zu Philosophen, die recht überraschend den Wohlfahrtsstaat meiden, die die Scheinkultur erkennen und die Statussymbole nicht ernstnehmen, die poetisch und menschlich sind, wie z. B. dieser Landstreicher, dem ein besserer Herr sagt: „Guter Mann, Sie müßten etwas arbeiten. Das schadet niemandem.“ Antwort: „Nein, aber es dauert nur so lange.“

Wenn der Papst stirbt, so notiert Storm P. einmal, dann wird eine Operette von größten Ausmaßen aufgeführt. Stirbt ein armer Vagabund im Straßengraben, dann holt ihn Gott ohne Musik, ohne Aufzüge, ohne Lüge, aber in seiner großen ewigen Liebe. Die Vagabunden sind ihm die Lilien auf dem Felde. Durch ihren Mund protestiert er gegen selbstgefällige Bürgerlichkeit, z. B. wenn er eine freundliche alte Dame einem alten Landstreicher gegenüber bemerken läßt: „Aber es gibt doch viele gute Menschen in der Welt.“ „Ja, liebe Frau, aber die haben in der Regel kein Geld.“ Oder: „Man soll nie über verschüttete Milch weinen.“ „Nein, aber es war keine Milch da.“ So ziehen sie an uns vorüber, gesehen und erfühlt aus dem Mitleid, gedacht als Protest, aber nicht immer entschuldigt, und daher noch diese Bemerkung (es steht ein Landstreicher vor einem Spirituosenladen): „Daß jemand es übers Herz bringt, Alkohol zu verkaufen.“

Busch schildert ebenfalls soziale Situationen, besonders in dem Prosawerk „Eduards Traum“, das eines der genialsten Stücke moderner Gesellschaftskritik in der deutschen Literatur darstellt. Hier kommt Eduard auch einmal in ein utopisches, perfektioniertes Gemeinwesen, in dem infolge einer leistungsfähigen Technik wie heute bei uns scheinbar keine Probleme mehr bestehen. Aber wie

sieht es hier aus? Alles scheint in bester Ordnung zu sein, sanitäre und andere Notwendigkeiten funktionieren, mit fünfunddreißig Jahren wird man pensioniert. Und nun wörtlich:

*Der Tod ist freilich auch hierzulande nicht ausgeschlossen; nur ist man viel zu aufgeklärt und besitzt im Hinblick auf die Höhe der eigenen Leistungen ein viel zu edles Selbstgefühl, um sich der Befürchtung hinzugeben, es könne hernach am Ende doch etwas passieren, woran niemand eine rechte Freude hat...*

*So lebten denn da herum die Leute in einer solch wohlichen und wohldurchdachten Gemeinschaft, daß sie unsern Herrgott und seine zehn Gebote nicht mehr nötig hatten ...*

*Nur eins war schade. Das Lachen hatte aufgehört. Zwar hatte man Lachklubs und Lachkränzchen für jung und alt; man läßt sich den dümmsten Stoffel und die garstigste Trine aus dem Spital kommen und besichtigt sie von allen Seiten; man lacht, aber es geht nicht so recht. Es ist ein heiseres, hölzernes, heuchlerisches Lachen.*

*Und natürlich, meine Lieben! Jenes selige Gefühl, wobei das ganze Gesicht glanzstrahlend aus dem Leime geht; jenes wonnige Bewußtsein, daß wir wen vor uns haben, der noch dümmere oder häßlicher ist, als wir selber; diese aufrichtige Freude an der Bestätigung unserer überwiegenden Konkurrenzfähigkeit, deren lauten oder leisen Ausdruck wir Lachen oder Schmunzeln nennen, konnte unter derartig geregelten Verhältnissen nicht mehr vorkommen. Daß sich aber dagegen eine gewisse sanfte Eintönigkeit herbeischleichen würde, deren Wert man nur selten zu schätzen weiß, das ließ sich wohl annehmen.*

In unserem Zeitalter, dem Schauplatz diverser Sozialordnungen, die von machtbesessenen Theoretikern am Schreibtisch erfunden wurden, bedarf es hierzu keines Kommentars. Natürlich ist die Aussage von Busch subjektiv: sie wurzelt in der Auffassung, daß das Leben an sich gleich unbarmherzig ist im sozialistischen Zukunftsstaat wie in der vorangegangenen Zeit. Max und Moritz kamen in die Mühle, weil sie sich nicht binden ließen, die Mühle ist hier als Staat und Gesellschaft zu verstehen. Das Problem kann vielleicht gemildert, aber wahrscheinlich nicht wirklich gelöst werden.

In Max und Moritz legte Busch den amoralischen Naturkern des Menschen bloß:

*„Denn der Mensch als Kreatur hat von Rücksicht keine Spur.“*

Kinder und Jugendliche leben in ihrer eigenen Welt. Alles ist Spannung. Die Welt der Erwachsenen ist fertig, sie irritiert in ihrer Langweiligkeit. Aber die Erwachsenen haben die Macht und werden so der Feind. Die Bubengeschichte läßt sich unschwer aktualisieren. Das ist auch mit der Frommen Helene der Fall. Als ob Busch die bunten Illustrierten von 1971 geahnt hätte:

*„Ach, die sittenlose Presse!“*

*Thut sie nicht in früher Stund  
All die sündlichen Exzesse  
Schon den Bürgersleuten kund?!“*

Die fromme Helene erhält Schläge, nicht weil sie fromm ist, sondern weil sie tut, als ob sie fromm sei. Busch wollte Helene mehr treffen als die katholische Geistlichkeit, die sich angegriffen fühlte.

Carl Roos sieht in der Doppeltheit des Talents und der Menschlichkeit bei Busch, die nicht übereinstimmen, also in dem Zwiespalt zwischen Verstand und Herz, den Reichtum dieser Persönlichkeit. Eine ähnliche Spannung läßt sich nach Roos bei Storm P. ahnen, wenn man neben den Zeichnungen dessen Ölbilder bedenkt. Nach beider Auffassung — Busch und Storm P. — ist nicht nur der Gegenstand der Sehnsucht oder des Traumes fern von uns, wir selbst sind fern von ihm. Das macht eine Zeichnung von Storm P. deutlich, in der ein Mann eine Börsenzeitung liest und im Gehen im Begriff ist, die erste Frühlingsblume, Symbol der Hoffnung und Reinheit, zu zertreten. Bei soviel Desillusion wird man keinerlei Naivität der beiden Dichter und Maler in der Betrachtung politischer Zustände erwarten. Dafür zwei kurze Beispiele. Als ob Busch nicht nur die Existenz der Ortsgruppenleiter aller Observanzen, nicht nur der totalitären Welt, geahnt hätte, schrieb er diese zwei Strophen:

*Suche nicht apart zu scheinen,  
Wandle auf betreten Wegen.  
Meinst du, was die andern meinen,  
Kommt man freundlich dir entgegen.  
Mancher auf dem Seitensteige  
Hat sich im Gebüsch verloren,  
Und da schlugen ihm die Zweige  
Links und rechts um seine Ohren.*

Dazu Storm P. etwas ausgeglichener: „Ich erinnere vor Jahren — der ganze Wirrwarr und Knatsch, den die Leute beliefen und schrieben, es hat sich alles geordnet.“ Naiv waren sie in Staatsdingen beide nicht. Busch: „Wer hinter die Puppenbühne geht, sieht die Drähte.“ Storm P.: „Dies geht nicht, guter Herr, jetzt müssen wir die Dinge beschleunigen.“ — „Ja, absolut, es ist ja auch die Rede davon, eine Kommission einzusetzen.“

Beide — Busch und Storm P. — erkannten zwar sehr genau, was politisch um sie herum vorging, aber ihr eigentliches Interesse lag in dieser Beziehung auf geschichtsphilosophischem oder rein menschlichem Gebiet. Busch las sogar die damalige sozialdemokratische Presse, sicher etwas ganz Ungewöhnliches für seine Lebensumstände, aber es war für beide nicht das Eigentliche, was um sie herum geschah. „Denke daran — Geist ist Macht“, sagt bei Storm P. einer zum

anderen. „Gut möglich“, sagt dieser, „aber das Umgekehrte ist selten der Fall.“ Und weiter: „Man sagt, daß die Geschichte sich wiederholt.“ „Das will ich nicht hoffen“, darauf der andere. — Dazu Busch: „Das leuchtet den Leuten bei Nietzsche mächtig ein, wenn so der krasse Egoismus begründet wird, noch dazu mit solch blendenden Schlagworten. Sein Ideal ist Napoleon, der Übermensch. Dahinter kommt gleich der Teufel.“

\*

Was mit dieser Welt gemeint?, so lautete die Frage. Einige Antworten konnten wir bereits notieren. Trotz verschiedener Zeitumstände und nationaler Bedingtheiten war doch ein consensus feststellbar. Und diese Übereinstimmung ist durch das beiden gemeinsame Ideal der freien Persönlichkeit gegeben, die aus ethischem Optimismus heraus bereit ist, sich in den Dienst des Allgemeinen zu stellen. Und noch einmal sei daran erinnert, daß dieser Optimismus seine Bewährungsprobe in der schonungslosen Darlegung dessen, was nach ihrer Meinung Wahrheit ist, fand. Bei Storm P. lesen wir folgenden Dialog:

*„Kennst du deine Nachbarn? Na klar — alle miteinander!  
Kennst du sie so gut, daß du mit ihnen sprichst?  
Ich kenne sie sogar so gut, daß ich nicht mit ihnen spreche! Bum!“*

Und bei Busch lesen wir:

*„Was man besonders gerne tut,  
Ist selten ganz besonders gut“*

Es ließen sich leicht noch viele Stellen ähnlichen Inhalts zitieren, und erfreulich ist es keineswegs, was wir des öfteren zur Kenntnis zu nehmen haben. Aber die Bilanz wird zeigen, daß das Ergebnis erträglich ist — auch ohne Sentimentalität. Und hier muß eine für beide Zeichner wichtige Feststellung getroffen werden. Sie beschäftigten sich mit der Kritik an gesellschaftlichen Zuständen, aber sie zeichneten nie agierende Persönlichkeiten — nach lebenden Modellen. Dazu Wilhelm Busch in einem Gespräch über den Simplizissimus: „Auch der Simplizissimus gefällt mir nicht recht. Es fehlt das Drollige drin. Die Leute sind sehr geschickte Zeichner und tüchtige Künstler, besonders der Heine; aber sie geben sich immer ganz aus. Und dann haben sie die scharfe Tendenz, die ihnen schon von vornherein willige Leser macht. Der böse Wille ist da, und das gefällt immer, auch ohne daß der Witz auf der Höhe steht. Wer hochstehende Personen verspottet, kann immer auf Zustimmung rechnen.“

Man ist versucht zu fragen: Hat es wirklich diese Distanz, diese Vornehmheit gegeben? Es gab sie: bei Busch und Storm P.

Beide hätten wahrscheinlich keine glückliche Figur als Mitglieder eines Parlaments abgegeben, obwohl sie mehr Einsicht in den Geist solcher Institutionen besaßen

als jene auf die Phrase ausweichenden Redner, die ihn gelegentlich in Feierstunden beschwören. Sie wußten, daß es ohne eine Ordnung nicht geht, aber sie wünschten diese Ordnung nach dem Einzelmenschen, nach seiner Unantastbarkeit und Würde und nach seinen Rechten gestaltet zu sehen.

Storm P. drückte es in einer komprimierten Situation so aus: Der Richter zum Angeklagten: „Sie haben den Verkehr geniert.“ Darauf der Angeklagte: „Jawohl, aber lange zuvor hatte der Verkehr mich geniert.“

Und Busch läßt einen Sack voll Korn eine Rede halten:

*Ich, sprach er, bin der volle Sack.  
Ihr Ähren seid nur dünnes Pack.  
Ich bin's, der euch auf dieser Welt  
In Einigkeit zusammenhält.  
Ich bin's, der hoch vonnöten ist,  
Daß euch das Federvieh nicht frißt;  
Ich, dessen hohe Fassungskraft  
Euch schließlich in die Mühle schafft.  
Verneigt euch tief, denn ich hin Der!  
Was wäret ihr, wenn ich nicht wär?  
Sanft rauschen die Ähren:  
Du wärest ein leerer Schlauch, wenn wir nicht wären.*

Vieles wäre noch zu sagen, vor allem über den alten Busch und seinen Frieden, den er mit sich und der Welt und Gott machte, über einen Frieden, der kein fauler Friede war. Busch und Storm P. waren Betrachtende, Menschen mit Gewissen. Als Handelnde wären sie nach ihrer Meinung gewissenlos gewesen. Beider Glück und Leid war, daß der Idealismus ihre Philosophie war, daß aber die Praktizierung desselben für sie, die sie mit Darwin und Schopenhauer groß geworden waren, ein Problem war. Die Naturwissenschaftler ihrer Zeit waren Mechaniker und suchten nicht, wie die heutigen es wieder tun — Gott. Und so können wir uns ihres Werks erfreuen — als einer durch die große künstlerische Form geadelten Aussage über den einzelnen Menschen, mit dem sie Mitleid hatten und den sie respektierten. Modern ausgedrückt, schien ihnen das Sozialprodukt nicht gerecht verteilt zu sein, das Bild der Folgen zeichneten sie in anklagender Weise. Den Respekt brachten sie im besonderen dem einzelnen denkenden Individuum entgegen. Busch riet einmal in einem Briefe einem Freund ab, sich in die Politik zu begeben. Der Schluß dieses aufschlußreichen Briefes zeigt das zeitlose Dilemma:

*„Nenne mich immerhin engherzig: aber Egoismus, Unklarheit, Wankelmut, Undank sind die ewig unvermeidlichen Attribute jener großen Masse, die Volk genannt wird... Das Glück des Individuums, soweit es überhaupt möglich, liegt im eigenen Kopfe, in der harmonischen Ausbildung seines Wertes; sodann mag er*

*etwas auf die nächste Umgebung übertragen; die Volksbeglückung en gros wird aber eine Arbeit der Danaiden bleiben bis ans Ende der Welt.“*

Man kann aber Busch und Storm P. bescheinigen, daß sie das Unmögliche wollten, um das Mögliche zu erreichen. Und aus der Kenntnis der fragwürdigen Seiten des Menschen, auch ihres eigenen Inneren, waren sie bereit zu sagen:

*Die Welt, obgleich sie wunderbar  
Ist mehr als gut genug für Dich. (Busch)  
Das Dasein ist in Wirklichkeit niederträchtig,  
Aber man hat ja nichts anderes. (Storm P.)*

Storm P. notierte einmal: Erst muß die Lüge weg, dann die Lüge und zuletzt die Lüge — leg' die Uniform ab (hier als Schema verstanden), dann handelt es sich um einen ganz gewöhnlichen Menschen. Dann können wir miteinander reden. — Und Busch:

*Was mit dieser Welt gemeint,  
Scheint mir keine Frage.  
Alle sind wir hier vereint,  
Froh beim Festgelage.*

Das Leben, so dürfte dieser Vers zu verstehen sein, kann ein guter Gastgeber sein, an dessen Tisch wir uns alle versammeln können. Die Voraussetzung ist, daß wir auch gute Gäste sind. Zugegeben, Busch und Storm P. hatten es leichter als die Menschen einer Zeit, die zum Engagement verurteilt sind. Die Gegenwart verlangt Entscheidungen. Die Entscheidungen dürfen jedoch leichter fallen, wenn man die Fähigkeit des Lachens — oder besser: des Lächelns — besitzt. Sie ist schwer zu erlernen.

Busch und Storm P. jedoch sind Lehrmeister dieser Kunst. Sie waren beide nicht Politiker, aber sie waren politische Menschen, die sich ihren Vers auf das Leben machten, Verse schrieben, die — obwohl dies aus der Mode gekommen ist — auswendig zu lernen sich lohnt.

Sie können als Hilfsmittel bei der Lösung von Lebensformeln dienen, weil falscher Schein durch sie entlarvt wird und weil in ihnen von Wahrheit, Mut, Liebe und Glaube die Rede ist. Nach einer eigenen Mitteilung Storm P.'s hörte er als junger Schauspieler auf einem Volksfest einen Politiker eine gewaltige Rede halten, in welcher dieser unter anderem feststellte, daß wir alle das trockene Brot äßen, während die reichen Herren Entenbraten mit herrlichem Zubehör auf dem Tisch hätten. Nach dem Vortrag war Storm P. mit dem Redner zu einem Essen eingeladen: es gab Entenbraten mit Zubehör. Und nun fahre ich wörtlich in der Schilderung Storm P.'s fort:

*„Da ging mir es auf, daß ich kein tiefsinniger Maler sein wollte, wenn das Lehen so voller Mißverständnisse sei. Und so begann ich, Karikaturen zu zeichnen.“*

Wilhelm Busch sagte von seinen Bildergeschichten:

*„Fast alle habe ich, ohne Wem was zu sagen, in Wiedensahl verfertigt. Dann hab ich sie laufen lassen auf den Markt, und da sind sie herumgesprungen, wie Buben thun, ohne viel Rücksicht zu nehmen auf gar zu empfindliche Hühneraugen, wohingegen man aber auch wohl annehmen darf, daß sie nicht gar zu empfindlich sind, wenn sie mal Schelte kriegen.“*

Sie waren beide frei, der Deutsche und der Däne, aber sie kannten eine Bindung, nämlich die Bindung an ihre künstlerische Arbeit. Daß sie nicht „engagiert“ waren, bedeutet nicht, daß sie abseits standen. Wären sie als Künstler engagiert, wären sie Propheten und damit einseitig geworden. Auf jeden Fall hätte die künstlerische Qualität Ihres Tuns Einbußen erlitten, und gerade durch diese Qualität trugen sie dazu bei, die Welt zu interpretieren und das gesellschaftspolitische Bewußtsein der Menschen zu erhellen. Man merkt die Absicht, aber man wird nicht verstimmt. Busch und Storm P. lebten wie wir in einer Welt, die vielleicht morgen schon die Katz holt. Aber sie bekannnten sich zu ihr, weil sie es bejahten, daß dennoch dies alles „recht gern auf der Kruste des Erdballes“ lebt und webt.



## Der politische Weg der Minderheiten

*Berthold Bahnsen ging einen schweren Weg zwischen Trotz und Opportunismus*

Die modernen Industriegesellschaften bringen immer mehr „Wegwerfprodukte“ hervor. Das gilt für Plastiktüten, Einwegflaschen, Sportgladiatoren, Spitzenmanager und Politiker. Der Mensch in „Spitzenjobs“ wird immer schneller verbraucht, auswechselbarer und immer schneller produziert. Unsere Ausbildungssysteme vergrößern das Angebot, die spezialisierte Nachfrage wächst und wechselt beinahe ebenso schnell. Was bedeutet da noch ein Mensch? Er kann, vor allem in der Politik von und für Minderheiten, sehr viel bedeuten.

Nehmen wir als Beispiel Berthold Bahnsen. Die offiziellen und halboffiziellen, ehrlichen oder weniger ehrlichen Beileidsbezeugungen sind bereits alt – Schnee von gestern, Makulatur, der Nachfolger ist bestellt. Der Betrieb geht weiter. Und doch weiß jeder, daß eine dänische Minderheit ohne B. Bahnsen sich in einer anderen Lage befindet. Sein Nachfolger kann unmöglich sofort eine Funktion oder gar die Art seiner Wirksamkeit ausfüllen. Das liegt ebenso in der persönlichen Struktur Bahnsens als in den Problemen einer nationalen und kulturellen Minderheit heute begründet.

Diese Minderheiten geraten immer mehr in den Widerspruch von großzügigen Entwicklungen einerseits und ihrer kleinräumigen Orientierung andererseits. Dieser Widerspruch besteht ebenso zwischen der daraus abzuleitenden Auflösung von bisheriger Gesellschaft durch andere Bedürfnisse der Menschen unter anderen gesellschaftlich-politischen Perspektiven einerseits und der Entstehung und Fixierung der nationalen Minderheiten (zumindest in unserem Raum) an den gesellschaftlich-politischen Bedingungen der ersten industriellen Revolution unter national-staatlichen Bedingungen andererseits. Kurz: die Bedingungen ihrer Existenz von gestern lösen sich zunehmend auf und die Bedingungen der Existenz von morgen sind höchstens in Umrissen zu ahnen. Bei der Ahnung ist häufig genug der Wunsch oder der Wille ihr Vater. Vielleicht ist Europa als großer Schmelztiegel – wie die USA – nicht wünschenswert, aber die großen Wanderungen in diesem Raum, die von gestern und die von heute, sprechen mit ihren Ergebnissen eine andere Sprache. So sind heute bewußt nationale Minderheiten häufig genug ein Spiegelbild ihrer Mütter von gestern, in denen die Mehrheit heute ihre Sehnsüchte, Wünsche und Konflikte von damals zur Kenntnis nehmen kann. Wenn sie sie in einem immer schneller unhistorisch

werdenden Selbstverständnis überhaupt noch als ihre ehemalige Lage erkennen vermag.

Zu diesen objektiven Schwierigkeiten, für die die Minderheit „nichts kann“, kommt die Begrenztheit der Zahl und damit automatisch die Grenze, „Spitzenjobs“ entsprechend besetzen zu können, hinzu.

B. Bahnsen war noch der Typus des Parlamentarismus. Diesen Typus gibt es heute kaum noch, diesen Parlamentarismus gibt es nicht mehr. Ein gescheiter, humorvoller, aufgeschlossener Mensch vermag heute noch zwischenmenschliche Beziehungen in seinem Wirkungskreis zu beeinflussen. Das tat B. Bahnsen mit Gewinn für seine Minderheit. Er kann die Grundströmungen der Politik, die von den großen Wandlungsprozessen ausgelöst werden, nicht beeinflussen. Das erlebte B. Bahnsen. Er versuchte, in die allgemeine Regionalpolitik, die nicht mehr ist als ein Versuch, zu den zentralisierenden Wanderungsströmen eine Gegensteuerung auszuüben, eine spezifische, differenzierte Regionalpolitik für sein Südschleswig einzupassen.

Es war bitter für ihn, erleben zu müssen, daß dies nicht ging. Nicht etwa als Ergebnis einer deutschnationalen Verschwörung, sondern auf Grund der Tatsache, daß der regionalpolitisch zu planende Raum erheblich weiter ist als das Bundesstrich-Land Schleswig-Holstein, entscheidende wirtschaftliche Entwicklungsdaten außerhalb des Landes gesetzt werden und eine gemeinsame dänisch-europäische Wirtschaftsentwicklung diesen Raum weiter „entnationalisieren“ muß. Wie soll man Heimatpolitik machen, wenn der Charakter, den man der Heimat beimißt, dabei völlig verändert wird? Wie soll man etwas erhalten und verteidigen, wenn die Mittel dazu gerade das verändern, was man erhalten und verteidigen will?

Eine verständliche Reaktion auf diese Erfahrung wäre eine schlichte Dagegensein-Haltung. Ausgedrückt mit Worten: „Ich blockiere alles. Ich will anderen politischen Kräften nicht das politische Bett in meiner Minderheit bereiten.“ B. Bahnsen nahm diese Haltung nicht ein. Er wußte aus praktischer Erfahrung, daß man damit Menschen nicht half.

B. Bahnsen war sicher nicht der Typus des politischen Machers. Er war ein gescheiter, weltoffener Minderheitenpolitiker, der mit großer persönlicher Redlichkeit innerhalb jener Spannungen und Widersprüche wirkte, die keine Minderheit von sich aus erzeugen oder gar beseitigen kann. Er wurde dabei weder Opfer einer Trotzhaltung noch ein Opportunist, obwohl beides in einer so schwierigen Lage immer naheliegt. Er entschied nach seinen Überzeugungen und nach dem, was er als das Interesse seiner Gruppe ansah. Er wurde nicht verbittert, weil die Anerkennung durch wachsende Stimmenzahlen ausblieb.

Er flüchtete nicht in Wolkenburgen der kühnen Hoffnung, weil die Praxis Zerreißproben für ihn bereithielt. Er ging seinen Weg, um zu erhalten oder gar zu

verbessern, was ihm möglich schien. Es war ein schwerer Weg für einen Politiker. Es ist der Weg der nationalen Minderheiten in unserem Raum.

Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers haben wir diese Würdigung Bahnsens der Wochenzeitung „Der Neue Vorwärts“ entnommen.

\*

### *Karl Otto Meyer*

#### *Nachfolger von Berthold Bahnsen*

Für die politischen Ziele der Dänischgesinnten wird der neue Abgeordnete des Südschleswigischen Wählerverbandes (SSW) im Schleswig-Holsteinischen Landtag kämpfen. Der 43 Jahre alte Karl Otto Meyer, der als Nachfolger des verstorbenen 58 Jahre alten Berthold Bahnsen über die Liste in das Kieler Parlament nachrückte, gilt allgemein härter als sein Vorgänger. Im Parlament will er sich vorrangig um die Probleme des nördlichen Landesteiles kümmern; sein Ziel ist die Gleichberechtigung der Kulturen im Grenzraum. Der neue Abgeordnete versteht darunter die Einbeziehung auch der dänischen und friesischen Minderheiten beispielsweise in ein Erwachsenenbildungsgesetz, wie Unterstützung der Schulbus-Einrichtung oder die Gewährung von Baukostenzuschüssen für Kindergärten, wie sie auch anderen freien Trägern in der Bundesrepublik gewährt werden. Doch auch zu prinzipiellen Fragen der Landespolitik will er wie sein Vorgänger Bahnsen Stellung nehmen.

Das Jahr 1975 mit der nächsten Landtagswahl sieht Karl Otto Meyer als das entscheidende für die dänische Minderheit an. Auf Grund der geburtenreicheren Jahrgänge rechnet er bis dahin mit einem absoluten Zuwachs von Jungwähler-Stimmen für seine Partei, „wenn sie unsere Arbeit für das ganze Land sehen“. Daß gerade die jungen Menschen von deutsch kontra dänisch nichts mehr hören wollen“, weiß Meyer – eine Erkenntnis, die bei ihm in den 25 Jahren seit dem Kriegsende gewachsen ist. „Denn nach 1945 war ich hart und entschieden gegen alles, was deutsch war, weil ich es mit dem Nationalsozialismus identifizierte. Erst später sah ich ein, daß Zusammenarbeit, Verständigung und Toleranz über die Grenzen hinweg die wesentlichsten Faktoren sind.“

„Flensburger Tageblatt“ 26.10.1971

Der Grenzfriedensbund gratuliert

WILHELM KÄBER

Am 27. Dezember dieses Jahres wird Landesminister a. D. Wilhelm Käber,

Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes, 75 Jahre alt. Der Grenzfriedensbund möchte zu den ersten Gratulanten zählen und dabei den herzlichen Dank für das aussprechen, was Wilhelm Käber als Landesminister, als früherer Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag und jetzt als Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes für uns bedeutet hat. Wilhelm Käber gehört zu den Männern der ersten Stunde in der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie, die 1946 nicht nur erkannten, daß in neuen Zeiten neue Wege im Grenzland gegangen werden mußten, sondern auch umsichtig die Voraussetzungen dazu mitschufen. Es kann dies an dieser Stelle global festgestellt werden. Der Kenner weiß, in wieviel Einzelheiten Käbers helfende Hand wirksam wurde, davon ein Beispiel aus neuerer Zeit:

Die relativ schnelle Herausgabe der d+d-Bücher wäre in vieler Hinsicht ohne seine helfende Hand nicht möglich gewesen. Aber wir möchten mit diesen Zeilen auf etwas anderes, uns Wesentlicheres hinweisen. Wilhelm Käber gehört zu den Praktikern der Politik, der gleichzeitig die größeren Zusammenhänge nicht aus dem Auge läßt und ein sehr feines Gefühl für das besitzt, was sich geistig und politisch im Detail des Grenzlandes abspielt. Daher sprechen wir mit unserem Glückwunsch – und dies sicher im Sinne Wilhelm Käbers – eine Hoffnung aus, nämlich die, daß sich immer wieder in allen politischen Parteien unseres Landes Politiker finden mögen, denen der Landesteil Schleswig mit seinen interessanten Themen eine Angelegenheit sowohl des Verstandes als auch des Herzens ist.

*Dr. Hans Peter Johannsen*

## RUDOLF STEHR

Der „General“ ist 65 Jahre alt geworden – und zwar am 1. Dezember. Man sieht es ihm nicht an, und man kann dem, was an dieser Stelle vor fünf Jahren ausgeführt wurde, nur hinzufügen, daß uns noch lange seine Umsicht, seine Tatkraft und sein Geschick erhalten bleiben mögen. Rudolf Stehr wurde in schwieriger Zeit vor die schwierige Aufgabe gestellt, unter sehr schweren politischen und psychologischen Voraussetzungen alt und neu in der Volksgruppe zu verbinden und auszugleichen. Was das bedeutet, kann nur der ermessen, der die eigenwilligen Persönlichkeiten und die vielen Strömungen des Grenzlandes in ihrer Vielfalt, aber auch in ihrer Neigung zu eigenwilligen Wegen kennt. Es war nicht zuletzt Stehrs Aufgabe, hier so zu wirken, daß in der heutigen politischen Generation das Gefühl für die Geschichte und eigene Aufgabe mit dem Blick auf die Forderung des Tages und die Zukunft sich vereinten. Er hat diese Aufgabe angefaßt und sie überzeugend in seinem Bereich gelöst. Möge ihm mancher Verdruß nicht die Freude an solcher Feststellung rauben. Dank und alles Gute für die Zukunft auch vom Grenzfriedensbund.

*Dr. Hans Peter Johannsen*

## PAUL KOOPMANN

Wenn es nicht durch beglaubigte Mitteilungen erhärtet wäre, würde man es vielleicht nicht glauben, nämlich daß Dr. Paul Koopmann, Tingleff, am 8. Dezember seinen 60. Geburtstag feiern konnte. Dieser dynamische Nordschleswiger läßt nicht vermuten, daß er bereits volle sechs Jahrzehnte des Lebens vollendet hat. Paul Koopmann ist Historiker von Hause aus und hat nach dem zweiten Weltkrieg in Tingleff als Leiter der Deutschen Nachschule und der Deutschen Volkshochschule eine Arbeit geleistet, die nicht nur Anerkennung gefunden hat, sondern von der man heute sagen kann, daß sie von prägender Bedeutung für die Deutschen in Nordschleswig wurde. Er hat damit im engeren und weiteren Sinne eine Lebensaufgabe auf sich genommen, die sein Vater als der Begründer des deutschen Schulwesens zwischen den Kriegen begann. Paul Koopmann wird ganz sicherlich mit Recht die Symbolik dieser Tatsache dankbar empfinden. Aber ein zweites: er hat als deutscher Kommunalvertreter, darunter lange Jahre als Mitglied des Amtrates in Tondern, wesentlich zur Selbstdarstellung des deutschen Teils der Bevölkerung nach 1945 beigetragen und dafür auch Anerkennung von dänischer Seite bekommen. Wenn man diesem engagierten Landsmann hiermit herzlich gratuliert und damit die besten Wünsche für die Zukunft verbindet, so möchte man mit Dank seinen Einsatz hervorheben und auf seine zwar oft eigenwilligen, aber klug und umsichtig durchdachten Gedanken zur Geschichte und Gegenwart des Heimdeutschtums hinweisen. Unterstreichen möchte man, daß Paul Koopmann die heilsame Tugend nüchternen Betrachtungsweise zugleich besitzt, und dies ist eine Eigenschaft in unserer Zeit, die nottut.

*Dr. H. P. Johannsen*

## *Jes Schmidt 25 Jahre im Dienste des „Nordschleswiger“*

Am 28. Oktober, knapp drei Wochen vor seinem 55. Geburtstag am 16. November, konnte Jes Schmidt auf eine fünfundzwanzigjährige Tätigkeit in der Redaktion des „Nordschleswiger“ zurückblicken, davon achtzehn Jahre als Chefredakteur. Ein Mann der ersten Stunde in der schweren Zeit nach 1945, Ernst Siegfried Hansen, schrieb aus diesem Anlaß über den Gefährten in dieser Zeit und Berufskollegen u. a.:

Das Datum des 28. Oktober 1946 für den Eintritt in die Redaktion des „Nordschleswiger“ ist im ersten Jahrgang der kleinen Wochenzeitung nicht verzeichnet. Es war der Tag, an dem er seinen Platz in der Redaktion einnahm, sozusagen als freiwilliger Mitarbeiter mit fraglichen Zukunftsaussichten. Das monatliche Salär für Jes Schmidt betrug 150 Kronen mit der tröstlichen Versicherung, eine Aufbesserung werde für den Fall in Betracht kommen, daß er selber für eine Änderung der miserablen Finanzlage der Zeitung Sorge.

Wer zählt die Leitartikel und Berichte, die in diesen 25 Jahren mit und ohne „S“ aus der Feder von Jes Schmidt im „Nordschleswiger“ erschienen sind? Charakteristisch für diese Feder ist, so darf man sagen, der Sinn für das Konkrete. Was Jes Schmidt zu Papier bringt, ist nicht ein Spiel mit „wenn“ und „aber“, „einerseits“ und „andererseits“, „sowohl als auch“, das den Leser in höhere Luftlagen hebt, aber ihn dann ohne Ziel wie einen Sandsack zu Boden fallen läßt. Seine journalistische Arbeit ist unmittelbar auf die Tücke des Objekts bezogen, so daß der Leser keinerlei Zweifeln darüber ausgesetzt ist, was eigentlich gemeint war.

Jes Schmidt ist aber gleichzeitig, wie schon in der Schulzeit, ein „Politikus“. Die Fähigkeit, Mögliches vom Unmöglichen zu scheiden, den praktischen Generalnenner aus einer verzwickten Situation zu ziehen, zu erkennen, daß Imponderabilien, nicht greifbare Dinge, eine entscheidende Rolle spielen können, und daß Politik sich nicht nur bezieht auf das, was ist, sondern auch was werden kann, ist ihm in die Wiege gelegt worden und prägt auch seine journalistische Tätigkeit. Entscheidend ist bei alledem die größere Perspektive. Das Risiko, an einem bestimmten Punkt der Landkarte zu bleiben und diesen Punkt zur Mitte des sich drehenden Globus' zu machen, überwindet Jes Schmidt durch ein engagiertes Mitleben nicht zuletzt in der deutschen, dänischen und gesamteuropäischen Politik.

Was wäre dieser treffenden Charakteristik des Journalisten und Politikers Jes Schmidt noch hinzuzufügen? Vielleicht dieses: Es ist unvermeidlich, daß man mit einem Manne, der das von ihm für richtig gehaltene mit solchem persönlichen Einsatz vertritt, nicht immer einer Meinung ist und sein kann — was auch nicht erwartet wird. In Abwandlung eines Goethezitats ließe sich hier sagen: „Mit Ihnen, Herr Schmidt, zu diskutieren, ist ehrenvoll und bringt Gewinn.“ Nicht immer die gleiche Meinung, aber das gleiche Engagement ist es, das den Grenzfriedensbund mit Ihnen verbindet.

*eb*